

einmal entsprechend zu ändern. Wir werden dafür sorgen müssen, daß der Kleine nicht immer, wenn auch nicht viel, zumindestens weiter hinten bleibt und wir werden den Mut haben müssen, auch dafür zu sorgen, daß heute den jungen Angestellten mehr geholfen wird mit einzelnen Beiträgen anlässlich der Existenzgründung, denn das ist ja zu wenig, er muß auch weiter existieren, wenn die Existenzgründung einmal durchgeführt worden ist. Es ist dies so in der Wirtschaft, so muß das, glaube ich auch in der Verwaltung sein, daß entsprechende Leistungen auch entsprechend entlohnt werden.

Als letzten Punkt habe ich angeführt, die Garantie der entsprechenden Dienstleistung. Ich darf sagen, daß in diesem Punkt gerade die Angestellten, die Beamten des Landes Steiermark, immer voll entsprochen haben. Wenn wir den Dienstpostenplan vor uns haben — und ich darf das der späteren Debatte vorwegnehmen — dürfen wir feststellen, daß er nur eine ganz geringfügige Ausweitung erfahren hat, obwohl die Arbeit der Verwaltung doch ständig zunimmt, wie wir zugeben müssen, nicht zuletzt auch durch unsere Schuld. Aber es wird ja immer sehr viel gesprochen von der Verwaltungsreform; es ist noch keiner Partei und es ist noch in keinem Staat irgend jemand etwas Entscheidendes eingefallen, um eine ständige Ausweitung der Tätigkeit der öffentlichen Hand zu verhindern. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, daß bei fast gleichbleibender Zahl von Angestellten eine immer größer werdende Leistung erbracht wird und wir dürfen sagen, daß diese Leistung bisher, auch im vergangenen Jahr, so, wie schon immer vorher ohne Klage vollbracht worden ist.

Ich darf mich daher jenen Rednern anschließen, die es schon ausgesprochen haben. Das Hohe Haus hat, glaube ich, allen Grund, sämtlichen Angestellten des Landes hier auch vor Weihnachten laut und deutlich den Dank zu sagen. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident: Zu Worte kommt der Abgeordnete **B a m m e r**.

Abg. **Bammer:** Hohes Haus! Meine Tätigkeit als Hauptberichterstatter hat es mir versagt, in der Generaldebatte dem Herrn Abg. Dr. Stepantschitz eine konkrete Antwort auf eine Behauptung zu geben und eine gewisse Richtigstellung herbeizuführen.

Es ist richtig, daß ich einigen Flugzettelverteilern der ÖVP empfohlen habe, freundlich empfohlen habe, unmittelbar vom Eingang des Parteihauses der SPÖ wegzugehen und einige Meter weiter weg ihre Stimmzettel zu verteilen, weil zu diesem Zeitpunkt das Ende einer Konferenz bevorstand und ich nicht garantieren kann, ob alle die herauskommen, damit einverstanden gewesen wären, daß als Provokation Flugzettel der ÖVP am Eingangstor des sozialistischen Parteihauses verteilt werden. (Abg. Dr. **Pittermann:** „Ist das sakrosankt, wenn man das machen würde?“) Wir haben es nie beabsichtigt, nie getan, daß wir auf den Karmeliterplatz gegangen sind und vor dem Haus der ÖVP, beim Eingangstor, Flugzettel verteilt haben. (Abg. **Pölzl:** „Wir hätten viel mehr gewußt von Euch, wenn Ihr das getan hättet!“) Ich habe das mit

voller Absicht und Überlegung den Herren nahegelegt, weil ich wirklich einen Zwischenfall, eine Störung des Wahlkampfes zu diesem Zeitpunkt hintanhalten wollte. Daß der zuständige Journalbeamte, der, wie ich glaube, auch Mitglied der Stadtparteileitung der ÖVP ist, Sie anders informiert hat, davon bin ich nicht berührt.

Aber, meine Damen und Herren, es gäbe auch zu verschiedenen Problemen noch etwas zu sagen. Der Herr Abgeordnete Primar Dr. Stepantschitz ereifert sich augenblicklich mit einem System der Regelung der Bezüge der öffentlich Bediensteten, das einen Sozialisten sofort in Schlagzeilen als den Wegmacher zur Entnivellierung darstellen würde. Denn das, was heute das Lohnsystem ausmacht, die Spanne zwischen den niedrigsten und den höchsten Bezügen, ist ja nicht ausschließlich das Werk der Gewerkschaft, Herr Abg. Dr. Stepantschitz. (Abg. **DDr. Stepantschitz:** „Das hat kein Mensch behauptet!“) In all den Jahren der Verhandlungen um das Gehaltsgesetz wurde immer behauptet, das Ziel, eine richtige Leistung zu erreichen, kann nur erreicht werden, wenn man ausreichend und ausgiebig entnivelliert. Wenn Sie also heute sagen, man muß die unteren, die tiefstgelegenen Gehaltsgruppen nachziehen, so werden Sie bei uns eine Unterstützung finden. Wir finden, daß Sie sehr spät zu dieser unseren schon lange geäußerten Auffassung sich bekennen. (Abg. Dr. **Stepantschitz:** „Das können Sie Ihrer Großmutter erzählen!“ — Landesrat **Gruber:** „Zuhören können Sie nie, Herr Primarius!“ — Unverständliche Zwischenrufe.)

Und nun einiges zu den Ausführungen des Herrn Abg. Vizebürgermeister **Stöffler**. Ich darf vorerst feststellen, daß der Beschluß der Mitgliedsgemeinden des Städtebundes, zu empfehlen, die gleich hohe und gleich gelagerte Mehrleistungsentschädigung ihren Bediensteten auszuzahlen, einstimmig, auch mit den Stimmen der ÖVP-Mitglieder dieses Unterausschusses, gefaßt worden ist und daß der Herr Abg. **Stöffler** als Mitglied des Hauptausschusses es in der Hand gehabt hätte, an diesen Beratungen teilzunehmen. Es hat diesen Weg nicht gewählt. (Abg. **Stöffler:** „Ich habe die Sitzung aus demselben Grund nicht besucht, aus dem Bürgermeister **Scherbaum** vorzeitig den Städtetag in Innsbruck verlassen hat, oder würden Sie ein System begrüßen, das den Herrn **Mikojan** nicht einmal zum Begräbnis seiner Frau nach Hause fahren läßt?“) Herr Abg. **Stöffler**, ich finde es unter meiner Würde, auf ihre derartigen Zwischenrufe einzugehen. (**Präsident:** „Keine Zwiegespräche, der Herr Abg. **Bammer** hat das Wort!“) Der Herr Abg. **Stöffler** hat also nicht den Weg der Empfehlung des Städtebundes gewählt, sondern ich weiß aus irgendwelchen innerparteilichen Schwierigkeiten heraus, die Flucht nach vorne. Ich weiß auch nicht, in welchem Ausmaß das echte Herz für die niederen Gehaltsgruppen vorhanden ist oder die Absicht, vor den Wahlen für den Gemeinderat daraus Kapital zu schlagen, dafür entscheidend war. Sie können sich diesen Anteil und dieses Verhältnis selber wählen. (Abg. **Stöffler:** „Das sind immer Unterschiebungen!“)

Wir wissen eines, und auch heute hat der Abg. Dr. **Pittermann** als Hauptsprecher Ihrer Partei wie-

der das geringe Leistungsvermögen der Stadt Graz auf dem Sektor der freiwilligen Leistungen hervorgehoben, daß Graz — und so wird auch immer in Ihrer Presse und Ihren Reden behauptet — eine Gemeinde ist, der es finanziell außerordentlich schlecht geht, die einer echten Beihilfe bedürfe. Zu dem Zeitpunkt, als Sie den Antrag in der Gemeinde vorgebracht haben, hat die größte, auflagenstärkste Zeitung in Österreich einen dick überschriebenen Artikel veröffentlicht „Bankrott der Stadt Graz“ ... (Abg. Pölzl: „In welcher Zeitung war das?“) und auf der anderen Seite, und wir nennen es voll beim Namen, „Lizitationspolitik des Vizebürgermeisters der ÖVP“. (Abg. Stöffler: „Wenn den Kleinen geholfen werden soll, dann nennt Ihr das lizitieren!“)

Zum gleichen Zeitpunkt aber, meine Damen und Herren, hat der Herr Bundeskanzler Dr. Gorbach, Ihr erster Funktionär, an alle Länder und alle maßgebenden Stellen der öffentlichen Verwaltung in Österreich ein dringendes Schreiben gerichtet, um Himmels willen keine Beschlüsse zu fassen, um Himmels willen nicht den Verhandlungen für die öffentlich Bediensteten vorzugreifen, um ja Folgerscheinungen und Rückwirkungen auf die schwierige finanzielle Situation des Bundes zu vermeiden. (Abg. Stöffler: „Daran hätte sich auch der Städtebund halten können, warum hat er es nicht getan?“) Wie Sie sich das in Ihrer eigenen Partei ausmachen, ist Ihre Angelegenheit. Wir werden, Herr Vizebürgermeister, das kann ich versprechen, nicht den Inhalt von Parteibesprechungen und von vertraulichen Parteiverhandlungen in öffentlichen Sitzungen diskutieren. Wir ziehen als Konsequenz daraus, daß Ihre Haltung unrealistisch ist und daß Sie kein seriöser Verhandlungspartner für solche Gespräche sind. (Abg. Stöffler: „Das haben Sie gezeigt, als Sie in der Zeitung schon Dinge geschrieben, die noch gar nicht abgehandelt worden sind!“)

Wir werden aber auch sehen und beobachten, wie Sie sich verhalten als Landessekretär des Wirtschaftsbundes, wenn andere Berufsgruppen in diesem Lande berechnete und gerechte Lohnforderungen stellen. Wir werden uns jedenfalls auf diesem Gebiet und auch in der Stadtgemeinde Graz, das kann ich Sie versichern, alle Schritte vorbehalten. (Beifall bei der SPO.)

Präsident: Die Rednerliste ist erschöpft. Ich erteile dem Berichterstatter das Schlußwort.

Berichterstatter **Gottfried Brandl:** Ich verzichte auf das Schlußwort und bitte die Damen und Herren des Hohen Hauses den in der Gruppe 0, Landtag und allgemeine Verwaltung, vorgesehenen Ansätzen des Haushaltsvoranschlages die Zustimmung zu erteilen.

Präsident: Die Damen und Herren haben den Antrag des Berichterstatters vernommen.

Wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte die Abgeordneten, die mit dem Antrag einverstanden sind, um ein Händezucken. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

Nachdem es noch nicht 20 Uhr ist, gehen wir weiter, und zwar zur Gruppe 1, öffentliche Ordnung

und Sicherheit. Berichterstatter ist Abgeordneter Franz Hleschitz. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Hleschitz: Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich habe heute die Ehre, zur Gruppe 1 „Öffentliche Ordnung und Sicherheit“ als Berichterstatter zu fungieren. Diese Gruppe 1, Abschnitt 17 „Vorbereitungsmaßnahmen für den Zivilschutz“ sieht erstmalig einen Betrag von 200.000 Schilling vor. Dieser Zivilschutz ist nun einmal eine wichtige Aufgabe in Österreich, nachdem so viele andere Länder daran gegangen sind, für ihre Bevölkerung Maßnahmen für den zivilen Schutz zu ergreifen. Ich werde mir erlauben, bezüglich der Notwendigkeit des Zivilschutzes einige Beispiele aufzuführen. In Pforzheim, einer Stadt mit ungefähr 80.000 Einwohnern, gab es im zweiten Weltkrieg, bei einem einzigen Luftangriff, bei welchem 1600 Tonnen Brand- und Sprengbomben abgeworfen wurden, 25.000 Todesopfer, das waren 22% der gesamten Bevölkerung. In Stuttgart z. B., mit einer mehr als sechsmal so großen Einwohnerzahl als Pforzheim, also über 500.000, betrug die Zahl der Todesopfer bei 53 Luftangriffen und 250.000 Tonnen hierbei abgeworfener Brand- und Sprengbomben nur 4000 Todesopfer, das sind 0,8 % der Gesamtbevölkerung. Dieser immense Unterschied an Opfern ist auf die guten Luftschutzmaßnahmen der Stadt Stuttgart gegenüber jenen von Pforzheim zurückzuführen. Ein anderes Beispiel: Viele lassen sich durch die hohe Zahl von z. B. 300.000 Opfern, welche die Atombomben-Detonationen von Hiroshima gefordert hat, zum Trugschluß verleiten, daß es gegen Atomwaffen keinen Schutz gäbe. Dies stimmt nicht. Denn zwei Drittel dieser Opfer, das sind rund 200.000 Menschen, wurden durch die Trümmer der wie Kartenhäuser zusammenstürzenden Bambushäuser erschlagen und ungefähr weitere 60.000 Menschen fanden in den Flammen der brennbaren Gebäude den Tod. Abermals Tausende von Toten gehen auf das Konto der Tatsache, daß niemand von dem Vorhandensein tödlicher Strahlen eine Ahnung hatte und sich die Leute viel zu lange in dem verstrahlten Gebiet aufhielten. Eine mehr als deutliche Sprache bezüglich der Gefährdung der Zivilbevölkerung beweisen noch folgende Ziffern: Im ersten Weltkrieg betrug die Zahl der Toten der Zivilbevölkerung eine halbe Million. Die militärischen Verluste demgegenüber 9,2 Millionen. Im zweiten Weltkrieg — wie Sie aus der folgenden Gegenüberstellung ersehen, die für uns sehr bedeutungsvoll ist — betrug die Zahl der Ziviltoten 24,8 Millionen und die Zahl der Toten an Militärpersonen 26,8 Millionen. Mit anderen Worten heißt dies, daß im ersten Weltkrieg etwas mehr als das Achtehnfache an Militärpersonen gegenüber der Zivilbevölkerung an Toten verloren wurden, im zweiten Weltkrieg jedoch nur ein Zwölftel mehr. Im atomaren Zeitalter haben sich die Verhältnisse zuungunsten der Zivilbevölkerung zweifellos weiter verschlechtert. Nun, sehr verehrte Damen und Herren, wie steht es mit dem Zivilschutz in Österreich und im besonderen in der Steiermark? In Österreich wurde im Jahre 1961 der Österreichische Zivilschutzverband gegründet, dem sodann in den einzelnen Bundesländern früher oder später die Landesver-

bände folgten. In der Steiermark fand die konstituierende Sitzung des Steirischen Zivilschutzverbandes am 16. Juli 1962 statt. Von seiten der Bundesbehörden wurden bis heute keine einheitlichen Richtlinien bezüglich der Schulung der Vereinsorgane erlassen und auch keine Stellungnahme bezüglich der Qualität der für die Ausbildung zur Verfügung stehenden Unterlagen, die aus den verschiedensten Quellen kommen. Sehr verehrtes Hohes Haus! Man ist darangegangen, in der weiteren Folge verschiedene Fachbeiräte zu gründen, die die Aufgabe haben, belehrend, aber auch anregend für die Zivilbevölkerung den Zivilschutz in unserem Lande in entsprechender Form vorzubereiten und ihn aber auch der Bevölkerung zugänglich zu machen. Ich darf daher, sehr verehrtes Hohes Haus darauf verweisen, daß die Erstellung eines entsprechenden Zivilschutzes auch für uns von ausschlaggebender Bedeutung ist und der Betrag von 200.000 S, der erstmalig in einem Budget des Landes ausgeworfen wurde, wohl ein geringer, aber immerhin ein Betrag ist, der ein gutes Beginnen auch nach dieser Richtung hin für die Zukunft gewährleisten wird. Ich stelle daher im Auftrage des Finanzausschusses den Antrag auf Annahme des Ansatzes der Gruppe 1.

Präsident: Das Wort hat Herr Abg. DDr. Hueber.

Abg. DDr. Hueber: Hohes Haus, sehr geehrte Damen und Herren! Der Herr Berichterstatter hat schon darauf hingewiesen, daß die Gruppe 1 „Öffentliche Ordnung und Sicherheit“ erstmals die Post aufweist „Vorbereitungsmaßnahmen für den Zivilschutz“ mit einem Betrage von 200.000 S. Dieser für Vorbereitungsmaßnahmen vorgesehene Betrag von 200.000 S ist wohl ein überaus dürftiger Betrag. Man kann hier wohl nur einen allerersten Anfang erblicken und ich darf in diesem Zusammenhang auf das Bundes-Budget 1962 verweisen sowie auch auf das vorangegangene Bundes-Budget 1961, aus dem zu erkennen war, daß man höheren Ortes noch nicht viel Verständnis für die Aufgaben und die Erfordernisse des Zivilschutzes aufgebracht hat. Das Innenministerium hat für das Bundes-Budget 1962 einen Betrag von 168 Millionen Schilling gefordert und einen Betrag von 15 Millionen wurde für Zwecke des Zivilschutzes zuerkannt erhalten. Sie sehen also daraus, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß wir wirklich am Anfang stehen und daß es sehr erforderlich ist, auf die Notwendigkeit und auf die Bedeutung des Zivilschutzes hinzuweisen.

Die Gegner, meine Damen und Herren, bezeichnen den Zivilschutz als sinnlos. Sie meinen, es gäbe gegen die modernen Atomwaffen praktisch überhaupt keinen Schutz und es sei völlig sinnlos, Ausgaben für den Schutz gegen atomare Waffen zu machen. Einer der Hauptwortführer der Gegner des Zivilschutzes ist ja bekanntlich der Herr Professor Dr. Thiring, der im Bundesrat noch am 17. Juli 1962 folgendes erklärt hat: „Das Krebsgeschwür der Wehrmacht ist eine Metastase in Form eines Zivilschutzes.“

Meine Damen und Herren, die Ereignisse der jüngsten Vergangenheit, insbesondere die Kuba-Krise, und der Konflikt zwischen China und Indien haben unsere friedliche Bevölkerung auf die Gefahr einer weltweiten Auseinandersetzung aufmerksam gemacht, einer Auseinandersetzung, die auch die Möglichkeit des Einsatzes atomarer Waffen in sich schließt. Ich halte es daher für erforderlich, daß sich nunmehr auch der Hohe Landtag mit den Problemen und Fragen des Zivilschutzes auseinandersetzt, in welchem Zusammenhang in aller Kürze 3 Fragen aufzuwerfen und zu beantworten sind:

1. Ist der Zivilschutz sinnvoll und überhaupt möglich?
2. Ist der Zivilschutz für Österreich notwendig?
3. Wie kann der Zivilschutz bei uns in Österreich durchgeführt werden?

Der Herr Berichterstatter hat schon auf die Verlustziffern der beiden Weltkriege hingewiesen. Es kam im 1. Weltkrieg auf 20 tote Soldaten ein Zivilist. Der 2. Weltkrieg kostete schon für fast jeden gefallenen Soldaten eine Zivilperson und bei einem künftigen Krieg würden die Zivilopfer die Soldaten um ein Vielfaches übersteigen. Schon der 2. Weltkrieg, meine Damen und Herren, hat gezeigt, daß sich bei einem entsprechenden Luftschutz Verluste der Zivilbevölkerung weitgehend vermeiden lassen. Der Herr Berichterstatter hat auf das vielfach angeführte Beispiel Stuttgart und Pforzheim hingewiesen. Die Statistik weist aus, daß sich in den deutschen Städten bei guter Luftschutzorganisation die Verluste auf 1 bis 2% der Zivilbevölkerung belaufen und in Orten mit mangelndem Luftschutz die Verluste bis auf 30% der Bevölkerung gestiegen sind. Dies, meine Damen und Herren, aber nur bei den sogenannten konventionellen Waffen. Wie aber würden sich die Verluste bei einer atomaren Kriegsführung verhalten? Darüber, meine Damen und Herren, liegen bereits die Gutachten von Fachwissenschaftlern vor. Ich möchte diese gutachtlichen Äußerungen Ihnen nur in aller Kürze vor Augen führen.

Unterhalb des sogenannten Detonationspunktes einer Atombombe gibt es eine je nach dem Detonationswert größere oder kleinere Zone, innerhalb der es praktisch kaum einen Schutz gibt. Hingegen kann ein Großschutzraum, der einer Druckwelle von 25 atü widersteht, schon in 1 km Entfernung selbst gegenüber einer Megatonnenbombe wirksamen Schutz bieten. Amerikanische Atomwissenschaftler haben errechnet und dem amerikanischen Senat ein Gutachten erstattet, daß in den USA im Fall eines globalen Atomkriegs 39,2 % Tote und Verletzte bei Fehlen von Schutzmaßnahmen zu beklagen wären. Diese Verlustziffer würde schon bei kleinen unterirdischen Schutzräumen auf ca. 8 % und bei Schutzräumen, die einem Druck von 2,5 atü standhalten, auf ca. 3 % der Gesamtbevölkerung gesenkt werden können. Also bei nur mäßigen und zweifellos erschwinglichen Schutzmaßnahmen eine Senkung der Verlustziffern auf weniger als 10 % der ursprünglich angenommenen Verluste. Von hundertprozentiger Wirksamkeit sind hingegen die Schutzmittel gegen den sogenannten radioaktiven Niederschlag, der sich hunderte Kilometer über den Detonationspunkt hinaus erstrecken kann.

Der Herr Berichterstatter hat auch schon auf die Beispiele von Hiroshima und Nagasaki hingewiesen und vorgebracht, daß es bei dem atomaren Bombenangriff auf Hiroshima nur deshalb zu den hohen Verlustziffern von 300.000 Opfern gekommen ist, weil Japan von dem atomaren Angriff völlig überrascht war und weil Japan darüber hinaus auch gegenüber der konventionellen Luftkriegsführung keine entsprechenden Schutzmaßnahmen getroffen hatte.

Darf ich, weil der Herr Berichterstatter schon mit Ziffern aufgewartet hat, Ihnen darlegen, daß schon bei der konventionellen Luftkriegsführung Deutschlands pro 100 Tonnen Bomben 36 Tote, Japan pro 100 Tonnen Bomben 500 Tote zu beklagen hatte.

Ich darf aber auch auf ein Beispiel der jüngsten Praxis hinweisen, auf das Beispiel der japanischen Fischer, die 120 km vom Detonationspunkt einer 15-Megatonnenbombe entfernt, vom radioaktiven Niederschlag eines sowjetischen Atomversuches überrascht wurden. Statt sofort Entstrahlungsmaßnahmen durchzuführen, also Kleidung, Haare, freie Hautstellen und das Deck des Schiffes gründlich von jedem Staub zu reinigen und keine verseuchten Fische mehr zu fangen, fuhren diese japanischen Fischer in Unkenntnis der Bedeutung und Gefahr dieses radioaktiven Niederschlages noch 3 Wochen durch den Pazifik bis in ihren Heimatort. Einer der Fischer starb, die anderen erkrankten schwer. Zur gleichen Zeit wurde von demselben radioaktiven Niederschlag eine Gruppe afrikanischer Wissenschaftler auf einer Insel und ein amerikanisches Kriegsschiff auf hoher See getroffen. In diesen beiden Fällen erkannte man sofort, worum es sich handelte, die vorgeschriebenen Entstrahlungs- und Schutzmaßnahmen wurden ergriffen, mit dem Ergebnis, daß niemand von der Strahlungskrankheit befallen wurde.

Diese Beispiele, meine Damen und Herren, die ich in aller Kürze angeführt habe, zeigen Ihnen, daß sehr wohl ein Zivilschutz möglich ist und daß sehr wohl ein Schutz auch gegen die sogenannten nuklearen Waffen durchaus sinnvoll ist.

Nun in aller Kürze zur 2. Frage, ist der Zivilschutz auch für Österreich notwendig?

Man hat darauf hingewiesen, daß Österreich ja ein neutraler Staat ist und daß Österreich daher in der Lage ist, sich aus jeder kriegerischen Auseinandersetzung herauszuhalten. Meine Damen und Herren, das müßte auch für die weiteren neutralen Staaten, die Schweiz und Schweden gelten. Gerade diese neutralen Staaten haben einen vorzüglichen und bis ins kleinste ausgebauten Zivilschutz. Es ist wohl so, meine Damen und Herren, daß auch ein neutraler Staat unmittelbare Einwirkungen eines Atomkrieges nicht ausschließen kann. Es kann immerhin vorkommen, daß die kriegführenden Staaten bei dem Abwurf von Atombomben oder bei Atomraketen ihr Ziel verfehlen. Das ist ja auch im zweiten Weltkrieg schon der Schweiz passiert. Bekanntlich haben amerikanische Flieger versehentlich auch auf Schweizer Städte Bomben abgeworfen. Aber es muß nicht einmal das sein. Es wäre schon eine Katastrophe, wenn im Fall einer

atomaren Auseinandersetzung zwischen West und Ost, die hoffentlich uns und der ganzen Welt erspart bleibt, ein Einschlag in einem an Österreich angrenzenden Land erfolgen würde. Atomwissenschaftler haben errechnet, daß ein Megatonnenschlag in unmittelbarer Nachbarschaft Österreichs bei uns mangels jeden Zivilschutzes eine Todesquote von sage und schreibe 66% unserer Bevölkerung auslösen würde.

Aber, meine Damen und Herren, die hauptsächlich und die ständige Gefahr, der der neutrale Staat Österreich ausgesetzt ist, ist der radioaktive Niederschlag. Sowohl im Westen als im Osten hören ja die Atombombenversuche nicht auf und über Hunderte von Kilometern erstreckt sich der radioaktive Niederschlag, der oft Tage, ja Wochen später erst ein völlig unvorbereitetes Gebiet befallen kann. (Zwischenruf: „Nach Jahren sogar.“) Ich will Ihnen bitte nicht widersprechen, aber es ist so, daß die Wirkung der radioaktiven Strahlen von Tag zu Tag und von Zeit zu Zeit abnimmt. (Zwischenruf: „Auf Jahre zieht sich das hin.“) Ich widerspreche ja nicht. Ich wollte sagen, ein solcher radioaktiver Niederschlag erfaßt und schädigt ja nicht nur den menschlichen Körper, erfaßt auch Tiere, Feldfrüchte, das Wasser, ja alle davor ungeschützten Lebensmittel, und macht daher eine fachgerechte Entstrahlung sowie auch eine entsprechende Vorratshaltung erforderlich. Ich sage daher und stelle fest, daß kein verantwortungsbewußter Politiker die Notwendigkeit von Zivilschutzmaßnahmen für Österreich verneinen könnte. Ohne Aufklärung und Schutz der Bevölkerung könnte allein der radioaktive Niederschlag nach einer Versuchsdetonation zu katastrophalen Folgen für unsere Bevölkerung führen, die noch in keiner Weise aufgeklärt ist, wie man sich da zu verhalten hat und das zweifellos das Schicksal jener von mir beispielhaft angeführten japanischen Fischer erleiden würde.

Und nun noch zur dritten aufgeworfenen Frage, zur Frage der Durchführung des Zivilschutzes in Österreich.

Meine Damen und Herren, in Österreich fehlt es an jeder gesetzlichen Regelung für die Durchführung des Zivilschutzes. Die Durchführung des Zivilschutzes obliegt aber meines Erachtens wohl in erster Linie dem Bund, der schließlich neben der Landesverteidigung auch für den Schutz seiner Zivilbevölkerung zu sorgen hat. Der Bund möge daher die notwendigen Einrichtungen schaffen, die erforderlichen Mittel beistellen und die Kompetenzen für die ebenso notwendige Mitwirkung der Länder und Gemeinden abgrenzen.

Und nun noch die Frage „Was will der Zivilschutzverband?“ Diese Frage wurde in der letzten Zeit immer wieder aufgeworfen und auch in verschiedenen Diskussionen wurde diese Frage gestellt, auch im Finanzausschuß, und insbesondere auch dahin ergänzt, ob sich dieser Zivilschutzverband nicht etwa mit den Zivilschutzaufgaben des Staates überschneidet, ob er nicht eine überflüssige Konkurrenzierung der doch jetzt ins Anlaufen kommenden staatlichen Maßnahmen darstellt. Der Zivilschutzverband, meine Damen und Herren, ist ein Verein, ein Verein, der sich die Aufklärung der Bevölkerung und die Organisation des Selbstschut-

zes zur Aufgabe gemacht hat. Ebenso wenig wie der Zivilschutzverband den Zivilschutz in Österreich allein durchführen könnte, ebensowenig könnte auch der Staat ohne die freiwillige Hilfe eines solchen Verbandes seinen Aufgaben gerecht werden. Der Zivilschutzverband ist die Selbstschutzorganisation der österreichischen Zivilbevölkerung. Er erwartet sich daher, daß er als Träger dieses notwendigen Selbstschutzes der österreichischen Zivilbevölkerung anerkannt wird, daß ihm die notwendige Aufklärung der Bevölkerung sowie die Organisation des Selbstschutzes überantwortet wird. Man muß sich vor Augen halten, welche zahllosen Helfer und Helfershelfer erforderlich sind, um diese Aufklärungsarbeit bis in die Dörfer unserer Heimat durchzuziehen und auch den Selbstschutz bis in die kleinsten Zellen zu organisieren. Denn Zelle des Selbstschutzes, meine Damen und Herren, ist und bleibt die Hausgemeinschaft und darüber hinaus auch die Betriebsgemeinschaft. Die Menschen im Haus, die Menschen im Betrieb müssen wissen, wie sie sich zu verhalten haben, wenn es zu irgendeiner Alarmierung kommen sollte, auch nur über einen zu erwartenden radioaktiven Niederschlag. Grundpfeiler der Zivilschutzorganisation sind daher die Selbstschutzgemeinschaft im Hause und im Betrieb, der Selbstschutzblock und der Selbstschutzrayon, auf welche Grundpfeiler sich dann die ganze weitverzweigte Organisation des Zivilschutzes aufbaut.

Wie bereits vom Herrn Berichterstatter hervorgehoben, wurde auch in der Steiermark am 16. Juli dieses Jahres der Österreichische Zivilschutzverband — Land Steiermark — als selbständiger Verein für das Bundesland Steiermark konstituiert. (Zwischenruf: „Angemeldet auch?“) Ja, konstituiert als angemeldeter Verein. Präsident dieses steirischen Verbandes ist unser Landtagspräsident Karl Brunner. (Starker Beifall.) Als Vizepräsidenten dieses Verbandes sind gewählt worden Nationalrat Zingler und meine Wenigkeit. (Beifall.) Als geschäftsführender Vizepräsident fungiert der Landesamtspräsident i. R., Herr Dr. Karl Angerer. Ihm obliegt die gewaltige organisatorische Arbeit, und ich glaube, daß ihm der Dank dieses Hauses für diese übernommene Arbeit mit Recht gezollt werden soll. (Beifall.)

Meine Damen und Herren, im Hinblick auf die Notwendigkeit und die Bedeutung des Zivilschutzes und des konstituierten Zivilschutzverbandes in der Steiermark, hat meine Fraktion sowie die Fraktion der ÖVP im Finanzausschuß eine Resolution eingebracht, mit welcher der Hohe Landtag aufgefordert wird, dem Österreichischen Zivilschutzverband, Land Steiermark, als Selbstschutzorganisation der steirischen Zivilbevölkerung bestmögliche Förderung angedeihen zu lassen. Es steht außer Frage, daß dieser Resolutionsantrag im Hohen Hause angenommen wird.

Ich danke Ihnen, als kleiner Vizepräsident schon jetzt für die in Aussicht gestellte Annahme dieses Resolutionsantrages sowie für das Interesse und das Wohlwollen, das Sie dieser Einrichtung damit bekundet haben. Ich gebe aber auch noch abschließend der Zuversicht Ausdruck, daß die Hohe Landesregierung der Aufforderung des Hohen Land-

tages in vollem Umfang nachkommen wird und dem Zivilschutzverband jene Förderung zuteil lassen wird, die er zur Erfüllung seiner Aufgabe notwendig hat. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Die Rednerliste ist erschöpft. Ich bitte den Herrn Berichterstatter um das Schlußwort.

Berichterstatter **Ileschitz:** Ich verzichte auf das Schlußwort.

Präsident: Wir kommen zur Abstimmung. Ich ersuche die Abgeordneten, die mit den Ansätzen der Gruppe 1 einverstanden sind, eine Hand zu erheben. (Geschlecht.) Die Gruppe 1 ist angenommen.

Unterbrechung der Sitzung um 20.20 Uhr.

Fortsetzung am 19. Dezember 1962, 10.10 Uhr.

2. Präsident: Hoher Landtag! Meine Damen und Herren! Ich nehme die gestern unterbrochene Landtagssitzung wieder auf. Wir setzen die Beratungen fort.

Wir kommen zur Gruppe 2, Schulwesen. Berichterstatter ist Abgeordneter Johann Pabst. Ich erteile ihm das Wort.

Berichterstatter **Johann Pabst:** Hohes Haus! Verehrte Damen und Herren! Das Landesbudget für das Jahr 1963 sieht in der Gruppe 2, Schulwesen, Ausgaben von insgesamt 49.130.000 S und Einnahmen von insgesamt 9.438.500 S vor.

Im besonderen weist der Abschnitt 21, Volks-, Haupt- und Sonderschulen, eine neue Post auf, und zwar für die Beamtenentschädigung für Landeslehrer in der Höhe von 400.000 S. Es hat sich aus diesem Grund der Abschnitt 21 um etwas über 400.000 S auf 4.160.100 S erhöht.

Im Unterabschnitt 231, allgemeine kaufmännische und gewerbliche Berufsschulen, sticht hervor, daß im besonderen der Zuschuß für den Personalaufwand für Lehrer eine Erhöhung von 1.160.000 S auf insgesamt 12.960.000 S erfährt, sowie auch die Beiträge an Gemeinden zur Errichtung von Landesberufsschulen eine Erhöhung von einer halben Million Schilling erfahren und die Einrichtung und Ausstattung von Lehrwerkstätten in Landesberufsschulen eine Erhöhung ebenfalls von einer halben Million auf 1½ Millionen Schilling insgesamt.

Weiters wurde diese Post der Schulen im besonderen noch bei den Zuschüssen an Fachschulen um 928.200 S erhöht. Bei Studien- und Lernbeihilfen erfuhr die Post, Studienbeihilfen, an Mittel-, Fach- und Hauptschüler eine Erhöhung um 300.000 S, insgesamt 1.500.000 S. Die Studienbeihilfen an Hochschüler und Studierende an Akademien erfuhr eine Erhöhung um 1.105.000 S, so daß diese Post insgesamt Ausgaben von 2.625.000 S vorsieht. Insgesamt erhöhen sich die Studien- und Lernbeihilfen um 1.405.000 S auf insgesamt 4.255.100 S. Die Ausgaben für das gesamte Schulwesen haben sich um 5.118.900 S gegenüber dem Vorjahr erhöht. Während sich die Einnahmen in dieser Gruppe nur um 796.500 S erhöht haben.

Die Gruppe 2 wurde im Finanzausschuß weitestgehend und genauestens beraten und ich wurde

dort beauftragt, dem Hohen Landtag diese Gruppe 2 in der vorliegenden Fassung zur Genehmigung vorzulegen.

Präsident **Afritsch**: Herr Abgeordneter **Kraus** hat sich zu Worte gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg. **Kraus**: Hohes Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren! Gestatten Sie mir einige Feststellungen zum Abschnitt 21 der Gruppe 2, zu den Pflichtschulen. Im Jahr der Verabschiedung der Schulgesetze finde ich es für angezeigt, auch hier im Steiermärkischen Landtag dazu einiges zu vermerken. Auch gestern sind wiederholt die Schulgesetze angeführt worden.

Am 25. Juli 1962 ist die umfassendste Schulreform in der österreichischen Schulgeschichte verabschiedet worden. Innere Schwierigkeiten, die sich den Schulgesetzen durch 42 Jahre entgegengestellt haben, konnten überwunden werden. Der Schulkampf ist somit zu Ende. Einsicht und Toleranz haben das Zustandekommen der Schulgesetze ermöglicht.

Sicher ist mancher nicht ganz befriedigt davon. Große Teile der Bevölkerung finden das Nichtzustandekommen des 5. Schuljahres als einen echten Schmerz. Aber vieles im Leben ist nun einmal Kompromiß und wenn Demokratie an sich auch Kompromiß bedeutet, so müssen die Schulgesetze als demokratisches Kompromiß gewertet und betrachtet werden. Die Schulgesetze sind nun da. Sie bedeuten eine fundamentale Neuordnung unseres Schulwesens und gerade noch zur rechten Zeit einen entscheidenden Schritt nach vorne.

Bildung macht die Völker frei. Es geht um die Überwindung der Bildungskrise, die die Technik herbeigeführt hat. Die Technik hat die Welt räumlich zusammengeführt. Ich darf hier an dieser Stelle dem verdienstvollen Verfechter der Schulgesetze, Herrn Nationalrat Harwalik wörtlich zitieren: „Nicht nur das Europa, sondern auch die Welt von morgen wird in unserer Schulstube entschieden.“ Denn die Menschheit befindet sich im Wettlauf zwischen Erziehung und Katastrophe, wie Herr Landesrat Pirisch hier einmal festgestellt hat. Und wenn, wie Herr Landeshauptmann Krainer immer wieder erklärt, die Welt vom Geist bewegt und bestimmt wird, so war es auch für Österreich hoch an der Zeit, daß es seine Schulen an die neuen Zeiterfordernisse, an die letzten, großen Entwicklungen angepaßt hat. Welche wesentlichen Neuerungen hat nun das neue Schulgesetz gebracht? Gestatten Sie mir, daß ich sie kurz in 10 Punkten zusammenfasse:

1. Die Verlängerung der Schulpflicht auf 9 Jahre. In einigen europäischen Ländern ist bereits die zehnjährige Schulpflicht eingeführt oder man ist dabei, sie einzuführen. Im noch zu beschließenden Unterrichtsgesetz wird auf die berechtigten pädagogischen Forderungen im Zusammenhang mit dem 5. Schuljahr Bedacht genommen werden müssen.

2. Das Schulorganisations-Gesetz. Es macht in logischer Entsprechung durch die Schaffung neuer Schultypen den Übertritt in die Oberstufen der Mittelschulen ohne Aufnahmeprüfung möglich. Die Kinder bleiben vier Jahre länger im Familienverband, die finanzielle Belastung der Eltern vermin-

dert sich und bedeutet gleichzeitig den Zugang zur Hochschule. Man könnte dies als sinnvolles System der Brücken und Übergänge bezeichnen, das auch die letzten Bildungsschranken beseitigt.

3. Die Erhöhung der Stipendienausschüttung ergänzt das Werk in sozialer Hinsicht.

4. Die Einheit des gesamten Schulwesens ist erstmalig im neuen Schulorganisationsgesetz sinnvoll zum Ausdruck gebracht.

5. Die Einrichtung kollegialer Schulbehörden auf Landes- und auf Bezirksebene bedeutet die Demokratisierung der Schulverwaltung. Durch die darin verankerten Elternvertreter ist das Mitspracherecht der Eltern gesichert.

6. Die Privatschulen sind gesetzlich verankert. Das Recht der Eltern, für ihre Kinder die Schule frei zu wählen, ist anerkannt. Dies entspricht den Grund- und Freiheitsrechten der Menschen. Die Doppelbesteuerung dieser Eltern fällt nun weg. Das Privatschulgesetz gibt Raum einer Förderung des Privatschulwesens durch den Staat.

7. Das Religionsgesetz bezieht nun auch die Berufsschulen im Lande ein. Die Anbringung des Kreuzes ist gesetzlich klargestellt, desgleichen auch die religiösen Übungen.

8. Der Ziel-Paragraph des neuen Schulwesens in Rangordnung der Erziehungswerte mit den allgemeinen verpflichtenden und sittlichen Werten stellt die religiösen Werte klar an die Spitze, denen die Gemeinschaftswerte auf dem Fuße folgen. Damit ist im Schulgesetz die Religion als ein geistiger Grundwert verankert, der den Sinn des Lebens erst begründet.

9. Die staatsbürgerliche Erziehung erscheint stärker betont.

10. Dieses Gesetz richtet auch wieder die ortsfesten Stellen ein; diese binden den Lehrer fester an seinen Dienstort.

Das polytechnische Jahr — die Bezeichnung mag vielleicht nicht ganz glücklich sein — soll als selbständiger Lehrgang geführt werden. Es soll nicht ein neuntes Volksschuljahr oder eine 5. Hauptschulklasse darstellen, es ist ein allgemein bildendes Pflichtjahr ohne ein Lehrverhältnis. Die endgültige Form dieses Lehrganges wird allerdings erst abgeklärt werden müssen.

Die gesamte neue Schulorganisation zielt auf eine erhöhte Bildungsertüchtigung ab. Hoffen wir, daß dieses moderne Gesetzwerk recht reiche Früchte für unsere Heimat bringt. Die neuen Lehrpläne werden erst erstellt. In einem Jahr soll das Unterrichtsgesetz erlassen werden, das den inneren Unterrichtsbetrieb regelt. Zehn pädagogische Gremien sind am Werke für alle Schultypen. Die Lehrerschaft ist zur Mitarbeit über die Arbeitsgemeinschaften aufgerufen. Wir wollen allen Mitwirkenden unsere besten Wünsche für ein erfolgreiches Wirken übermitteln. Denn letzten Endes kommt es darauf an, daß die Lehrerschaft die Paragraphen mit rechtem Geist und mit Leben erfüllt. Ich bin völlig überzeugt davon, daß auch jene, die noch kein Vertrauensverhältnis zur Schulreform gewinnen konnten, ihre noch offenen Wünsche mit der Erlassung des Unterrichtsgesetzes weitgehend erfüllt finden werden. Als Mitkämpfer an vorderster Front für das Zustandekommen des Schulgesetzes gebührt

Herrn Nationalrat Harwalik der aufrichtige Dank unserer steirischen Heimat.

Während in Wien seit 1945 um die Schulgesetze gerungen wurde, hat sich in der Steiermark förmlich ein edler Wettstreit auf dem Schulbausektor entwickelt. War das Schulhaus früher durchwegs der elendste Kasten im Ort, gehört es heute durchwegs zu den schönsten Gebäuden. Der Wandel in der Gesinnung der Bürgermeister in den Gemeinden als Schulerhalter muß aufrichtig begrüßt und anerkannt werden. Die Gemeinden tun ihr Bestes. Natürlich trägt am Schulbau das Land einen wesentlichen Anteil, in der Regel 50 %. Bis jetzt wurden allein für 1962 vom Referenten der ÖVP-Gemeinden, dem Herrn Landeshauptmann, rund 27 Millionen Schilling als Förderung für den Schulbau ausgegeben. Auch die Landeshauptstadt Graz hat heuer aus dem Schulaufonds 1 Million Schilling erhalten. Dem Herrn Landeshauptmann gebührt für sein besonderes Verständnis für die kleinen Landgemeinden der aufrichtige Dank, den ich namens der kleinen Landgemeinden zum Ausdruck bringe. Um den Nachholbedarf auf dem Schulbausektor einigermaßen Rechnung tragen zu können, wird der Einsatz erhöhter Mittel in den nächsten Jahren noch erforderlich sein. Obwohl heuer für den Schulbau bereits bedeutend mehr ausgegeben wurde als jemals in einem Jahr zuvor, wird wegen der vielen noch offenen Wünsche eine weitere Zuführung an den Schulaufonds unumgänglich sein.

So erfreulich es ist, daß sich das Netz der Hauptschulen immer mehr verdichtet, so daß in ländlichen Gebieten immer mehr Mittelschulen entstehen, wodurch die ländliche und bäuerliche Jugend stärker in das höhere Bildungsfeld einbezogen wird, so sind die Verkehrsverhältnisse im allgemeinen doch noch nicht so, daß man von überall her diese Schulen erreichen könnte. Vielen Minderbemittelten aus entlegenen Gegenden, ich denke z. B. an den Forstarbeiter, den Zollwachbeamten, den Gendarm, den Kleinbauern und den Lehrer in der Soboth, denen ist es nur unter größten Opfern möglich, ihr Kind in ein Heim zu geben. Ich möchte deshalb bitten, diese besonders gelagerten Fälle bei der Zuerkennung von Studienbeihilfen entsprechend stärker zu berücksichtigen.

Nun noch einige Bemerkungen zum Lehrplan. Durch Radio und Presse wurde die Öffentlichkeit davon unterrichtet, daß in der Steiermark zur Zeit über 300 literarische Lehrkräfte fehlen. Durch den Zuwachs von Dienstposten könnten im nächsten Jahr rund 430 bis 450 Dienstposten besetzt werden. Es werden aber nur rund ein Drittel der offenen Stellen besetzt werden können, weil die Lehrer nicht da sind. Das muß ein Alarmzeichen sein, daß unbedingt Maßnahmen ergriffen werden, welche für eine verstärkte Heranbildung des Lehrernachwuchses Sorge tragen. Abgesehen davon, daß der ordnungsgemäße Unterricht in erforderlichem Ausmaß nicht aufrechterhalten werden kann, so muß wegen des argen Lehrermangels auch eine schwere kulturelle Schädigung des Landes befürchtet werden. Vielfach ist der Lehrer, besonders am Land, als geistiger und kultureller Mittelpunkt anzusehen.

Es fehlt vor allem an männlichen Lehrern. Es wird z. B. immer schwerer, geeignete männliche Bewerber

für Leiterstellen an wenig gegliederten Schulen zu finden. Meist bleibt auch eine mehrmalige Ausschreibung einer solchen Stelle ohne Erfolg.

Jetzt ist das Verhältnis der weiblichen zu den männlichen Lehrkräften rund zwei Drittel zu ein Drittel. Im kommenden Schuljahr werden nur rund 150 Lehramtsanwärter für eine Anstellung zur Verfügung stehen. Leider werden es vorerst nur 45 Junglehrer sein, was noch dem Verhältnis zwei Drittel zu ein Drittel entspricht.

Wenn in der Presse im Zusammenhang mit dem Lehrermangel Kritik geübt wurde, daß in der Bundeslehrerbildungsanstalt keine Parallelgänge eingerichtet seien, so muß dazu gesagt werden, daß heuer ohnedies der erste Jahrgang doppelt geführt wird, daß aber die Einrichtung von Abiturientenkursen als Sofortmaßnahme zur Behebung des Lehrermangels viel rascher wirksam wird. Es werden zur Zeit 2 weibliche und 1 männlicher Abiturientenkurs an der Lehrerbildungsanstalt geführt. Die Meldungszahlen der männlichen Bewerber für den Abiturientenkurs reichten leider nur für einen männlichen Kurs. Die Einrichtung der Abiturientenkurse hat sich im allgemeinen vorzüglich bewährt. Die Absolventen dieser Kurse werden praktisch zur Gänze Lehrer und gehen auch gern auf das Land, was allerdings von den Maturanten der Lehrerbildungsanstalt nicht immer behauptet werden kann. Diese studieren ganz gerne weiter.

Wenn genügend Bewerber vorhanden sind, ist es dringend geboten, die Abiturientenkurse von jährlich 3 auf 4 für die Jahre 1963/64 und 1964/65 auszuweiten, womit dem Lehrermangel neben anderen Maßnahmen in der Steiermark einigermaßen abgeholfen sein wird.

Bei der Auswahl der Bewerber wird besonders auf die männlichen Rücksicht genommen werden müssen.

Im Zusammenhang mit der Lehrerbildung muß darauf hingewiesen werden, daß der Ausbau der Lehrerbildungsanstalt wegen des Raummangels dringend erforderlich ist und auch im bezug auf die Einrichtung von Paralleljahrgängen in der männlichen Anstalt.

Zur Landflucht der Lehrkräfte im Zusammenhang mit dem Lehrermangel sei noch kurz festgestellt: Wenn Maßnahmen geeignet sind, den Lehrermangel hintanzuhalten, so erscheinen gerade Maßnahmen, die die Landflucht hintanhaltend, besonders geeignet, dem Lehrermangel abzuwehren.

Drei Vorschläge wären stärker ins Auge zu fassen, welche vom Landesschulrat erarbeitet wurden. Ich möchte sie ganz kurz zusammengefaßt wiedergeben:

1. Die bevorzugte Aufnahme von Landkindern in die Lehrer- und Lehrerinnenbildungsanstalten, sowie ihre stärkere Berücksichtigung bei Förderungsmaßnahmen, damit aus sozialen Gründen niemand gehindert ist, Lehrer zu werden. Im Hinblick auf die Abiturientenkurse ist dieser Forderung bereits Rechnung getragen.

2. Der Lehrer soll auch im kleinsten Dorf keine schlechtere Wohnung haben, als sein Kollege in einem größeren Ort.

3. Den Lehrern an wenig gegliederten Schulen gebührt eine Erschwerniszulage für die größere finanzielle Belastung und andererseits soll diese Maßnahme einen Anreiz für die jüngeren Lehrkräfte bedeuten, sich um eine Stelle an einer wenig gegliederten Schule zu bewerben.

Diese Vorschläge zur Verhinderung der Landflucht werden auch allgemein einen positiven Einfluß auf die Ergriffung des Lehrerberufes bedeuten und daher auch gleichzeitig den Maßnahmen zur Lösung des Problems des Lehrernachwuchses dienen.

Die schrittweise Verwirklichung dieser Vorschläge muß aufrichtig begrüßt werden.

Abschließend allen Verantwortlichen für das Schulwesen in der Steiermark, an der Spitze dem Herrn Landeshauptmann und dem Schulreferenten Herrn Landesrat Dr. Koren, aber auch der gesamten Lehrerschaft, sei für ihre unermüdete Arbeit im Dienst an der Jugend aufrichtiger Dank gesagt. Ohne die Arbeit der Lehrerschaft gäbe es keinen Fortschritt und vor allem auch auf die Lehrerschaft ist nun das neue Schulgesetz in seiner Erfüllung gestellt.

So wollen wir in gemeinsamer Verantwortung unserer Jugend gegenüber, die für die Anforderungen, die die Zukunft an sie stellen wird, gerüstet sein muß, zu den Schulgesetzen ja sagen und für den Schulbau sowie für eine verstärkte Heranbildung des Lehrernachwuchses in erhöhtem Maß Sorge tragen. (Beifall bei der ÖVP.)

2. Präsident: Als nächsten Redner erteile ich das Wort dem Herrn Abgeordneten Ing. Koch.

Abg. **Ing. Koch:** Hoher Landtag! Meine sehr verehrten Damen und Herren! In keinem Abschnitt der Menschheitsgeschichte gab es eine solche turbulente Entwicklung, wie in unserer Zeit. Wissenschaft und Technik haben solche gewaltigen volkswirtschaftlichen Umstellungen hervorgerufen, wie kaum zuvor.

Wenn wir den Vergleich zur Jahrhundertwende stellen, so stellen wir fest, daß derzeit etwa 5mal soviel obere Führungskräfte und 4mal soviel mittlere Führungskräfte, aber nur mehr etwa die Hälfte der ausführenden Kräfte in der Wirtschaft benötigt werden, wie es etwa um die Jahrhundertwende war. Diese Entwicklung wird in rascher Folge voranschreiten. Fortschrittliche Länder versuchen daher in diesem Geist ein Wettüben, die Heranbildung von oberen und mittleren Bildungskräften in möglichst großer Zahl und versuchen da einen entsprechenden Fortschritt zu erreichen.

Für Österreich ist es eine erfreuliche Tatsache, daß der Wissens- und Bildungsdrang der Jugend ein außerordentlich großer ist, daß sich schon im Jahre 1958 etwa 69 % aller Jugendlichen zwischen 14 und 17 Jahren in schulischer und beruflicher Ausbildung befunden haben. Eine nicht genügende Beachtung dieser Entwicklung müßte auch für unsere ernste Folgen zeitigen. Weniger erfreulich ist, daß der Andrang zu den Universitäten, zu den höheren, mittleren und technischen Lehranstalten, zu den Mittelschulen, zu den Fachschulen ein so großer ist,

so daß wir weder räumlich, noch ausbildungsmäßig aber auch personell nicht in der Lage sind, nur annähernd diesen Ansturm zu bewältigen. Es ist daher vordringliche Aufgabe, in erster Linie von Bund und Land, auf dieses Gebiet das ganze Augenmerk zu konzentrieren und diese Förderung weitestgehend voranzutreiben, sollte Österreich in seiner Entwicklung nicht zurückbleiben.

Neben dem schulischen nimmt auch das berufliche Ausbildungswesen einen beachtlichen und breiten Raum ein. Wenn wir bedenken, daß in den nächsten 10 Jahren nahezu 100.000 junge Menschen beruflich herangebildet werden, und daß von diesen etwa $\frac{2}{3}$ der Industrie und der übrigen Volkswirtschaft zufließen, während etwa nur $\frac{1}{3}$ in der gewerblichen Wirtschaft verbleibt, so müssen wir trachten, auf diesem Gebiet auch Wesentliches zu tun. Die Wettbewerbsfähigkeit in der kommenden Integration wird natürlich auch in weitem Maße vom Ausbildungsstand dieser Vielzahl der Jugendlichen abhängen. Immer deutlicher zeigt sich die zwingende Notwendigkeit, daß neben der tiefen Meisterlehre eine solide theoretische, fachtheoretische Schulung dieser jungen Menschen notwendig ist. Wir haben seit 10 Jahren mit allem Nachdruck versucht, dieses Schulwesen voranzutreiben. Leider Gottes kann bisher erst $\frac{1}{3}$ dieser beruflichen Jugend in ordentlichen Schulen versorgt werden. Ich verweise in diesem Zusammenhang auf den Resolutionsantrag, den die Volkspartei im Finanzausschuß eingebracht hat, wonach die Landesregierung aufgefordert wird, mit allem Nachdruck zu versuchen und alle Möglichkeiten zu erörtern, die entsprechenden Mittel freizustellen oder zur Verfügung zu stellen, damit diese Schulen ehe baldigst verwirklicht werden können. Ich könnte mir vorstellen, daß der derzeitige Finanzreferent dieser großen Entwicklung aufgeschlossener gegenübersteht, als es sein Vorgänger war. Ich muß ferner noch ein kurzes Kapitel anschneiden, und das ist „Jugend am Werk“. Der Lehrplatzmangel in den ersten Nachkriegsjahren hat dazu geführt, daß sehr viele Jugendliche nicht mit Lehrplätzen versorgt werden konnten. Inzwischen hat sich das genau umgekehrt. Wir haben jetzt einen Lehrlingsmangel. Wir haben daher auch in diesem Sinne einen Antrag eingebracht im Finanzausschuß, wonach die Landesregierung aufgefordert wird, zu untersuchen, inwieweit die Jugendlichen, die derzeit in „Jugend am Werk“ betreut werden, einer ordentlichen Lehre zugeführt werden können. Denn wir wissen ja alle, daß weder die Zeit, die der Jugendliche in „Jugend am Werk“ verbringt, angerechnet wird auf eine Berufslehre und daß auch den Eltern erhebliche Lasten entstehen, wenn ihre Söhne und Töchter ein, zwei oder mehr Jahre dort verbringen müssen. Wir erachten es daher als unsere Pflicht, das zu untersuchen, wobei wir empfohlen haben, die Kammer der gewerblichen Wirtschaft und die Arbeiterkammer zu dieser Aktion mit heranzuziehen. Zusammenfassend darf ich nochmals auf die außerordentliche Dringlichkeit der Förderung des Bildungswesens verweisen. Und ich darf auch daran erinnern, daß der Herr Landeshauptmann Krainer immer wieder, besonders in seiner letzten Rundfunkrede, darauf verwiesen hat, daß die Bildungs-

förderung an erster Stelle zu stehen hat, und daß es davon in großem Maß abhängen wird, ob Österreich seine gewaltigen Probleme in der Zukunft zu lösen in der Lage sein wird. Wir werden trachten müssen, unserer Jugend das nötige Rüstzeug in die Hand zu geben, um diese Probleme der Zukunft bewältigen zu können. Damit wird es auch gelingen, in Österreich den sozialen Aufstieg weiter voranzutreiben. Es wird auch gelingen, die Arbeitsplätze damit zu sichern, um die wir heute schon anfangen, zu bangen. Es wird aber auch gelingen, den allgemeinen Wohlstand des Volkes zu heben und zu erhalten und nicht zuletzt wird es auch dazu beitragen, das freie und schöne Land Österreich in Freiheit auch in Zukunft erhalten zu können. (Beifall.)

3. Präsident: Als nächsten Redner erteile ich dem Herrn Präsidenten **Afritsch** das Wort.

Abg. Afritsch: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Auch ich habe die Absicht, über einige Punkte der Gruppe 2, „Schulwesen“, zu sprechen. Zuerst, meine Damen und Herren, erlaube ich mir eine kurze Übersicht über die Schulsituation auf dem Gebiete des Pflichtschulwesens zum Schulbeginn des Schuljahres 1962/63 zu geben. Es ist bekannt, auch den Mitgliedern des Hohen Hauses, daß es nach wie vor in Steiermark einen Lehrermangel gibt. Der Steiermärkische Landesschulrat hat sich seit langer Zeit gewissenhaft und gründlich mit diesem Problem beschäftigt und die Bemühungen haben sich auch teilweise schon jetzt ausgewirkt. Zu Beginn des Schuljahres standen dem Landesschulrat 137 Lehramtsanwärter zur Verfügung und 45 sogenannte Überbrückungsfälle. Diese Überbrückungsfälle, wie wir sie bezeichnen, das sind Vertragslehrer, die schon jahrelang, ja oft Jahrzehnte, nicht mehr Dienst gemacht haben und sich bereit erklärten, als Vertragslehrer an steirischen Schulen wieder zu unterrichten. Der Landesschulrat konnte heuer auf die Absolventen von 5 Reifeklassen greifen. Erfreulich ist auch das — das ist heuer neu —, daß ein verhältnismäßig großer Prozentsatz der Maturanten unmittelbar zur Berufsausübung gefunden hat. Die Situation wäre noch besser, meine Damen und Herren, wenn nicht in den Sommermonaten ein nicht voraussehender, ich möchte fast sagen „kleiner Erdbeben“ auf diesem Gebiet eingetreten wäre. Es sind in den Sommermonaten nicht weniger als 80 aktive Lehrer ausgefallen. Frauen ließen sich finanziell abfertigen, Frauen traten nach Entbindungen lange Karenzurlauben an. Viele Lehrer, die vor Jahren aus anderen Bundesländern zu uns nach Steiermark gefunden haben, sind wieder zurückgezogen. Daher haben wir es sehr schwer zu spüren bekommen, daß 80 Lehrkräfte hier ausgefallen sind. Vielleicht ist es auch wichtig und interessant, wenn ich zur Übersicht noch folgendes sage: Auf Grund des Dienstpostenplanes, der begreiflicherweise auch auf diesem Sektor alljährlich ausgearbeitet werden muß und vorbereitet wird, und nach den Bestimmungen des Finanzausgleiches wurden in Steiermark auf dem Sektor der Volks-, Haupt- und Sonderschulen 5510 Lehrstellen bewilligt. Und es standen aber

nur 5214 Lehrer zur Verfügung. Es fehlen also noch immer rund 300 Lehrkräfte in Steiermark. In Prozenten gesehen, ist dieser Mangel nicht sehr groß, aber wir wissen, daß in vielen Bezirken, in vielen Schulorten, sich das sehr böse auswirkt. Die Bevölkerung ist empört, die Bürgermeister sprechen bei der Bezirkshauptmannschaft vor, ja sie finden sogar nach Graz zur Landesregierung. Sie verstehen nicht, daß da und dort nicht die Lehrkräfte, die notwendig wären, zur Verfügung stehen. Es soll aber, das habe ich schon erwähnt — und das ist eine erfreuliche Tatsache — von Jahr zu Jahr besser werden. Die Bemühungen der Schulbehörde und der Landesregierung werden sich auf diesen Gebieten gut auswirken. Ich wiederhole, es könnten sofort 300 Lehrkräfte in Steiermark ab morgen angestellt werden, wenn wir sie hätten. (**Abg. Dr. Rainer:** „Pensionisten einsetzen!“) Das ist wohl eine grundsätzliche Frage, die ich hier nicht behandeln kann, auch nicht der Hohe Landtag. Wenn ein Arbeitsmensch und ein Lehrer, der 40 Jahre hindurch in den Klassen gearbeitet hat, in Pension geht, mit Erreichung des 65. Lebensjahres, ist es eine große Problematik, etwa zu fordern, es sollen die Pensionisten (Landeshauptmann **Kraimer:** „Nur Freiwillige!“), die sich schon im dauernden Ruhestand befinden, wieder unterrichten. Pensionisten, die sich im dauernden Ruhestand befinden, können derzeit überhaupt nicht neu angestellt werden. Das müßte ja zentral geregelt werden. Aber zweifellos, Herr Abgeordneter, ist das auch eine Auffassung, über die man ernst sprechen könnte. Ich persönlich lehne das ab. Aber das ist meine Auffassung. Wenn ein Lehrer durch Jahrzehnte gearbeitet hat, braucht er die Jahre der Pension. Nicht nur die Lehrer, vielleicht auch die Schüler haben das Recht, doch noch kräftigere, gesündere und jüngere Lehrkräfte zu besitzen. Die Auswirkung ist begreiflicherweise da und dort noch böse, es gibt stark überfüllte Klassen, und, was noch böser ist —, nur die Bevölkerung sieht das nicht immer ein, weil das auch nicht so einfach zu erklären ist —, bereits bewilligte Klassen können nicht eröffnet werden. Aber wie gesagt, das Zukunftsbild ist hier nicht düster, sondern sogar positiv.

Nun, meine Damen und Herren, einige Zahlen aus der Schulstatistik. Ich habe nicht die Absicht, eine umfangreiche Statistik hier vorzulegen. Ich beziehe mich auf die neuesten Schulstatistiken für das Schuljahr 1961/1962, die von der statistischen Abteilung des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung in dankenswerter Weise vorbildlich zusammengestellt wurden. Ich habe mir einige Übersichten auf Grund dieser Unterlagen ausgearbeitet. In Steiermark schaut es derzeit so aus und Sie werden gleich sehen, meine Damen und Herren, warum ich mir gestatte, einige Zahlen zu bringen. Die Zahlen sind mir nicht Selbstzweck, sondern ich werde mich bemühen, einiges aus diesen Zahlen heraus zu entwickeln.

In Steiermark gibt es, ich denke nur an die Volks- und Hauptschulen, also nur an die Pflichtschulen, derzeit 826 Schulen, 690 Volksschulen und 136 Hauptschulen. Wenn wir diese 826 Schulen mit 100 % ansehen, dann ist das in Steiermark so, daß

es 84 % Volksschulen gibt und 16 % Hauptschulen. Ein Vergleich in Graz sieht da so aus: In der Landeshauptstadt Graz haben wir 90 Pflichtschulen. Wieder sind die 90 Schulen 100 %, 61 % Volksschulen und 29 % Hauptschulen. (Landeshauptmann Krainer: „Erhöhung des Schulaufonds ist dringend notwendig!“) Wird jederzeit unterstützt. (Landeshauptmann Krainer: „Bravo!“ — Beifall.) Ich würde allerdings . . . (Landeshauptmann Krainer: „Nicht mehr überlegen, Sie haben schon zugestimmt!“) Entschuldigen Sie, daß ich folgendes dazu sage, weil ich die Ehre hatte, einen Zuruf des Herrn Landeshauptmannes Krainer zu erhalten. Es ist mir gerade mitgeteilt worden, ohne Spitze und ohne Härte will ich das vorbringen, daß die Gemeinde Krottendorf-Gaisfeld noch immer auf die Bewilligung für den Hauptschulbau wartet, obwohl alle Gemeinden rund um Krottendorf-Gaisfeld einstimmig dafür sind. Man kann also nicht auf der einen Seite sagen, ich bin für die Eröffnung und für den Bau von Schulen und ich habe schon einmal hier im Hohen Hause sehr bewegt, möchte ich fast sagen, über dieses Projekt gesprochen. Mooskirchen wurde bewilligt und Gaisfeld-Krottendorf wartet heute noch immer. Also bitte auf der ganzen Linie begrüßen wir eine Schulfreundlichkeit, aber nicht hier und dort nicht.

Was die Pflichtschüler betrifft, und ich beende schon meine Statistik, sieht das so aus, meine Damen und Herren. In Steiermark gibt es rund 132.000 Pflichtschüler. Das sind die 100%. 75% besuchen die Volksschulen und 25 % besuchen die Hauptschulen. In Graz haben wir 17.100 Pflichtschüler, das sind die 100 %. Hier sieht es so aus, daß 55 % die Volksschulen und 45 % die Hauptschulen besuchen. Es liegt mir selbstverständlich ganz fern, ich glaube, daß niemand das herausgehört hat, etwa die Schulverhältnisse der Landeshauptstadt Graz auszuspielen gegen die Schulverhältnisse auf dem Lande. Die Konsequenz wird gerade die entgegengesetzte sein, die ich ziehe, indem ich sage, auf dem Lande sind die Kinder der Bauern, die Kinder der Land- und Forstarbeiter noch schlechter daran, als die Kinder in den Industriorten und in der Landeshauptstadt Graz. Denn draußen auf dem Lande ist oft die Hauptschule, die ja gesetzlich — das war früher und ist heute wieder nach den neuen Schulgesetzen — doch eine Pflichtschule ist, oft noch eine Ausleseschule. (Landeshauptmann Krainer: „Aber die Auslese ist am Lande nicht schlechter, als in der Stadt, nur sind die Entfernungen leider ein Hindernis.“) (Abg. Heidinger: „Behauptet ja niemand!“) Selbstverständlich spielt das eine Rolle. Ich werde auf das noch zurückkommen. Die begabten und fleißigen Schüler haben es auf dem Lande viel schwerer. Sie müssen sehr früh aufstehen, sie haben oft einen weiten, sehr beschwerlichen Schulweg vor sich und wo es die Straßenverhältnisse, Sie dürfen nicht überrascht sein, womit ich jetzt komme, wo es die Straßenverhältnisse gestatten, müßten kleine Schulautobusse eingesetzt werden, um diese Schüler in die Schule zu bringen. Ja, vielleicht ein Zukunftsbild, aber ich will nicht den Propheten spielen. Es gibt schon so viele Propheten nicht nur im Land Steiermark, sondern auch in unserem

Vaterland Österreich. Ein Zukunftsbild: Schulautobusse und wo die Straßen derart sind, daß auch Schulautobusse die Schüler nicht in die Schule bringen können. (Landeshauptmann Krainer: „Jeeps einsetzen!“), müßten Hubschrauber eingesetzt werden. (Heiterkeit, Beifall). (Abg. Pölzl: „Aber selbst lenken!“ — Landesrat Prirsch: „Wir sind ja im Atomzeitalter!“)

Meine Damen und Herren, Hohes Haus, das ist gar nicht so böß, wenn irgendein Vorschlag so mit 50 % Heiterkeit aufgenommen wird. Es gibt auch eine positive Heiterkeit (Zwischenruf von der OVP: „Sehr richtig!“) und vielleicht werden unsere Kinder einmal und unsere Kindeskinde das ganz komisch finden, daß es eine Zeit gab, in der Schüler stundenlang in die Schule gehen mußten, weil man nicht die nötigen Verkehrsmittel geschaffen hat. (Abg. Pölzl: „Herr Präsident, besser noch, wenn der Lehrer mit dem Hubschrauber zu den Kindern kommt.“) Humor ist wichtig, auch bei einer solchen Debatte. Witze sind oft gefährlich. Aber bitte, man darf auch nicht empfindlich sein, wenn ein guter Witz kommt und scheinbar war das ein guter Witz. (Landesrat Wegart: „Sehr gut sogar!“) Ich werde nachher im Protokoll das nachlesen können.

Wenn auch gesagt wird, daß das Zukunftsmusik ist, ein ernstes Wort, Hohes Haus, ja und nein. Wäre es nicht besser, wenn die Welt statt der Raketen und Vernichtungswaffen (Landeshauptmann Krainer: „Wir machen ja keine!“) für die Erziehung und Gesundheit der Jugend Großes leisten würde. (Landesrat Prirsch: „Im Landesbudget sind keine Raketen enthalten!“ — Zwischenruf von der SPÖ: „Hagelraketen!“)

Alljährlich kommen ältere Menschen, es sind sogar 40jährige dabei, die als sogenannte „Privatisten“, meine Damen und Herren, eine Hauptschulprüfung machen. Es sind in Graz alljährlich etwa 70 bis 80 „Privatisten“, die als Erwachsene sich mit dem Stoff der vier Hauptschulklassen beschäftigen und die Prüfung ablegen. Es ist das eine bewundernswerte Sache dieser Menschen. Freilich ist das so, daß man das Zeugnis verlangt, anlässlich von Vorrückungen bei der Post, bei der Exekutive, da oder dort. Aber es ist so, wenn auf dem Lande die Hauptschulen heute schon ausgesprochene Pflichtschulen wären, wäre das nicht notwendig.

Auch eine interessante Feststellung — und das hat ja mit der Statistik kaum mehr etwas zu tun — in der Landeshauptstadt Graz besuchen 3638 Schüler im Alter von 10 bis 14 Jahren eine Mittelschule. Und wenn wir das wieder so vergleichen — und ich sage da der statistischen Abteilung Dank, obwohl ich hier mitgearbeitet habe und obwohl ich der Auffassung bin —, ich bitte, jetzt nicht ungehalten zu sein —, daß doch nicht jeder Landtagsabgeordnete aufstehen kann und den Dank für alles und für jedes aussprechen kann, das ist nach meiner Auffassung Sache der Landesregierung, Sache des Herrn Landeshauptmannes und seiner Stellvertreter und der Mitglieder der Landesregierung, denn sonst könnte ich gleich auf drei Gebieten den Dank aussprechen (Zwischenruf: „Auf weidern?“) — aber ich möchte nur sagen, daß ich der statistischen

Abteilung dankbar bin für diese Unterlagen. Wenn ich das so nehme, daß ich auch diese Mittelschüler, die sich im Pflichtschulalter befinden, von 10 bis 14 Jahren, zu den Pflichtschülern dazurechne, dann schaut es in Graz so aus: — das ist eine sehr erfreuliche Feststellung — 46 % besuchen in Graz die Volksschulen, 37 % die Hauptschulen, 17 % besuchen die Mittelschulen. Das heißt, es wird vielleicht noch 3 bis 4 % Kinder in Graz geben, die nicht von der Volksschule in die Hauptschule kommen. Erfreulicherweise ist es so, daß in Graz und auch in den großen Industrieorten der Steiermark alle Schüler die Volksschule und die Hauptschule bis auf ganz wenige Ausnahmen absolvieren können. Viele Mittelschüler — und ich komme auf das wirklich nur ganz kurz zu sprechen — bereiten nicht nur ihren Eltern große Sorgen, auch den Lehrern und Schulbehörden. Es ist ein ewiges Kommen und Gehen. Ich spreche nicht den Schülern das Wort, die ihre Pflicht in den Mittelschulen nicht voll und ganz erfüllen. Es müssen junge Menschen auch schon ihre Pflichten haben. Ich spreche nur das Wort den fleißigen und begabten Schülern, die, trotzdem sie in der Volksschule ein sehr schönes Abgangszeugnis hatten, trotzdem sie die Aufnahmeprüfung sehr gut bestanden, dann unter die Räder gekommen sind. Im vergangenen Schuljahr sind nicht weniger als 183 Mittelschüler zurückgekommen und besuchen jetzt abschließend Grazer Hauptschulen. Am Ende des ersten Trimesters beginnt eine kleine Katastrophe für die Familien und für die Kinder. Man geht sehr genau nach dem Kalender vor. Das erste Trimester endet knapp vor Weihnachten. Es ist einige Male gestern schon im Hohen Hause über das Weihnachtsfest gesprochen worden, nun einmal auch ein trauriges Bild: Ausgerechnet einige Tage vor Weihnachten wird die Umschulung durchgemacht. Und ich frage hier im Hohen Hause, wenn eine Umschulung schon vorgenommen werden muß, warum muß das gerade einige Tage vor Weihnachten geschehen? (Abg. Dr. Rainer: „Das müßten Sie wissen, Herr Präsident, Sie sind ja Schulmann!“) Zwischenrufe sind hier nicht am Platz, obwohl sie gestattet sind (Heiterkeit). Alle Eltern, die eigene Kinder in der Mittelschule haben, können davon ein Lied singen. Wenn einer in der Mittelschule nicht mitgekommen ist, weil er seine Pflicht nicht erfüllt hat oder weil er nicht die Voraussetzungen hatte, dann soll er zu einer anderen Zeit zurückkommen. (Abg. Scheer: „Da müßte man Weihnachten verschieben!“) Es ist nicht meine Aufgabe, den Kalender, der doch jahrhundertlang Bestand hat, zu ändern, aber der Schulkalender an den österreichischen Mittelschulen könnte schon diesbezüglich etwas geändert werden. Ich habe nicht die Absicht — wie könnte ich das — hier im Hohen Hause über die Mittelschulen etwas Negatives zu sagen, aber nur eine kurze Bemerkung: Das, was ich hier ausspreche, gilt auch für so manche Hauptschulen unseres Landes, vielleicht gerade für diese Hauptschulen, die heute noch einen Auslese-Charakter haben. Denn es gibt Hauptschulen im Lande, die fast so den Charakter einer Mittelschule besitzen, wo auch schon sehr viele Schüler in größeren Schwierigkeiten waren. Ich rede, das sage ich noch

einmal, nicht das Wort den Schülern, die ihre Pflicht nicht erfüllen, sondern den fleißigen und begabten Schülern. Es muß wieder einmal im Hohen Hause ausgesprochen werden: Der Schüler, der junge Mensch, muß immer der Mittelpunkt sein. Der starre Schulapparat wirkt sich oft böse aus. Mehr Psychologie, mehr Beschäftigung mit der Jugend und mit dem Kinde. Ich habe vor einem Jahr dem Hohen Haus berichtet, sehr verehrte Damen und Herren, daß die Stadtgemeinde Graz drei neue Schulen baut. Ich will es nicht so billig machen, wie ich das gestern gehört habe und will also nicht für meine Partei das Interesse für die Schulen und für den Bau der Schulen reklamieren, denn es ist das so bekannt, daß seit Jahrzehnten die Sozialistische Partei sehr viel für Schulbauten übrig hatte (Abg. Pölzl: „Auch sehr viel, müssen Sie sagen!“ — Abg. Dr. Rainer: „Auch die Volkspartei.“) Warum die Aufregung? Wir freuen uns, daß es uns gelungen ist, Sie diesbezüglich in unser Schlepptau zu nehmen. (Zwischenruf bei der ÖVP: „Oh, oh!“) (Gelächter.) (Abg. Rainer: „Die Kleinen können die Großen nicht im Schlepptau nehmen.“) Im Interesse der Sache muß das begrüßt werden. (Zwischenruf: „Das ist überheblich!“) Und daß unser Beispiel eine gute Nachahmung gefunden hat. (Landesrat Prirsch: „Also, Ihr habt die Schulen ja nicht erfunden!“) (Landeshauptmann Kraier: „Herr Kollege, darf ich einen Zwischenruf machen?“) Gerne, Herr Landeshauptmann. („Sie prahlen, daß in Graz drei Schulen gebaut werden. Graz hat ungefähr $\frac{1}{4}$ der Einwohner von Steiermark. Und in der übrigen Steiermark werden 26 Schulen gebaut. Und zwar nur in ländlichen Gebieten. Nur, damit Sie einen Vergleich haben!“ — Landesrat Wegart: „Jetzt ist das Schlepptau gerissen!“) (Heiterkeit.) Wie konnte aus meiner schlichten und aufrechten Feststellung entnommen werden, daß nur die Sozialisten Schulen bauen! Aber ich gestatte mir, trotz des Zwischenrufes des Herrn Landeshauptmannes als Grazer Abgeordneter und als Mitglied des Grazer Stadtschulrates mitzuteilen, daß der Bau dieser drei Schulen nun abgeschlossen ist. (Zwischenruf: „Endlich!“) (Landesrat Prirsch: „Ich frage Sie, hat es vor den Sozialisten in Graz auch schon Schulen gegeben?“) (Heiterkeit.)

Ich könnte Ihnen sagen, aber ich will den Hohen Landtag mit der Zeit nicht belasten, ich könnte Ihnen mitteilen. (Landesrat Prirsch: „Antworten Sie und reden Sie dann vom Schlepptau! Ich warne Sie, weil Sie widersinnige, unsinnige, falsche und unrichtige Behauptungen aufstellen, das muß man Ihnen einmal sagen! Unsinnig, widersinnig und unrichtig!“ — Abg. Ileschitz: „Aber, aber, nicht nervös werden!“) Lassen Sie mich doch antworten. Herr Landesrat Prirsch, ich bin diese Art und Weise von Ihnen nicht gewöhnt. (Landesrat Prirsch: „Ich auch nicht von Ihnen!“) (Heiterkeit.) Ich habe Herr Landesrat, mir gestattet, zur Gruppe 2, Schulwesen, Verschiedenes zu bringen und habe nicht gesagt, meine Damen und Herren, was Sie nicht machen, sondern ich habe mitgeteilt, daß mit Freude und Genugtuung festgestellt werden kann, daß in Graz die drei Schulen nun fertiggestellt worden sind und daß die Schüler bereits diese drei

Schulen besuchen. (Landesrat Prirsch: „Sie haben die Meinung zum Ausdruck gebracht, daß die Sozialisten die Schulen erfunden haben!“ — Abg. Ing. Koch: „Sie sagen aber nicht, daß Sie 10 Jahre lang versucht haben, das Berufsschulwesen hintanzuhalten! Das ist Ihr Verdienst!“) Scheinbar behagt der OVP-Fraktion nicht ... (Abg. Pölzl: „Sie lügen nicht, Herr Präsident!“)

Meine Damen und Herren, die Literatur gehört auch zum Schulwesen und wieder bringe ich nichts so Gewöhnliches und Billiges, aber es geht durch meinen Kopf. Der große englische Dramatiker Shakespeare hat in einem großen Schauspiel „Der Kaufmann von Venedig“ in einer Szene folgendes gesagt, und das sage ich nicht einem Mitglied des Hohen Hauses, weil ich nicht persönlich werden will, aber es paßt hierher: „Erhebe dich zu höheren Sphären!“ (Landesrat Prirsch: „Und in einem Königsdrama sagte er: ‚Sprich die Wahrheit, mein Sohn!‘“) (Heiterkeit bei der OVP.) Man soll nicht empfindlich sein. (Abg. Dr. Rainer: „Bei der Wahrheit sind wir sehr empfindlich, Herr Präsident!“) Man soll nicht so empfindlich sein, wie Sie, meine Herren!

Ich habe die Ehre, meine Damen und Herren, schon seit dem Jahre 1945 diesem Hohen Hause anzugehören und habe über Schulfragen schon oft und oft gesprochen. Es ist mir das noch nie passiert. Aber auch ich will nicht empfindlich sein. Aber es ist beschämend, daß in dieser Debatte mir bei meiner Rede gesagt wird, ich spräche nicht die Wahrheit. (Abg. DDr. Stépantschitz: „Was ist mit dem ‚Schlepptau?‘“) Das ist doch keine Beleidigung (zahlreiche Zwischenrufe), das ist die Wahrheit, meine Damen und Herren! (Landesrat Wegart: „Zuerst hat er mit dem Hubschrauber so schön angefangen und jetzt ist es eine Bruchlandung geworden!“ — Heiterkeit bei der OVP.) Wir verstehen die Aufregung. Es gibt Schwierigkeiten in Wien, es gibt Schwierigkeiten in Graz und besonders die OVP hat die größten Schwierigkeiten. (Landeshauptmann Krainer: „Bei der Sozialistischen Partei, wollten Sie sagen!“) Ich höre nicht alles, obwohl ich gut höre.

Aber auf diese eine Anfrage möchte ich zurückkommen, die Herr Landesrat Prirsch in sehr erregter Weise an mich gerichtet hat. Ich stelle nur fest, daß es durch viele Jahre in Graz auf dem Gebiete des Pflichtschulbaues keinen Neubau gegeben hat. (Abg. Ing. Koch: „Immer eine sozialistische Mehrheit!“) Die letzte Schule, und das kann jederzeit bewiesen werden, auch aus der Statistik, lassen Sie mich jetzt ausreden. (Landesrat Prirsch: „Herr Präsident, seit 1918 sozialistisch verwaltet!“) Es ist die Hauptschule am Fröbelpark, die errichtet worden ist von der sozialdemokratischen Gemeindeverwaltung vom Bürgermeister Mutschsch, vom Finanzreferenten Rückl und vom Herrn Bürgermeister Speck, der damals Stadtschulrat war und seit diesem Jahre 1930 ist bis zum Jahre 1945, also auch in der sogenannten Systemzeit, nichts gemacht worden. Auch in der Zeit von 1938 bis 1945 ist auf dem Gebiet nichts gebaut worden.

Erst die Gemeinde Graz hat nach dem Jahre 1945 gemeinsam mit den anderen Fraktionen (Zwischenruf bei der OVP: „Ah, ah!“) Schule auf Schule ge-

baut und das ist die Wahrheit, die reinste Wahrheit, meine Damen und Herren! (Landesrat Prirsch: „Es hat schon vor den Sozialisten Schulen gegeben!“ — Zahlreiche unverständliche Zwischenrufe.)

Das österreichische Parlament, das hat schon mein verehrter Vorredner gesagt, hat im Juli noch knapp vor seiner Auflösung das umfassende Schulgesetz beschlossen. Dieses Schulgesetz besteht aus 7 Gesetzen und ich will diese 7 Gesetze nicht noch einmal aufzählen.

Ich komme mit einer Termintabelle. Es ist ein grundlegendes, alles umfassendes Schulgesetz. Der unübersichtliche Zustand auf diesem Gebiet ist vorüber. Ich habe schon einige Male in diesem Hause darüber gesprochen, aber leider wird ja von einigen Herren alles vergessen. (Gelächter.) Da gibt es nichts zu lachen, meine Herren, aber Sie können lachen. Abg. Dr. Rainer: „Vielleicht war es nicht so bedeutend, daß wir es vergessen haben!“) Danke schön für diese vornehme Meinung. Wenn Sie gesprochen haben, habe ich immer zugehört. Ab und zu habe ich daraus etwas profitieren können, was vernünftig war. Aber diese Äußerung, die Sie mir provozierend sagen, ist alles eher als vornehm. Aber Vornehmheit in einer Budgetdebatte, in der heutigen Zeit, bei einer solchen Fraktion der OVP ist nicht zu erwarten. Provokieren Sie mich nicht, Sie müssen meine Meinung auch hören. (Landesrat Prirsch: „Sie behaupten so leichtsinnig, daß wir alles vergessen!“)

Meine Damen und Herren, seit dem Jahre 1869, als das Reichsvolksschulgesetz entstand, hat Österreich kein so bedeutendes Schulgesetz erhalten, wie es die neuen Schulgesetze vom Juli 1962 sind. Ich will nicht die Gesetze aufzählen. Folgendes habe ich mir selbst zusammengestellt, ohne Statistik. (Zwischenrufe: „Oh, oh, bravo!“)

Es geht auch so, meine Damen und Herren. Es wird rund 10 Jahre dauern, bis das Inkrafttreten aller Schulgesetze erfolgt ist. Diese Feststellung ist sehr wichtig, weil die Auswirkungen auch das Land Steiermark spüren wird.

Im Juli 1962 wurde das Bundesverfassungsgesetz beschlossen, im September 1962 das Religionsunterrichtsgesetz. Das ist der Terminkalender. Am 1. Jänner 1963 wird sich das Schulpflichtgesetz auswirken. Das Schuljahr 1965/66 bringt die erstmalige Führung einer 3. Klasse der Handelsschulen, 1966/67 erstmalige Führung der 4. Klasse der bisher dreijährigen Fachschulen, Frühjahr 1968 die erstmalige Lehramtsprüfung für Volksschullehrer an den pädagogischen Akademien und nach 10 Jahren, im Frühjahr des Jahres 1972, erste Reifeprüfung der 9jährigen allgemein bildenden Volksschulen. Ich bin nicht in der Lage — bitte, auch das richtig aufzufassen — hier zu erklären, ich spreche diesem oder jenem Schulmann einen besonderen Dank aus. Es wäre nicht vornehm gegenüber den anderen Mitgliedern des Verhandlungskomitees, denn Sie wissen, daß unter dem Vorsitz des Unterrichtsministers Dr. Drimmel folgende Herren im Verhandlungskomitee gearbeitet haben: der Bundesminister Dr. Böck, der Bundesminister Dipl. Ing. Waldbrunner und Präsident des Wiener Stadt-

schulrates, Nationalrat Dr. Neugebauer, die Nationalräte Harwalik, Mark und Dr. Weiß. Diesen Mitgliedern des Verhandlungskomitees ist es trotz der größten Schwierigkeiten gelungen und auch die ÖVP hatte innerhalb ihrer eigenen Partei, in ihren eigenen Reihen, die größten Schwierigkeiten zu überwinden. (Abg. Pölzl: „Wie es heute in jeder Partei ist“), ich will nicht so böse sein und vielleicht sagen, vielleicht müßte man dem Herrn Bundesminister Dr. Drimmel und Herrn Nationalrat Harwalik dafür den Dank aussprechen, daß er die Widerstände in der eigenen Partei, in den eigenen Reihen durchkämpfen konnte. (Landeshauptmann Krainer: „Wer hat sie denn bei Ihnen überwunden?“) Daß ich recht habe, wissen Sie, Herr Landeshauptmann Krainer, genauso wie ich. Und nun komme ich zum Schluß, meine Damen und Herren. Die Schulaufsichtsbehörden, die Lehrerschaft und die Bevölkerung begrüßen das Zustandekommen dieser Schulgesetze. Nach einer wochenlangen geistigen Auseinandersetzung kam es zum Abschluß. Es hatte nur eine Alternative gegeben. Es ist, glaube ich, bekannt, daß es ein Verfassungsgesetz ist. Es war also die qualifizierte Mehrheit notwendig, eine $\frac{2}{3}$ -Mehrheit. Die Alternative lautete: Entweder weiterhin leidenschaftliche Diskussionen über einzelne Gegenstände innerhalb der Parteien oder Diskussionen pro und kontra, das hätte aber zu nichts geführt. Die Gegensätze wären nur noch größer geworden. Daher war nur eine Möglichkeit gegeben, eben der Weg eines tragbaren Kompromisses. Aber nicht nur die Erweiterung der Schulpflicht auf 9 Jahre und wie dieses neunte Jahr, ob als fünftes oder neuntes Schuljahr, kommen sollte, war nach meiner Meinung so entscheidend. Entscheidend war, daß die Regelung der Fragen des Religionsunterrichtes und des Privatschulwesens getroffen werden konnte. Entscheidend war die gelungene Demokratisierung der Schulverwaltung und der Lehrerbildung, entscheidend sind die erzielten Lösungen einer besseren Durchgängigkeit zwischen den Schultypen und die Eröffnung neuer Bildungswege. Entscheidend, meine Damen und Herren, ist die Lehrerbildung. Es kann wohl gesagt werden, ein großes, gutes Schulgesetz wurde hier im Geiste guter Zusammenarbeit geschaffen. Man muß auch die Leistung des politischen Gegners anerkennen und ich habe das in meinen Ausführungen wahrlich gemacht. Ich habe im Steiermärkischen Landtag in den letzten Jahren mehrmals das Zustandekommen der großen Schulgesetzgebung gefordert, ich habe öfters darüber bittere Klage geführt. Der Landtag wird im kommenden Jahr — auf das mache ich jetzt schon aufmerksam — auch auf diesem Gebiet eine große Aufgabe zu erfüllen haben. Zum Schulaufsichtsgesetz, einem der wichtigsten Schulgesetze, muß der Steiermärkische Landtag innerhalb eines Jahres ein Ausführungsgesetz beschließen. Hoher Landtag! Gestatten Sie mir, mit folgenden Sätzen meine Rede zu beenden, die nicht solange gedauert hätte, wenn nicht so viele Zwischenrufe erfolgt wären. Der Steiermärkische Landtag besitzt seit vielen Jahren — ich spreche nicht von einer Fraktion — ein großes Interesse für Erziehungs- und Unterrichtsaufgaben. Die Gesamtausgaben dieser Gruppe sol-

len jetzt um mehr als 5 Millionen Schilling erhöht werden. Mit vereinten Kräften wollen wir das steirische Schulwesen, wo und wann wir das nur können, unterstützen und fördern, gemeinsam mit vereinten Kräften. Die Jugend unseres Landes wird diese Bemühungen bestimmt anerkennen und würdigen. (Starker Beifall bei der SPO.)

3. Präsident: Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, fordere ich die Zuhörerschaft auf, sich während der Reden der Debattenredner jeder Äußerung, sowohl einer Mißfallens- als auch Beifallsäußerung zu enthalten. Nunmehr gelangt Herr Abg. Dr. Stepantschitz zu Wort.

Abg. **DDr. Stepantschitz:** Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist nicht ein Privileg des Steiermärkischen Landtages, daß die Abgeordneten zum Fenster hinausreden. Das ist in allen Körperschaften, auf der ganzen Welt so. Das Pech ist halt nur, daß die Fenster, auch dann, wenn sie offen sein sollten, nicht ein entsprechendes Auditorium vor sich haben, und wir müssen leider ganz traurig feststellen, daß das, was wir gesprochen haben, nicht entsprechend verstanden oder aufgenommen wird. Ich glaube, Herr Präsident Afritsch, oder ich fürchte es zumindest, daß auch in Ihrem Fall Ihnen die Bevölkerung nicht das Schlepptau abnehmen wird und ich fürchte sogar, daß Sie unsere Schüler nicht so phantasievoll anregen konnten, daß sie sich jetzt schon vom Christkindl einen Hubschrauber wünschen. Aber was nicht ist, kann sicher noch werden. Bitte, es ist also so, daß zum Fenster hinausgesprochen wird. Ich will aber nun über eine Frage reden, zu der zum Fenster hingesprochen wurde, und zwar sehr lautstark erst vor wenigen Tagen in Wien im Parlament. Ich darf also Sie, meine Damen und Herren bitten, mir einige Minuten zuzuhören und nachzudenken über die Fragen, die unsere Hochschulen betreffen. Ich weiß, daß wir im Fordern hier alle einig sind, es ist nur immer wieder die Gretchenfrage zu stellen, die gestern hier aufgeworfen wurde und wo wir eigentlich die Antwort schon gefunden haben, es müssen eben alle gemeinsam sparen, damit die wesentlichen Aufgaben des Staates erfüllt werden können. Wir sind uns alle einig, daß die Heranbildung unserer Hochschüler zu den wesentlichen Aufgaben unseres Staates gehört. Ich darf also auch an alle Stellen die Bitte richten, Ernst zu machen, in sich zu gehen und nachzudenken, wie man den Haushaltsplan künftighin doch so gestalten kann, daß die Hochschule ihren bei Gott nicht kleiner gewordenen Aufgaben gerecht werden kann. Es ist sicher auch in Graz schon einiges geschehen, wenn ich da an die Anschaffungen der letzten Zeit an der Technischen Hochschule denke, um dem Atomzeitalter gerecht zu werden. Ich will aber nicht sprechen, bewußt nicht sprechen von dem, was erreicht wurde, um nicht den falschen Eindruck zu erwecken, wir wären etwa mit dem, was nun schon da ist, zufrieden. Ich will im Gegenteil nur darauf hinweisen, daß dies alles viel zu wenig ist... (Landesrat Gruber: „Das ist der allgemeine Gedanke, daß das viel zu wenig ist!“), ich will also feststellen, daß es aller positiven Kräfte bedarf, um hier eine

wirkliche Besserung zu schaffen. Es geht nicht nur um die Einrichtung der Hochschulen, sondern auch um die Unterbringung der Hochschüler. Sie alle wissen, daß diese Frage eine wesentliche Rolle spielt, daß auf diesem Gebiet nicht unbeachtliche Mißstände herrschen.

Nun darf ich sagen, wir haben in Graz derzeit an unseren Hochschulen etwa 11.000 Hörer, davon an der Technik von fast 5000 Hörern 60% Ausländer, an der Universität dagegen von fast 6000 Hörern 25% Ausländer.

Was nun die Unterbringungsmöglichkeiten betrifft, so verspricht das kommende Jahr eine wesentliche Besserung der bestehenden Verhältnisse. Es wird von der Akademikerhilfe in der Elisabethstraße ein Heim errichtet, das 450 Hochschülern Plätze schaffen wird, bisher waren dort nur 90 Studenten untergebracht. Es wird von der Studentenfürsorge am Hafnerriegel ein Hochhaus errichtet, das 400 Plätze aufweisen wird und es wird von der österreichischen Hochschülerschaft auch ein Hochschülerheim errichtet in der Leechgasse, das 150 Plätze schaffen wird, davon 75 für Hochschülerinnen. Es wird sich also, da alle diese 3 genannten Projekte im kommenden Jahr beziehbar sein werden, doch die Situation bessern.

Ich möchte erwähnen, daß auch von den Kammern wirklich etwas getan wurde, was anerkannt werden soll. Es ist aber, glaube ich, auf einen besonderen Punkt noch hinzuweisen, daß auch im nächsten Jahr nur 75 Plätze für Hochschülerinnen zur Verfügung stehen werden und ich darf die Landesregierung bitten, nach Möglichkeit den Plan voranzutreiben in der Zusertalgasse, dort bestehen konkrete Möglichkeiten, ein eigenes Heim für Hochschülerinnen zu errichten. Ich darf erwähnen, daß das bisher vom Land errichtete Heim am Rieshang sich bestens bewährt hat. Es sind einige 100 Studenten, die nicht aufgenommen werden konnten. Es werden also im Jahre 1963, bei dann etwa 12.000 Studenten, es ist mit einer weiteren Zunahme doch zu rechnen, etwa 10% der Studenten in Heimen untergebracht werden können. Das ist immer noch bedeutend weniger, als dies heute in Wien oder in Innsbruck der Fall ist.

Ich darf außerdem noch erwähnen, daß im vorliegenden Budget der Betrag, der für Stipendien an Hochschüler ausgewiesen wird, sich erhöht, und zwar nicht unbedeutend von 1.520.000 S auf 2.062.000 S. Diese Erhöhung ist dadurch notwendig geworden, weil man die einzelnen Stipendien erhöht hat, und ich darf erfreulicherweise feststellen, daß alle Ansuchenden, die die entsprechenden Bedingungen erfüllt haben, auch zu ihrem Stipendium gekommen sind. Es werden künftighin die Studenten mehr bekommen und es wird hoffentlich auch so sein, daß alle Studenten, die die Bedingungen erfüllen, drankommen.

Nun darf ich noch einen Punkt erwähnen, wo die Meinungen in diesem Hause offensichtlich nicht ungeteilt sind. Der Herr Abgeordnete Scheer hat gestern in seiner Generalrede gemeint, man müsse den Ausländern zumindest teilweise das Studium in Graz, in Österreich überhaupt, unmöglich machen um den österreichischen Hörern mehr Platz zu

verschaffen. Wir bekennen uns eindeutig dazu. (Abg. Scher: „Das habe ich doch nicht gesagt, Herr Dr. Stepantschitz!“) Bitte, was haben Sie dann gesagt? (Abg. Scheer: „Ich habe gesagt, daß man sich überlegen muß, ob es nicht eine Hochstapelei ist, das Hereinkommen zu forcieren. Ich habe nicht gesagt, daß man es unterbinden soll, das ist doch ein gewaltiger Unterschied!“) Ich stelle trotzdem fest, daß hier Meinungsverschiedenheiten bestehen. Wir bekennen uns also zu der Tatsache, daß Ausländer zu uns kommen. Wir sind glücklich, daß es Völker gibt, die ihre Jugend uns anvertraut. Wir wissen das aus der Tatsache, daß schon in vergangenen Jahrzehnten viele Tausende von Hochschülern hier in Graz ihre Ausbildung erfahren haben, daß das ein nicht unwesentliches Kapital bedeutet, ein Kapital im wirtschaftlichen Sinn und, meine Damen und Herren, auch im moralischen Sinn. Vergessen Sie nicht, daß wir in aller Zukunft Freunde in aller Welt brauchen werden, gerade als kleiner neutraler Staat.

Ich darf in diesem Zusammenhang daran erinnern, daß auch in dem Budget eine kleine Post vorhanden ist, für die 100-Jahrfeier der medizinischen Fakultät an der Universität Graz. Es haben mehrfach schon Ausändertreffen stattgefunden von Ärzten, die in Graz ausgebildet worden sind. Es wird zweifellos auch diese 100-Jahrfeier wieder eine große Zahl von Ausländern nach Graz bringen, die sich gern erinnern werden an das, was sie in Graz gelernt haben und die als echte diplomatische Vertreter unseres Staates in der Zwischenzeit für Österreich geworben haben.

Ich darf also Sie bitten, meine Damen und Herren, doch daran festzuhalten, daß es der verkehrte Weg ist, zu verhindern oder auch nur zu forcieren, sondern daß der richtige Weg der ist, alles zu unternehmen, daß Österreicher wie Ausländer hier in Graz und an den anderen österreichischen Hochschulen einen Arbeitsplatz finden und hier ausgebildet werden können.

Wenn wir heuer erstmalig in unserem Budget in der Gruppe 0 einen kleinen Betrag ausgewiesen haben für Entwicklungshilfe, so darf ich feststellen, das ist wohl nur so dahingestellt, um den guten Willen zu bezeichnen. Denn Österreich wird niemals Wesentliches leisten können für die Entwicklungshilfe. Einen wesentlichen Beitrag für alle Völker, auch für jene, die man etwas überheblich als unterentwickelt bezeichnet, einen wesentlichen Beitrag können wir leisten, wenn wir dafür sorgen, daß die Studenten dieser Völker hier bei uns eine gute Ausbildung erfahren, uns kennenlernen mit allen unsern Vorzügen und allen unseren Nachteilen, daß sie das Milieu, in der wir unsere Jugend heranwachsen lassen, kennenlernen und daß auch sie später einmal in ihre Heimat zurückkehren mit der Überzeugung, daß es ihnen bei uns gut gegangen ist und daß sie sich auch mitverantwortlich fühlen. dafür zu sorgen, daß die Zukunft unseres Vaterlandes gesichert bleibt. Ich darf Sie also bitten, meine Damen und Herren, nehmen Sie es irgendwie als nationale Aufgabe, dafür zu sorgen, daß Österreich auf diesem Gebiet den Auftrag, den die Geschichte stellt, wirklich erfüllen kann.

Es wird im kommenden Jahr ebenfalls vom afroasiatischen Institut ein Heim für Ausländer errichtet, für 45 Studenten vorerst. Eine sehr kleine Post, aber immerhin auch eine Bekundung des guten Willens auf diesem Gebiet und ich darf in diesem Zusammenhang auch das segensreiche Wirken der Hammer-Pugstall-Gesellschaft erwähnen.

Wir haben, glaube ich, was zumindest die Förderung der Hochschulen betrifft, alle die gleiche Gesinnung. Ich hoffe, daß dieser gleichen Gesinnung auch ein gleiches Handeln entspringen wird.

Ich darf zum Schluß meiner Ausführungen noch auf ein ganz anderes Kapitel kurz übergehen, die Krankenpflegesulen. Wir haben praktisch 3 Krankenpflegesulen in Steiermark; 2 für Großkrankenpflege in Graz und Leoben und eine für Kinderkrankenpflege in Graz. Ich darf feststellen, daß der Zustrom zu diesen Krankenpflegesulen ein durchaus erfreulicher ist und daß die Leitung eine durchaus befriedigende ist. Es ist nicht neu, daß Schwierigkeiten bestehen in der Unterbringung, und ich darf mir gestatten, unseren Vorschlag in Erinnerung zu bringen, das Hörsaalgebäude möglichst bald und möglichst so zu errichten, daß es auch als Kongreßsaal zu verwenden wäre. Wir würden damit auch wieder einen Beitrag leisten zur Förderung der österreichischen Wissenschaft. Man könnte hier Kongresse halten und eben mit den Ausländern, die zu uns kommen, entsprechend ins Gespräch kommen.

Ich darf nur eines noch in diesem Zusammenhang kurz erwähnen. Das Gesetz legt Übergangsbestimmungen fest; es werden Ergänzungslehrgänge durchgeführt, die es jenen Personen, die als Schwester oder als med. techn. Assistentin bisher praktisch tätig waren, ermöglichen, ohne Aufgabe ihres Berufes, sondern, wie gesagt, durch Ergänzungs-kurse zum Diplom zu kommen. Es wird damit vom Gesetzgeber bekundet, daß also auch die praktische Tätigkeit die Voraussetzung schaffen kann, um voll graduiert zu sein, wenn ich mich so ausdrücken darf. Ich möchte glauben, daß ich doch feststellen darf, man möge, das ist keine steirische Angelegenheit, denn die Gesetzgebung liegt in Wien, man möge nach Möglichkeit darauf sehen, daß auch jene, die ordnungsgemäß ihre Ausbildung durchführen, die also die Lehrgänge durchführen, mehr zur Praxis herangezogen werden. Wir haben, ich darf das als Arzt sagen, doch den Eindruck, daß die Theorie manchmal überwertet wird und es wird von den Schwesternschülerinnen z. B. doch ein Stoff verlangt, der sich kaum von dem unterscheidet, den man von einem Mediziner bei der Prüfung verlangt. Ich darf die Bitte darauf richten, man möge hier doch den jungen Mädchen diese Lehrjahre, die ja gerade vielleicht die schönsten Jahre ihres Lebens sein sollen, sie sind in dem Zeitalter der erwachenden Jugend, man möge ihnen diese Jahre nicht zu schwer gestalten, da die Praxis es zeigt und es auch vom Gesetzgeber zugegeben wird, daß man diesen Beruf eben nicht nur durch das Lehrbuch lernen kann, sondern es handelt sich um praktische Berufe.

Ich darf feststellen, daß gerade für den Schwesternberuf die erste Voraussetzung die Liebe zum Beruf ist und die Liebe zum Kranken, die ja durch

theoretischen Unterricht keineswegs beigebracht werden kann. Ich verkenne keineswegs die Notwendigkeit, unsere Schwesternschaft auf einem internationalen Niveau zu halten, ich wollte aber doch anmerken, man soll vielleicht etwas weniger Theorie verlangen und etwas mehr Wert auf die Praxis legen.

Meine Damen und Herren, wenn ich jetzt von 2 Kapiteln des Unterrichtes gesprochen habe, zuerst von den Hochschulen, die doch die Spitze der Ausbildung darstellen und von einem Lernberuf, der ja vielleicht in der Statistik z. B. nur sehr nebensächlich wirkt, so glaube ich zum Schluß noch eines sagen zu dürfen. Es hat ja auch mein Vordredner zum Schluß sehr versöhnliche Worte gefunden. Wir sollen bei der Besprechung des Kapitels Unterricht die politischen Sticheleien bleiben lassen, und ich hoffe, daß der Versuch, die Debatte auf das gestrige Niveau wieder herunterzudrücken, erfolglos war. Ich möchte also wirklich hoffen, daß wir uns alle gemeinsam bemühen, das Beste für unsere Jugend herauszuholen. (Landesrat Gruber: „Bei Ihrer Behauptung, daß Sie allein beim Fenster hinausreden!“) (Beifall bei der ÖVP.)

3. Präsident: Als nächstem Redner erteile ich das Wort dem Abgeordneten Heidinger.

Abg. **Heidinger:** Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir leben in einer raschlebigen Zeit und was uns gestern noch als Utopie erschien, tritt uns heute schon als reale Wirklichkeit gegenüber. Mit Staunen, und manchmal auch mit Schrecken nehmen wir diese stürmische Entwicklung in unserer Wirtschaft und in der Technik zur Kenntnis. Die Bewältigung dieser Entwicklung stellt an die Menschen höhere physische, aber auch geistige Anforderungen, sie verlangt einen höheren Bildungsgrad. Die Schule, in ihrer Gesamtheit gesehen, hat die Aufgabe, den Menschen auf sein künftiges Berufsleben vorzubereiten. Es ist daher unsere Aufgabe, ich möchte fast sagen unsere Verpflichtung, dieser Entwicklung Rechnung zu tragen. Die Schwierigkeit, unser ganzes Schulsystem der modernen und hic et nunc gegebenen Situation anzugleichen, liegt weniger auf dem pädagogischen als finanziellen Sektor. Es zeitigt keinen Erfolg, wenn der „Schwarze Peter“ von einer Partei zur andern, von Minister zu Minister, weitergeschoben wird. Es ist ein Gebot der Stunde, die für die Schule notwendigen Mittel endlich ohne Parteienhader zur Verfügung zu stellen. (Beifall bei der SPÖ.) Die im Juli beschlossenen Schulgesetze — über die Ausführungsgesetze wird der Hohe Landtag noch zu beraten und zu beschließen haben — bringen unter anderem den Pflichtschulen auch das neunte Schuljahr. Ganz konkrete Zahlen liegen noch nicht vor. Es wird aber im Jahre 1966 allein in der Steiermark notwendig sein, an die 200 Klassen neu zu eröffnen. (Landesrat Pirisch: „Ein bißerl übertrieben, aber bittel!“) Die zu diesem Zeitpunkt benötigten Klassenräume sind heute nur teilweise, oder man kann auch sagen überhaupt nicht vorhanden. Mit den in den Gemeinden vorhandenen Geldmitteln werden wir kaum ausreichen, den Schulraum zu schaffen. Ich schlage daher

vor, den Schulbaufonds und nach Abänderung des Schulerhaltungsgesetzes den Landesbeitrag zum Schulbaufonds zu erhöhen. Die Steirische Handelszeitung hat in ihrer Ausgabe vom 21. Juli 1962 ironisierend die Frage gestellt „was kostet die polytechnische Zukunft?“ und kommt auf die runde Summe von 500.000.000 Schilling. Dieser Betrag ist nach meiner Meinung zu hoch gegriffen. Aber, wenn er tatsächlich notwendig wäre, meine sehr verehrten Damen und Herren, könnten wir uns dieser Ausgabe verschließen? Vor allen Dingen lassen Sie mich zum neunten Schuljahr einige Dinge sagen. Verfallen wir nicht in den Fehler, das neunte Schuljahr als polytechnische Spielerei zu bagatelisieren. Wir befinden uns auf diesem Sektor in Österreich gar nicht einmal auf Neuland. Schon vor dem Reichsvolksschulgesetz gab es in Österreich ähnliche Einrichtungen. Herr Landesrat, ich konzediere, die SPÖ hat die Schulen nicht erfunden, aber auch nicht die Österreichische Volkspartei, den im alten Ägypten gab es die österreichische Volkspartei noch nicht. (Gelächter.) Bitte, von dieser heiteren Betrachtung abgesehen, doch den Ernst der Situation zu erkennen. Dieses berufsorientierende Schuljahr ist schon vor dem Reichsvolksschulgesetz in den sogenannten Industrie-, Gartenbau- und Seidenbauschulen gewesen. Auf die heutige Zeit gesehen, in einer Zeit, in der es in Österreich über 50.000, ich glaube es sollen sogar 60.000 Jugendliche zwischen dem 15. und 18. Lebensjahr sein, gibt, die nicht wegen körperlicher Gebrechen, geistiger Schäden oder sozialer Not an einer Berufsausbildung gehindert sind, ich glaube, gerade für diese Jugendlichen könnte ein polytechnischer Lehrgang zumindest berufslenkend und berufsorientierend wirken. Ein Teil dieser Jugendlichen — der Herr Unterrichtsminister hat sie als jugendliche Eckensteher bezeichnet — könnte einer Lehre zugeführt werden und man könnte sie zu guten Facharbeitern heranbilden. Es soll auch nicht übersehen werden, daß zur Zeit der Pflichtschüler im vierzehnten Lebensjahr, also mitten im Reifeprozess, die Schule verläßt. Die verlängerte Schulzeit hält den unfertigen und nach neuen Wegen und Erkenntnissen ringenden Jugendlichen in der unruhigsten Zeit seines Lebens in dem vorsorgenden und helfenden Schoß der Schule, wenn man dabei noch berücksichtigt, daß die Erziehungsmängel, die im Elternhaus aufscheinen können, ebenfalls in Betracht gezogen werden müssen. Ich habe schon im Vorjahr auf die Notwendigkeit der staatsbürgerlichen Erziehung im Rahmen des neunten Schuljahres hingewiesen. Der erste und oberste Grundsatz der österreichischen Bundesverfassung heißt, Österreich ist eine demokratische Republik, ihr Recht geht vom Volke aus. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ist es nicht geradezu eine Verpflichtung für uns im Hinblick auf die Bundesverfassung, unsere Jugend mit demokratischem und republikanischem Geiste zu erfüllen? (Abg. Dr. Kaan: „Dann darf aber auch nicht bei einem 1.-Mai-Aufzug ein Transparent getragen werden. Nieder mit dem Bundesheer.“ — Landeshauptmannstellvert. Matzner: „Ist ja Staatsfeiertag.“ — Gelächter bei der ÖVP.) Ich glaube, Herr Dr. Kaan, wir Sozialisten sind nicht weniger patriotisch und nicht weniger

bereit, für unser Vaterland zu kämpfen und wir haben es schon bewiesen, daß wir für unser Vaterland eintreten. (Landesrat Pirisch: „Also weg mit den Transparenten, auch wenn es ein Staatsfeiertag ist!“) Alles andere, meine Damen und Herren, ist nicht wahr. Glauben Sie, meine Herrschaften von der Österreichischen Volkspartei, daß Sie in Ihren Transparenten und in Ihrer Wahlpropaganda unfehlbar sind? (Abg. Dr. Kaan: „Aber wir diffamieren nicht Einrichtungen des Staates.“) Ich glaube, Herr Abgeordneter Dr. Kaan, Ihre Zwischenrufe müßten sich auf meine Ausführungen und nicht auf den 1. Mai beziehen. (Landesrat Pirisch: „Wir nehmen die Zwischenrufe des Herrn Ersten Landeshauptmannstellvertreters schon ernst, wenn Sie sie aber nicht ernst nehmen...!“) Es genügt nicht, in der Schule die Worte „Demokratie“ und „Republik“ allein dem Buchstaben nach zu interpretieren. Es ist unsere Aufgabe, den Jugendlichen auch eine staatsbürgerliche Gesinnung zu vermitteln. Der Mißbrauch mit der Demokratie läßt leider in Österreich... (Zwischenruf: „Volksdemokratie.“) in Österreich haben wir keine Volksdemokratie, ich rede von österreichischen Schulverhältnissen... läßt aber leider sehr viele Lehrer davor zurückschrecken, die historischen Tatsachen aufzuzeigen. (Landesrat Pirisch: „In Neudau fehlt es ein wenig mit der Demokratie.“ — Abg. Bammer: „Das liegt zu nahe bei Fürstenfeld!) Herr Landesrat, Sie scheinen über die Neudauer Verhältnisse schlecht informiert zu sein, sonst müßten Sie wissen, daß seit der Zeit, seit ich Bürgermeister in Neudau bin, nur einstimmige Beschlüsse gefaßt werden. (Zwischenruf von der ÖVP: „Da hat der Bürgermeister allein abgestimmt.“) Ich habe ja Zeit, diskutieren wir halt ein bißchen, morgen werden wir uns ja auch noch sehen wollen!

Der Geschichtsunterricht endet in den meisten Schulen mit dem Jahr 1918, das ist nicht von mir, ich zitiere Dr. Drimmel, und der Rest ist Schweigen, das ist von mir, könnte man sagen. Meine Damen und Herren, mit diesem Verschweigen erweisen wir unserer Jugend keinen guten Dienst. Weder verschweigen noch polemisieren, noch politisieren in der Schule, sondern mit wissenschaftlicher Exaktheit und größter Disziplin muß der zeitgeschichtliche Stoff bewältigt werden. (Unverständlicher Zwischenruf des Abg. Leitner). Herr Leitner, Ihnen fehlt es an sonstigen Dingen auch noch, nicht nur an dem; Ihrer ganzen Partei fehlt es an der demokratischen Gesinnung, der österreichischen Gesinnung überhaupt, von der ich jetzt spreche. Die Jugend muß in die Lage versetzt werden, die jüngste Vergangenheit zu verstehen und sie geistig zu bewältigen. Die Schule muß ihr helfen, ein objektives Bild dieser Zeit zu erwerben. Man möge nicht immer nur von der unbewältigten Vergangenheit reden. Auch die jetzige Zeit kann für sich nicht in Anspruch nehmen, den höchsten Grad der Vollendung in punkto Demokratie erreicht zu haben. Ich möchte nicht auf das gestrige Niveau absinken, ich habe gestern nicht gesprochen. Aber ich möchte trotzdem sagen, lassen wir die Schule in ihrer Gesamtheit gesehen, aus dem politischen Kampf heraus, lassen wir die Schule hier beiseite stehen. Versuchen wir nicht, so wie in Groß-Steinbach, in Ihrem Bezirk,

Herr Landesrat, der Bürgermeister mit Wahlpropaganda in die Schule eingedrungen ist und dort Zuckerln verteilt hat, die Schule in den Wahlkampf hineinzuziehen. Ich will nicht darauf eingehen, aber ich bin gerne bereit, mit Ihnen die Sache aufzuklären. (Zwischenruf von der ÖVP: „Der hat eine Prüfung ablegen wollen!“ — Gelächter.) Wir würden der Jugend einen schlechten Dienst erweisen, wenn sie den Eindruck haben müßte, das sei die Demokratie, mit Zuckerln zu werben und dergleichen mehr. (Landesrat Prirsch: „Sie würden nicht so viel reden, wenn der Kollege Bammer Zuckerln ausgeteilt hätte!“ — Abg. Bammer: „Wir essen sie selbst!“) Als Lehrer müßte ich fast sagen, der Herr Landesrat Prirsch stört dauernd die Landtags-sitzung und schwätzt ununterbrochen. (Gelächter. — L.R. Prirsch: „Sie sind hier nicht als Lehrer, sondern als Abgeordneter!“) Ich habe gesagt, als Lehrer müßte ich das sagen. (Landesrat Prirsch: „Das müssen andere beurteilen, wer schwätzt.“) Herr Landesrat, ich habe das mehr als einen humorvollen Einwurf betrachtet. Ich wollte Sie nicht kränken (Abg. Bammer: „So sind wir!“) Demokratie, meine Damen und Herren, soll niemals Angst und Schrecken bedeuten. Demokratie ist eine Lebensform und sie bietet dem Menschen die freie Entscheidungsmöglichkeit, jener Partei die Stimme zu geben, die ihm als die richtige erscheint und aus diesen Wahlen wird die eine oder die andere als stärkere Partei hervorgehen und sie soll die Führung übernehmen, es ist aber ihre Aufgabe, so zu führen, daß diese Führung der Minderheit zumutbar ist. (Zwischenruf von der SPO: „Sehr richtig!“)

Zum Schluß kommend, meine Damen und Herren, möchte ich sagen, wollen wir unserer Jugend bessere Tage bereiten, als wir sie erlebt haben, so geben wir der Jugend von der Schule her gesehen, das geistige Rüstzeug hiefür mit. Die notwendigen finanziellen Mitteln bereitzustellen, ist sicherlich auch eine Aufgabe des Hohen Landtages. Lehren wir aber den jungen Menschen durch unser Beispiel die Achtung vor der Menschenwürde. (Beifall bei der SPO.)

3. Präsident: Das Wort hat der Abg. Leitner.

Abg. Leitner: Meine Damen und Herren! An den von mir voriges Jahr aufgezeigten Zuständen im steirischen Volks- und Hauptschulwesen wird sich durch die Einführung der neuen Schulgesetze nichts ändern. Es wurden zwar 5 neue Schulgesetze beschlossen, aber sie bringen keine Verbesserung der Zustände in den Landschulen, wo Lehrer nach wie vor unter veralteten Umständen gezwungen sind, Kinder zu unterrichten. Sie geben begabten Kindern von Eltern, die nicht über genügend finanzielle Möglichkeiten verfügen, nicht das Recht auf Stipendien während ihrer Studienzeit.

Ein Studienförderungsgesetz ist noch immer nicht beschlossen und wird weiter in die Länge gezogen. Ein solches Gesetz müßte allen begabten Schülern das Mittel-, Fach- und Hochschulstudium ermöglichen. Voraussetzung wäre, daß alle Kinder in den 8 bzw. 9 Jahren ihrer Schulpflicht die gleiche Ausbildung erhalten und daß durch ausreichende Stipendien, durch Internate und Studentenheime das

Studium der Begabten gesichert wird. Nach wie vor haben wir in der Steiermark einen solchen Zustand, darüber hat der Herr Präsident Afritsch schon gesprochen, daß von ca. 56.000 Schülern im Alter von 10 bis 14 Jahren 24.500, also mehr als 40%, nicht einmal die Möglichkeit haben, die Hauptschule zu besuchen. Sie werden auch in Zukunft so wie bisher gezwungen sein, ihre Schulzeit von der 1. bis zur 8. Klasse in Volksschulen — zu mehr als 50 % der niederorganisierten Schulen — zu verbringen. (Landesrat Dr. Koren: „Das sind aber nicht die schlechtesten Schulen! Wir haben die besten Lehrer aus solchen Schulen!“) Aber Herr Landesrat, daß der eine oder andere Lehrer es versteht, auch in solchen Schulen mehr aus den Kindern zu machen, das will ich nicht bestreiten. Aber in der heutigen Zeit ist es dringend notwendig, daß Österreich den Anschluß an das Schulwesen anderer Länder findet, die wesentlich weiter sind. Gerade die niederorganisierten Schulen, vor allem auf dem Lande, bieten den Kindern lange nicht die Möglichkeiten, die Kinder in der Stadt oder selbst in solchen Schulen haben, wo es statt nur 1, 2 oder 3 Volksschulklassen 5, 6, 7 und 8 Klassen gibt. Selbstverständlich verkümmern durch solche Zustände viele Begabungen. Diese Kinder haben nicht die Möglichkeiten, den Anschluß an höher bildende Schulen zu erreichen, und sie müssen, wenn sie selbst einmal erwachsen sind, einen Beruf ausüben, den sie gar nicht besonders lieben, weil sie, obwohl begabt, nicht die Möglichkeit hatten, studieren zu können. Für das ganze österreichische Volk ergeben sich aus diesen Mängeln große Nachteile. Gerade auf dem Gebiet, wo Österreich als kleines und neutrales Land besondere Möglichkeiten hätte, bleiben wir gegenüber der internationalen Entwicklung zurück. Durch das Fehlen qualifizierter und sogar höchstqualifizierter Fachkräfte wird weiter als Folge dessen die Konkurrenzfähigkeit der österreichischen Wirtschaft statt ausgebaut neuerdings eingeschränkt. Wir Kommunisten fordern, daß alle Gemeinden nicht nur in Pflichtvolksschulsprengel, sondern auch in Pflichthauptschulsprengel eingeteilt werden. (Zwischenruf: „Haben wir ja! Alle Gemeinden!“) und damit die Voraussetzungen geschaffen wird, daß alle Kinder die Hauptschule besuchen können und müssen. Und das ist jetzt nicht der Fall. Um diese Pflichthauptschulsprengel durchzusetzen, müßte ein verstärkter Hauptschulbau, vor allem in den günstigsten gelegenen Orten des jeweiligen Hauptschulsprengels durchgeführt werden. Weiters müßte dem katastrophalen Lehrermangel, der 1966 durch die Einführung des neunten Pflichtschuljahres noch vergrößert wird, schon jetzt entsprechend entgegengetreten werden. Wir Kommunisten treten auch dafür ein, daß die Lehrmittel allen Schülern kostenlos zur Verfügung gestellt werden sollen. (Abg. Scheer: „Gibt es das schon in den sozialistischen Ländern?“) Ja, gibt es, aber es gibt dies auch in anderen Gemeinden in der Steiermark und vor allem in der Stadtgemeinde Wien. Und wenn es dort möglich ist, so müßte dies auch bei einigermaßen gutem Willen in der Steiermark möglich sein. Das wäre eine kräftige Familienhilfe, Frau Abgeordnete Egger, über die Sie gestern hier ge-

sprochen haben. Allerdings ist es notwendig, immer konkret zu sein . . . (Abg. Egger: „Ich habe lauter konkrete Vorschläge erstattet, gestern!“) und das wäre ein konkreter Vorschlag, der sehr notwendig wäre. (Abg. Egger: „Es würde zu lange dauern, wenn ich Ihnen alles aufzählen würde!“) Frau Abgeordnete Egger, Sie haben gestern auch über die Säuglingssterblichkeit gesprochen und dabei kein Wort darüber gesagt, daß z. B. im Budget . . . (Abg. Egger: „Die Gelder für die Hebammen sind erhöht worden zu diesem Zweck!“) die Mittel dafür nicht erhöht wurden, obwohl die Steiermark eines der Bundesländer ist, die bei der Säuglingssterblichkeit an der Spitze stehen, und zwar seit 35 Jahren. Sie wissen, Frau Abgeordnete, die besten Vorschläge sind wertlos, wenn man nicht nachweist, von wo das Geld genommen werden soll, dann bleibt alles nur eine Farce. (Abg. Pölzl: „Das ist eine Seltenheit bei den Kommunisten, daß Sie so reden!“) Wir machen immer Bedeckungsvorschläge, allerdings passen Ihnen diese Bedeckungsvorschläge nicht. Das ist der Unterschied. Aber Bedeckungsvorschläge machen wir. Wenn man die Frage der Bedeckung der Ausgaben, wie wir sie vorschlagen, nicht nur hier im Hohen Haus behandeln, sondern den arbeitenden Menschen vorlegen würde, würden Sie sich in der großen Mehrzahl nicht für Ihre Vorschläge, sondern für unsere, die besseren Vorschläge entscheiden. (Landesrat Wegart: „Er hat noch immer nicht gehört, wie die Wahlen ausgegangen sind!“) Herr Landesrat Wegart, gestern hat hier ein Abgeordneter aufgezeigt, wie in Österreich Wahlen gemacht werden. Nur die Regierungsparteien verfügen über alle, oder fast alle Möglichkeiten der Massenbeeinflussung. Und diese Möglichkeiten werden von den Regierungsparteien benützt, um von den wirklichen Problemen abzulenken und die Wähler irrezuführen. (Landesrat Wegart: „Das ist eine feine Anschauung!“) Und bei dieser Methode, Herr Landesrat Wegart, haben Sie sich wirklich Sporen in der Österreichischen Volkspartei verdient. (Abg. Pölzl: „Bei Ihrer Partei wissen die Wähler aber immer, um was es geht!“)

Die Schulpflicht soll ab dem Jahr 1966 auf Grund der neuen Schulgesetze auf neun Jahre verlängert werden. Der Sinn der Forderung nach diesem zusätzlichen Pflichtschuljahr war von Anfang an, die Allgemeinbildung zu erweitern und endlich auf den zeitgemäßen Stand zu bringen. Das ist nicht nur eine Pflicht des Staates seiner Jugend gegenüber, sondern auch eine wirtschaftliche Notwendigkeit. Die Entwicklung der Wissenschaft und die große technische Entwicklung gebieten es, die Jugend schon in ihrer Pflichtschulzeit mit den lebenswichtigen Ergebnissen der modernen Forschung und mit technischem Elementarwissen und Können auszustatten. Dafür genügen acht Schuljahre, die wir jetzt noch haben, längst nicht mehr. Wir müssen aber im Interesse der 78 Prozent der Schüler, die nach acht Schuljahren keine weiterführende Schule mehr besuchen können, verlangen, daß das neunte Schuljahr nicht zu einem für intelligente junge Menschen unwürdigen Wiederholungsjahr herabgemindert wird, sondern daß es dient zur kräftigen Bereicherung der Kenntnisse und Fertigkeiten in

den allgemein bildenden Fächern, besonders denen der Naturwissenschaften und der Technik. Abgeordnete haben hier gesagt, daß die finanziellen Mittel für die Schulen unbedingt aufgebracht werden müssen. Der Abgeordnete Heidinger war das. (Abg. Heidinger: „Sie haben recht!“ — Gelächter.) Aber etwas anderes ist es, wie man es macht und ob man es macht. Daß für die Schulen mehr finanzielle Mittel aufgewendet werden müssen, das ist keine neue Weisheit, sondern eine alte Weisheit. (Abg. Heidinger: „Die Sie auch nicht entdeckt haben!“) Habe ich auch nicht behauptet. Die Vertreter der Regierungsparteien in der zweiten Republik haben schon 17 Jahre die Möglichkeit dazu und trotzdem müssen sie größte Schwierigkeiten und Mängel zugeben, das heißt Sie haben es bis heute verabsäumt, der Schule die notwendigen Mittel zu geben. Die jungen Menschen haben nicht nur das Recht auf entsprechende Bildung, sondern es wäre auch wesentlich, um Österreich die Konkurrenzfähigkeit zu sichern. Die erforderlichen Geldmittel sind unserer Meinung nach vorhanden. Allerdings darf man nicht am falschen Platz sparen und das Geld für andere Zwecke ausgeben. Z. B. wurden durch die Schulgesetze der Kirche zusätzlich mehr als 100 Millionen Schilling jährlich zugesprochen. Diese 100 Millionen Schilling stammen aus Steuergeldern aller Staatsbürger. Allein damit könnte (Abg. DDr. Stepantschitz: „Kulturhäuser gebaut werden!“) z. B. in Österreich 12.000 Studenten ein Stipendium von ungefähr 800 Schilling monatlich gewährt werden. (Abg. DDr. Stepantschitz: „Ja glauben Sie, die Schulen kann man zusperren?“ — Abg. Heidinger: „Sie wollen wahrscheinlich die Kirchensteuer erhöhen!“) Die Kirche bekommt diese 100 Millionen Schilling auf Grund der neuen Schulgesetze zusätzlich. Unserer Ansicht nach verfügt die Kirche über genügend Geld. (Zahlreiche unverständliche Zwischenrufe.)

In den sozialistischen Ländern ist die Kirche vom Staat getrennt, so wie es auch in verschiedenen anderen kapitalistischen Ländern ist. (Landeshauptmann Krainer: „Kennen Sie den offiziellen Katalog in der Sowjetunion?“) Herr Landeshauptmann, Sie machen sich größere Sorgen über diese Frage, das ist gar nicht so schlecht. Wenn Sie etwas wissen wollen über die sozialistischen Länder und die Sowjetunion . . . (Abg. Scheer: „Welches sind die sozialistischen Länder? Gehören Albanien und China dazu oder nicht. Sie sind uns schon gestern diese Antwort schuldig geblieben.“)

Herr Abgeordneter Scheer, diese Frage gehört momentan nicht zu diesem Kapitel. (Landesrat Wegart: „Warum, das wäre staatsbürgerlicher Unterricht.“) Ich bin gerne bereit, mit Ihnen über diese und andere Fragen zu sprechen. Aber meine Damen und Herren, es wird vieles über die sozialistischen Länder (Abg. Hans Brandl und Landesrat Gruber: „Kommunistischen!“) gesagt. Von mir aus können Sie auch sagen kommunistische Länder, das ist kein Unterschied. (Gelächter.) Sie können über unsere Länder und über unsere Parteien noch so viel daherplaudern und zusammenlügen. Es ist ein hartes Wort, aber es wird ja

ständig gelogen. (Landesrat P r i r s c h : „Die Mauer steht!“) Aber eines sind Sie nicht mehr imstande wegzulügen, daß die sozialistischen Länder gerade auf dem Gebiete der Schule Leistungen vollbringen, die beispielgebend für die ganze Welt, auch für das hochindustrialisierte Amerika sind. (Abg. S c h e e r : „Wir möchten wissen, welche Länder sind das!“) Hier wurde von einem Abgeordneten gesagt, Bildung macht frei. Die Sowjetunion steht an der Spitze der Bildung und der Freiheit. (Zwischenrufe von der ÖVP: „Aber nicht an der Spitze der Freiheit!“) An der Spitze der Demokratie und der Freiheit! Auch da wird der Friede verteidigt. (Abg. D D r . H u e b e r : „Die Berliner Mauer macht frei! Das ist Eure Freiheit! Da werden die Arbeiter niedergeschossen, sie lassen ihr Blut auf dieser Mauer! So wird die Freiheit verteidigt!“) Sie wissen, daß Adenauer die Ergebnisse des 2. Weltkrieges nicht zur Kenntnis nehmen will und aus diesem Grund einen neuen 3. Weltkrieg beginnen will. (Abg. D D r . H u e b e r : „Bekennen Sie sich zu den Arbeitermördern an der Berliner Mauer, ja oder nein? Sagen Sie das im Hohen Hause, ob Sie sich absetzen oder ob Sie sich dazu bekennen. Wenn Sie sich dazu bekennen, haben wir Sie nicht mehr anzuhören hier!“)

Herr Dr. Hueber, ich möchte Ihnen etwas sagen. Sie haben sich zu einem System bekannt, das Hunderttausende und Millionen Menschen vergast hat und von solchen Menschen wie Sie lasse ich mir keine Vorwürfe machen! (Abg. D D r . H u e b e r : „Lügen Sie nicht, Herr Leitner! Ein solches Bekenntnis ist von der Freiheitlichen Partei nie abgegeben worden!“)

Sie haben sich nicht geläutert, genauso der Abgeordnete Scheer. Sie betreiben mit neuen Formen und mit neuen Methoden dieselbe Politik wie von 1938 bis 1945. (Abg. D D r . H u e b e r : „Das ist eine Lüge, was Sie jetzt aussprechen! Wir haben uns zur Demokratie mit allem Nachdruck bekannt! Aber auf die Frage, ob Sie sich zu den Arbeitermördern an der Berliner Mauer bekennen, sind Sie uns die Antwort schuldig geblieben!“) Das möchte ich in diesem Hohen Hause gesagt haben. Jetzt haben Sie die Antwort.

Ich habe Ihnen die Antwort gegeben, machen Sie Ihre Ohren weiter auf. (Abg. D D r . H u e b e r : „Sie haben auf meine Frage nicht geantwortet!“ — Abg. D r . A s s m a n n : „Das kann er nicht, das hat er nicht vorbereitet!“)

Für die Vergrößerung unseres Ansehens und des Einflusses Österreichs in der Welt, für die Sicherung unserer Unabhängigkeit und Neutralität wäre daher die Förderung des geistigen, wissenschaftlichen und kulturellen Lebens von ungleich größerer Bedeutung als die Aufblähung des Bundesheeres. (Zwischenruf: „Geh, hör auf!“) Wir sind nicht für die Abschaffung des Bundesheeres („Hört, Hört.“). Unsere Abgeordneten haben im Nationalrat für das Bundesheer gestimmt. Herr Landesrat Wegart, es wäre notwendig, andere Zeitungen zu lesen (Landesrat W e g a r t : „Die Wahrheit hat so einen kleinen Satz!“), weil es immer wieder vorkommt, daß die „Tagespost“ über solche Tatsachen nicht schreibt. Es ist z. B. so, daß über die gestrige

Budgetdebatte von mir nicht einmal der Name erwähnt wurde. (Landesrat W e g a r t : „Das ist unerhört! Dem Chefredakteur werde ich meine Meinung sagen!“) Von mir aus kann die „Tagespost“ machen was sie will. Das Ergebnis ist, daß Sie nicht einmal wissen, daß die kommunistischen Abgeordneten für das österreichische Bundesheer gestimmt haben. (Landesrat W e g a r t : „Dann muß man auch für die Bereitstellung der Mittel stimmen!“) Sie haben das nicht gewußt. Es ist traurig, daß ein führender Politiker der ÖVP das nicht weiß und Sie wissen vieles nicht. (Landesrat W e g a r t : „Alles kann man nicht wissen!“) Alles braucht man nicht zu wissen, aber solche Tatsachen muß man wissen. (Abg. P ö l z l : „Warum sind Sie aber jetzt dagegen, Herr Abg. Leitner?“) Ich bin ja nicht gegen das Bundesheer, ich bin nur gegen seine Aufblähung. Dazu möchte ich bemerken, daß wir uns vor einigen Jahren, vor 1959, in gar keiner schlechten Gesellschaft befunden haben. Zum Beispiel ist Ihnen vielleicht auch nicht bekannt . . . (Landesrat W e g a r t : „Also sowas. Sie sagen, Sie stehen nicht in der „Tagespost? Also den Chefredakteur pack' ich, Sie stehen wirklich drinnen. — Gelächter.“) Das habe ich überlesen!

Ich möchte erwähnen, daß vor den Nationalratswahlen 1959 die SPÖ ebenfalls verlangt hat, daß die Mittel für das Bundesheer gesenkt werden, und zwar um 300 Millionen Schilling, und dieser Betrag für den Bau von Wohnungen verwendet wird. Der Bau von 50.000 Wohnungen in Österreich wurde nicht durchgeführt, weil die Mittel für das Bundesheer nicht gesenkt, sondern erhöht wurden. (Landesrat S e b a s t i a n : „Herr Kollege, Sie haben schon wieder falsch gelesen, die 300 Millionen Schilling sind beantragt worden für das Unterrichtswesen.“) Ich würde mich freuen, Herr Landesrat Sebastian, wenn Sie wenigstens heute so weit wären, daß Sie beantragen würden (Landesrat S e b a s t i a n : „Wir waren ja vor drei Jahren schon so gescheit, wie Sie heute sind!“) . . . einen Teil der Mittel vom Bundesheer für den Bau von Schulen bzw. für das Unterrichtswesen zu verwenden. Wir sind der Meinung, daß die Aufblähung unseres Bundesheeres, der sinnlose Ankauf alter Panzer und Bombenflugzeuge, der Bau von Betonbunkern sowie auch die jetzt erstmalig aufscheinenden Ausgaben von 200.000 S für den sogenannten Zivilschutz wesentlich besser verwendet wären, wenn man sie Schulzwecken zuführen würde. (Abg. D D r . H u e b e r : „Ah, Sie sind auch gegen den Zivilschutz? Sie wollen hier im Hause Friedenstauben aufsteigen lassen und Ihre Gesinnungsgenossen lassen die Megatonnen-Bomben hochgehen! Das ist Ihre Moral! Megatonnen-Bomben bauen, das machen sie für den Frieden, Ihre Kommunisten.“)

2. Präsident: Höher Landtag! Ich ersuche die Mitglieder des Hohen Hauses, den Redner nicht zu oft zu unterbrechen. Je mehr Zwischenrufe, meine Damen und Herren, desto länger dauert die sachlich geführte Rede. Ich ersuche, Ihre Rede fortzusetzen.

Abg. **Leitner:** Hier wurde behauptet, und nicht das erste Mal, daß sich die steirische Landesregie-

rung beim Bau von Schulen und bei den Ausgaben für das Schulwesen förmlich „zerfranst“. Daß sie alles tut, was in ihren bescheidenen Möglichkeiten liegt. Ich bin anderer Auffassung. Zum Beispiel glaube ich nicht, daß es notwendig gewesen wäre, daß in einem einzigen Jahr, im Jahr 1963, gleich 6 neue Mercedes-Autos und ein großer Opel Kapitän für das Amt der Landesregierung angekauft werden müßten. (Landesrat Sebastian: „Na, an Sowitsch werden wir kaufen oder einen Moskowsch vielleicht!“) Fangen Sie nicht wieder an, Herr Landesrat. Sie brauchen nicht im neuesten Mercedes fahren oder von Jahr zu Jahr die neueste Type bekommen. (Landesrat Gruber: „Das ist eine unerhörte Behauptung!“ — Zahlreiche weitere Zwischenrufe.)

Präsident: Ich rufe den Herrn Abg. Leitner zur Sache. Es war unsachlich und ich bitte, nicht gegen das Präsidium zu polemisieren. (Landesrat Wegart: „Das gehört zur Gruppe 2.“)

Abg. Leitner: Ich glaube, daß es besser wäre, statt die Ausgaben für die Kraftfahrzeuganschaffung von 570.000 S im Jahr 1962 auf 1.040.000 S im Jahr 1963, also fast auf das Doppelte zu erhöhen, mehr Mittel für den Schulbau zu verwenden.— Man muß noch bedenken, daß auch die sogenannten Verfügungsmittel des Landeshauptmannes und seiner Stellvertreter stark erhöht wurden, und daß die Mittel für Repräsentationszwecke und für Empfänge außerdem 1,2 Millionen Schilling ausmachen. Man hätte meinen können, daß man sich nach den schlechten Erfahrungen mit der „Höttl“-Schule in Bad Aussee endlich eines anderen entschließen würde, keine privaten Schulen mehr zu dulden, weil sie Privilegien schaffen. Man hätte erwarten können, keine Kirchenschulen mehr zuzulassen, weil es nicht gut ist, die Kinder im Schulunterricht nach ihrer Kirchenzugehörigkeit zu trennen und sie verschiedenen, ganz einseitigen Beeinflussungen auszusetzen. Mit den neuen Schulgesetzen wird gerade der umgekehrte Weg gegangen. Der Kirche steht es jetzt frei, Schulen nach ihrem Ermessen zu errichten und nach dem Gesetz muß ihnen das Öffentlichkeitsrecht zuerkannt werden. Der Bund wird sogar verpflichtet, 60 Prozent des Personalbedarfes der katholischen Schulen zu decken. Der Religionsunterricht würde als Pflichtgegenstand in allen Schulen mit Ausnahme der gewerblichen Fortbildungsschulen, der Hochschulen und der Kunstakademie eingeführt. Damit ist statt des notwendigen Fortschrittes im Schulwesen ein Rückschritt um 100 Jahre vollzogen worden. (Landesrat Dr. Koren: „Seit der Zeit ist man gescheiter geworden, wie vor 100 Jahren.“) Sogar die Bestimmung des 1868 erlassenen Schulkirchengesetzes, wonach die Kirche für die Erhaltung ihrer Schulen selbst zu sorgen hat, ist mißachtet worden: Wir Kommunisten sind zusammen mit allen fortschrittlich Denkenden der Meinung, daß die Schule eine öffentliche, allgemeine Angelegenheit und Religion eine Privatsache ist. Wir lehnen deshalb die Einmischung der Kirche auf die Schule ab. Die Schule hat allen Kindern und jungen Menschen ohne Unterschied und in gleicher Weise zu dienen, nicht

aber den Geschäftsinteressen Privater und den Sonderinteressen der Kirche. (Landesrat Wegart: „Wo ist denn eine Schule ein Geschäft, mein Herr?“) Umsonst täten sie es nicht machen.

Abg. Scheer: Herr Präsident, ich melde mich laut § 37 unserer Geschäftsordnung zu einer tatsächlichen Berichtigung zu Wort.

2. Präsident: Ich erteile dem Abg. Scheer zu einer tatsächlichen Berichtigung im Sinne des § 37 der Geschäftsordnung das Wort. Die Berichtigung darf die Dauer von 5 Minuten nicht überschreiten.

Abg. Scheer: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Die Ausführungen des Abg. Leitner zwingen mich dazu, allen Ernstes eine Erwiderung zu tun. Es ist dieses Hohen Hauses unwürdig, daß man sich von einem kommunistischen Abgeordneten in einer derartigen Weise ansprechen lassen muß, wie es der Herr Abg. Leitner heute unternommen hat, hier zu tun. Herr Abg. Leitner, ich sage Ihnen in aller Ruhe und in aller Bestimmtheit, es ist mir so ernst, wie es keinen so ernst sein kann, in einer Frage, die uns alle bewegt. Ich bin zweifellos einer, der in der Vergangenheit nicht in dieser Partei war, die Sie jetzt immer wieder anziehen. Das ist allen hier bekannt und müßte auch Ihnen bekannt sein. Aber ich sage Ihnen etwas: Wenn Ihr System über uns käme, glaube ich, wäre das mindestens ebenso ein Unglück, wie es andere Systeme sind, die mit Demokratie nichts zu tun haben. Und ich verwahre mich ausdrücklich dagegen, daß Sie mich damit in Verbindung bringen auf der einen Seite und auf der zweiten Seite habe ich gestern außerordentlich deutlich hier festgestellt und ein Bekenntnis zur Demokratie abgelegt, zu dem ich mich hundertprozentig bekenne und es auch in Zukunft tun werde. (Abg. Leitner: „Das müssen Sie in der Praxis vorleben.“) Herr Abg. Leitner, diesen Zwischenruf müssen Sie mir gestatten, insofern zu beantworten, daß Sie mir erst erklären und beweisen müssen, wo ich in meinem Leben es praktisch nicht vorgelebt hätte. Und diese widerliche Art und Weise, einen politisch Andersgesinnten anzusprechen, wie Sie es hier tun, liegt mir nicht und liegt auch den meisten. Ich möchte sagen, allen Damen und Herren dieses Hauses nicht, weil wir es uns auch gelobt haben, sachlich unserer beschworenen Pflicht als Abgeordnete Genüge zu tun. Ich werde ein letztes Mal Ihnen das heute hier gesagt haben, weil es sich in Zukunft nicht mehr lohnt, Ihnen auf solche Dinge zu antworten. (Beifall.)

Präsident: Als nächster Redner zur Gruppe 2 „Schulwesen“ erteile ich Herrn Landesrat Gruber das Wort.

Landesrat Gruber: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn ich zur Gruppe 2, Schulwesen, ein Problem ansprechen darf, das bisher in der Debatte noch nicht erwähnt wurde, so deshalb, weil wir hier auf diesem Sektor im Laufe des heurigen Jahres einen Erfolg verbuchen konnten, um den wir uns seit vielen Jahren bemüht haben. Wenn auch kein endgültiges Ergebnis erzielt wurde, so ist es doch ein Schritt dazu, daß in der Frage der berufs-

bildenden Mittelschulen im obersteirischen Raum eine Vereinbarung zwischen den Industriegemeinden Obersteiermarks und dem Bundesministerium für Unterricht getroffen werden konnte, durch welche die Plattform für die Schaffung zweier berufsbildender Mittelschulen im obersteirischen Raum festgelegt ist.

Ich möchte noch etwas sagen. Wenn der Abgeordnete Dr. Stepantschitz gesagt hat, es haben in dieser Debatte mehr zum Fenster hinausgesprochen als herein, pflichte ich seiner Auffassung bei, weil er ja keine Fraktion gemeint hat und somit alle gemeint hat, die dies getan haben. Ich gehe in dieser Auffassung noch weiter. Ich glaube auch, daß es diesem Hohen Haus unwürdig ist, wenn wir in dieser Form in aller Öffentlichkeit Debatten führen, wie wir sie gestern und auch heute zum Teil geführt haben. Ich glaube, daß mehr Sachlichkeit und Ernst gerade in Ansehung der Öffentlichkeit dem Ansehen dieses Hohen Hauses dienlicher wären.

Und nun zur Frage der berufsbildenden Mittelschulen. Wir haben seit Jahren immer wieder einen Antrag in diesem Hohen Haus eingebracht, in welchem die Landesregierung aufgefordert wurde, dafür Sorge zu tragen, daß in den Gebieten der Obersteiermark, in den konzentrierten Industriegebieten für berufsbildende Mittelschulen, für eine Bulme, eine Bundeslehranstalt für Elektrotechnik und Maschinenbau, aber auch für eine Handelsakademie, die in Graz nicht ausreichend ist, eine Plattform gefunden werden kann. Ich habe in der Budgetdebatte im vorigen Jahr an Hand von Zahlen die Vergleiche zu anderen Bundesländern hier aufgezeigt und dabei die Feststellung treffen können, daß die Steiermark auf diesem Sektor zumindest bis jetzt benachteiligt war. Nun, die Bemühungen auf diesem Sektor wurden intensiv fortgesetzt und haben mit einer Besprechung am 3. September im Bundesministerium für Unterricht, an welcher alle interessierten und beteiligten Stellen teilnahmen, also die zuständigen Vertreter des Bundesministeriums für Unterricht, die zuständigen Stellen des Landesschulrates für Steiermark, die Bürgermeister der Städte Bruck und Kapfenberg und die verantwortlichen Beamten, ein Ziel erreicht. In dieser Besprechung wurde nun festgelegt, daß in Bruck an der Mur eine Handelsakademie zu errichten ist und daß in Kapfenberg eine Bundeslehranstalt für Elektrotechnik und Maschinenbau errichtet werden soll. Diese Zusage wurde aber vom Bundesministerium für Unterricht nicht ohne, ich möchte sagen, sehr, sehr große Forderungen an die beiden Stadtgemeinden gemacht. Es wurden beachtliche Auflagen diesen beiden Städten erteilt, deren Erfüllung für die Gemeinden eine sehr starke finanzielle Belastung bedeutet. Die Auflagen, die vom Bundesministerium für Unterricht erteilt wurden, erfordern allein in Kapfenberg etwa einen Aufwand von 13,5 Millionen Schilling. Ich glaube, diese Zusage wurde auch mit einem einstimmigen Beschluß des Gemeinderates der Stadtgemeinde Kapfenberg am 1. Oktober dieses Jahres bestätigt. Ich glaube, daß wir an diesem Beispiel sehen, daß die Industriegemeinden in der Obersteiermark, die oftmals in ihrer Budgetierung umstritten waren in diesem Haus, auch bereit sind, Notwendigkeiten ihre finan-

ziellen Mittel zur Verfügung zu stellen. Ja, ich möchte fast sagen, an die Grenze ihrer finanziellen Leistungskraft überhaupt hinausgehen, um die notwendigen schulischen Einrichtungen auf diesem Sektor zu schaffen.

Aber auch der Stadtgemeinde Bruck ergeht es nicht besser. Auch die Stadtgemeinde Bruck hat eine Auflage für die Errichtung der Handelsakademie erhalten, die neben Grundüberweisung, Bauaufbereitung und verschiedenen Nebenarbeiten ein Erfordernis von 4 Millionen Schilling beträgt. Nicht ist in diesen Aufwendungen miteingeschlossen die Auflage, welche für Lehrerwohnungen, für Professorenwohnungen erteilt wurde, weil diese Erfordernisse noch nicht abzuschätzen sind. Es ist jedoch festzustellen und festzuhalten, daß beide Gemeinden auch für die Lehrerversorgung aufkommen müssen und beide Gemeinden haben diese Verpflichtung auf sich genommen.

Wie wird der Schulbau nun aussehen? Die Zusage des Bundesministeriums für Unterricht lautet etwa so, daß 1964 in beiden Städten mit dem Bau dieser berufsbildenden Mittelschulen begonnen werden kann, unter Maßgabe des Vorhandenseins der entsprechenden Mittel. Diese Einschränkung ist für uns ein Wermutstropfen, aber trotzdem hoffen wir, weil wir davon überzeugt sind, daß im Bundesministerium für Unterricht alle Anstrengungen unternommen werden, diese beiden Schulen zu errichten und daß der Baubeginn 1964 möglich sein wird.

Die Bulme wird in Kapfenberg gegenüber dem bisherigen Stadiongelände errichtet und wird eine Aufnahme für etwa 500 Schüler vorsehen. Gleichzeitig wird im Anhang an diese Lehranstalt die Schlossereifachschule von Bruck nach Kapfenberg übersiedelt und soll im Anhang zur Bulme geführt werden und wird ebenfalls eine Schülerzahl von 200 bis 250 aufnehmen.

Für die Handelsakademie in Bruck werden ebenfalls die Gründe zur Verfügung gestellt. Es ist eine Schülerzahl von 600 mit insgesamt 24 Klassen vorgesehen. Sehr erfreulich ist — und das möchte ich in diesem Hohen Hause besonders feststellen —, daß die Industrie der Umgebung und der Stadtgemeinde Kapfenberg sich bereit erklärt hat, für die Laboreinrichtungen und für die Einrichtung der Werkstätten entsprechende Maschinen und Geräte zur Verfügung zu stellen. Es haben sich gleich auf Grund der ersten Anfrage die Firmen Böhler, Pengg, Felten & Guilleaume, aber auch die Austria-Emailwerke in Knittelfeld bereit erklärt, solche Einrichtungen für die Bulme in Kapfenberg zu spenden. Welchen Umfang diese Spenden annehmen werden, das ist leider erst zu einem späteren Zeitpunkt feststellbar. Wir hoffen aber auch, daß die Alpine und noch andere Unternehmungen, die befragt wurden, in dieser Richtung auch noch Beiträge leisten werden. Es zeigt sich also alles, in allem ein Bild, wo man feststellen kann und sehen kann, daß das Zusammenwirken aller interessierten Kräfte zu einem wirklich positiven Ergebnis führen kann. Es wird für unser Gebiet in der Obersteiermark, für die Menschen, die in diesem Gebiet wohnen, eine wirkliche Entlastung darstellen, wenn sie ihre Kinder

nicht mehr nach Graz, sondern nach Bruck oder Kapfenberg in die Schule schicken können. Wir kennen alle die Problematik der Heimunterbringung, der Unterbringung der Studenten, wie schwierig dies ist, wie schwer immer wieder die Beschaffung von Wohnraum oder Beschaffung von Familien ist, die bereit sind, solche Schüler aufzunehmen und es ist außerordentlich zu begrüßen, wenn nun dadurch die Möglichkeit geschaffen wird, daß eine Vielzahl dieser Schüler in ihrer Familie bleiben und doch gleichzeitig eine berufsbildende Mittelschule besuchen kann. Ich habe auch in der Budgetdebatte des vorigen Jahres schon darauf hingewiesen und mit Zahlen belegt, daß nicht nur die Frage unserer Hochschulen und unserer ausgebildeten Diplomingenieure für unsere Industrie eine wesentliche Rolle spielt, sondern daß auch für die Ausbildung der Mittelschulingenieure, die gerade für die Produktion in den Betrieben besonders wichtig sind, ein ganz, ganz großer Bedarf besteht. Alles in allem glaube ich, daß wir heute Anlaß haben, uns über dieses Ergebnis zu freuen, daß wir aber auch den Gemeindevertretungen dieser Städte einschließlich Leoben, Bruck und Kapfenberg danken sollen für die Bereitschaft, dieses Projekt so maßgeblich zu unterstützen, daß wir aber auch diesen Dank dem Bundesministerium für Unterricht aussprechen sollen, das ebenfalls initiativ und aktiv die Schaffung dieser beiden berufsbildenden Mittelschulen im obersteirischen Raum unterstützt hat. (Beifall.)

2. Präsident: Ich erteile Herrn Abgeordneten Fritz Wurm das Wort.

Abg. Wurm: Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Es freut mich, daß Herr Landeshauptmann noch anwesend ist. Ich hätte nämlich eine Anfrage an Herrn Landeshauptmann zu richten. Der Bürgermeister von Krottendorf-Gaisfeld hat mich ersucht, ich möge bei der Budgetdebatte Herrn Landeshauptmann fragen. (Landeshauptmann Krainer: „Da müssen Sie den zuständigen Referenten fragen.“), nun der zuständige Referent ist in dieser Angelegenheit Herr Landeshauptmann. Es handelt sich um bäuerliche Gemeinden, die ringsherum an Krottendorf-Gaisfeld angrenzen. Der Ort Krottendorf-Gaisfeld fällt in das Referat des Ersten Landeshauptmannstellvertreters Matzner und die Umgebungsgemeinden in das Referat des Herrn Landeshauptmannes. Es ist daher notwendig, daß Sie Ihre Zustimmung geben, ob dort eine Hauptschule erbaut werden kann oder nicht. (Landeshauptmann Krainer: „Ach, ums Geld geht es!“) Herr Landeshauptmann, es wäre vor allem deshalb wichtig die Hauptschule dort zu errichten, weil in der Nähe die Haltestation der Graz—Köflacher-Bahn sich befindet und außerdem auf der Straße noch zwei Autobuslinien ihre Stationen haben. Es wäre dort ein günstiger Platz, eine Hauptschule zu errichten. Vor Jahren wurde die Schule in Mooskirchen errichtet, trotzdem die Gemeinden dagegen gewesen sind, weil die Schüler einen langen Schulweg haben. Doch trotz Errichtung der Schule in Mooskirchen, reicht auch diese Schule nicht aus, um alle Schüler unterbringen zu können. Es wäre daher notwendig, daß sich die Steiermärkische Landesregierung ent-

schließen könne, dem Bau der Hauptschule in Krottendorf-Gaisfeld zuzustimmen.

Nun zu den Landesberufsschulen: Ich habe mich heute gewundert, daß Herr Ing. Koch so zahm gewesen ist. (Abg. Ing. Koch: „Sie haben mich noch nicht gereizt, Herr Abgeordneter!“) Herr Abgeordneter Ing. Koch hat eigentlich nicht zur Errichtung neuer Landesberufsschulen gesprochen, sondern mit Recht darauf verwiesen, daß unser Ausbildungsgesetz Mängel aufweist. Wir unterstützen die Forderung des Herrn Abgeordneten Ing. Koch voll und ganz. Die österreichische Wirtschaft braucht Fachkräfte, um die Wirtschaft so wie bisher aufrechtzuerhalten. Alle Staaten beschäftigen sich mit der Berufsausbildung. Am 20. November 1957 wurde in Paris ein europäisches Institut für Berufsausbildung errichtet. Im Verwaltungsrat des europäischen Institutes für Berufsausbildung ist auch Österreich vertreten. Die Lehrausbildung erfolgt in Österreich auf Grund der Gewerbeordnung aus dem Jahr 1859. Es gibt derzeit drei Ausbildungsmöglichkeiten. (Abg. Hegenbart: „Bundesgesetz.“) Herr Abgeordneter Hegenbart hat vollkommen recht. Es ist ein Bundesgesetz und könnte nur im Bund behandelt und beschlossen werden. Aber nachdem Herr Abgeordneter Ing. Koch darauf verwiesen hat, möchte ich die Ausbildung der Fachkräfte erörtern. Zur Ausbildung von Fachkräften haben wir erstens die Meisterlehre, zweitens den Besuch einer Handelsakademie oder der technischen Mittelschule und drittens die Möglichkeit der Anlernberufe. Wir könnten mit diesen Ausbildungsstätten bis vor kurzem unser Auslangen mit Fachkräften finden. Doch in den letzten Jahren hat sich eine Veränderung ergeben und die österreichische Wirtschaft wird sich auf Grund des Mangels an Arbeitskräften immer mehr mit der Berufsausbildung beschäftigen müssen. Es wäre daher notwendig, daß man in Kürze sich über ein gewerbliches Berufsschulgesetz einigen könne.

Nun komme ich zu einem Geschenk. Im Finanzausschuß erklärte der zuständige Referent Landesrat Wegart, daß für den Ausbau und Fertigstellung der bestehenden sechs Landesberufsschulen ein Betrag von 25 Millionen Schilling notwendig wäre. Es sei beabsichtigt, sechs neue Landesberufsschulen mit den dazugehörigen Internaten zu errichten, wofür ein Betrag von 60 Millionen Schilling aufzuwenden wäre. Im Durchschnitt kostet ein Klassenzimmer 600.000 Schilling. Für das dazugehörige Internat sind weitere 120.000 Schilling notwendig, so daß insgesamt 720.000 Schilling pro Klassenzimmer aufzuwenden sind. Der zuständige Referent erklärte, für einen Ausbau der Landesberufsschulen gebe ihm der Finanzreferent zuwenig Mittel. Ich habe schon im Vorjahr erwähnt, daß in Stainach eine Bezirksberufsschule besteht, eine Berufsschule, in der man vom ganzen Bezirk die Lehrlinge zusammenzieht. Diese Bezirksberufsschule steht nun leer und aus dieser leerstehenden Berufsschule könnte ohne weiteres eine Landesberufsschule errichtet werden, man müßte nur die notwendigen Lehrwerkstätten dazu bauen und die Landesberufsschule ist fix und fertig. Nun das zweite Geschenk, wovon ich ein Bild vorweise. (Landesrat Wegart: „Das sind schöne

Weihnachten heuer!") Die Stadtgemeinde Voitsberg versucht schon seit dem Jahre 1954 eine Landesberufsschule zu errichten. Zur Verfügung stehen sechs schöne Klassenzimmer, ein Klassenzimmer für 30 Personen, drei eingerichtete Lehrwerkstätten mit Nebenräumlichkeiten, ein Duschaum, ein Konferenzzimmer, eine Kanzlei, Direktionsraum und ein Lehrbauhof im Ausmaße von 93 Quadratmetern. Außerdem besteht die Möglichkeit, die Lehrlinge in einem Internat unterbringen zu können, weil die Stadtgemeinde Voitsberg ein neues Altersheim erbaut und das bestehende Altersheim, welches mit einer Küche ausgestattet ist, könnte leicht auch für ein Internat umgebaut werden.

In Voitsberg wäre daher diese Landesberufsschule fix und fertig. Es brauchen auch für die Lehrer keine Wohnungen errichtet werden, weil sie in Voitsberg ihre Wohnungen haben und außerdem wurde dieser Bezirk wegen Auskohlung zum Notstandsgebiet erklärt. Es liegen daher alle Voraussetzungen vor, daß man die Landesberufsschule in Voitsberg errichten könne.

2. Präsident: Das Wort hat Frau Abgeordnete Lendl.

Abg. Lendl: Hohes Haus! Ich möchte in einigen Sätzen den Wunsch und die Bitte der Eltern wiedergeben, deren Kinder die Volks- und Hauptschule besuchen. In den Schulen werden in den einzelnen Bezirken, aber oft auch schon in den einzelnen Gemeinden verschiedene Lese-, Sprach- und Rechenbücher verwendet. Wenn z. B. ein Kind innerhalb eines Bezirkes von einem Ort in den anderen übersiedelt, so müssen schon neue Bücher angeschafft werden. Wenn z. B. in einer Familie mehrere Kinder sind, so kann das jüngere vom älteren, wenn auch nur ein Jahr Unterschied besteht, oder wenn eine andere Schuldirektion ist, das Buch nicht mehr verwenden. Es ist aber eine völlige Neuanschaffung notwendig, wenn ein Kind von einem politischen Bezirk bzw. einem Gerichtsbezirk in den anderen übersiedelt, und schon gar nicht davon zu reden, wenn ein Kind in ein anderes Bundesland versetzt wird. Es entstehen daher den Eltern unnütze und höhere Kosten und es müßte doch möglich sein, daß in den Schulen eines Bezirkes, aber auch in den Schulen einer Gemeinde einheitliche Bücher geführt werden und daraus gelehrt wird.

Die Bitte der Eltern an den Landesschulrat ist eine Überprüfung der Schulbücher und daß in den Volks- und Hauptschulen Steiermarks einheitliche, und zwar die besten Bücher für unsere Kinder Verwendung finden sollen.

Zu den Ausführungen meines Klubkollegen, des Herrn Abgeordneten Afritsch, welche bei der ÖVP soviel Heiterkeit ausgelöst haben, möchte ich die Sache mit dem Hubschrauber, der die Kinder zur Schule bringen soll, gar nicht als Utopie bezeichnen, denn wenn diese Einführung in Amerika sich gut bewährt, so wird es wahrscheinlich, wenn auch nicht momentan, so doch in Jahrzehnten möglich sein, diese Einrichtung auch bei uns durchzuführen. Die Mütter werden für diese Einrichtung überglücklich danken. Gerade in unseren Berggebieten sind

die Kinder mehr als gefährdet; die Kinder sind stundenlang auf dem Schulweg. Sie müssen bei Finsternis weggehen, sie verlassen das Elternhaus am Morgen und bei Schlechtwetter kommen sie durchnäßt, durchfroren und erkältet in den Abendstunden, wenn es finster ist, in das Elternhaus zurück. Die Mutter bangt, wenn das Kind am Morgen zur Schule geht, sie ist den ganzen Tag in großer Sorge und froh, wenn sie am Abend ihr Kind wieder gesund in die Arme schließen kann.

Möge die als Utopie bezeichnete Beförderung der Kinder zur Schule mit den Hubschraubern im Interesse der Mütter und Kinder auch in Österreich bald zur Wirklichkeit werden. (Beifall bei der SPO.)

2. Präsident: Das Wort hat Herr Landesrat Wegart.

Landesrat Wegart: Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Es fehlt der Abgeordnete Wurm. (Abg. Hans Brandl: „Er fotografiert gerade.“) Jetzt will er mir ein Bild auch noch schenken. (Heiterkeit.)

Ich vermerke mit wirklich herzlicher Dankbarkeit das Interesse, das ich hier für die Landesberufsschulen finde, aber gleichzeitig kann ich, wenn ich auf die Wünsche des Abgeordneten Wurm und des Abgeordneten Ing. Koch eingehe, noch später etwas sagen.

Das Berufsschulwesen hat sich in dem nun zu Ende gehenden Jahr auch im Land sehr erfreulich entwickelt. Ich möchte das ausdrücklich sagen. Ich möchte im einzelnen das berichten, was sich in den Landesberufsschulen getan hat.

Arnfels. Der Bau des Klassentraktes der Berufsschule in Arnfels geht seiner Vollendung entgegen. Im Frühjahr 1963 können wir mit dem Bau des Werkstatentraktes beginnen. Für das im Bau befindliche Internat haben wir vor einigen Wochen die Gleichfeier gehabt, es wird ebenfalls — so hoffe ich — 1963 fertiggestellt sein, so daß wir, wenn alles klappt, mit dem Schuljahr 1963/64 und, wenn es vielleicht noch einige Schwierigkeiten gibt, jedenfalls verlässlich 1964 mit der Eröffnung der Landesberufsschule in Arnfels werden rechnen können. Ich möchte noch sagen, daß die Landesberufsschule in Arnfels sicherlich die schönste Landesberufsschule sein wird, die wir bisher hergestellt haben.

Ich möchte gleichzeitig etwas einflechten. Wir haben Landesberufsschulen auch in alten Gebäuden untergebracht und es zeigt sich, daß ein Gewand, das sehr oft umgearbeitet werden muß, meistens sehr teuer kommt. Dasselbe gilt auch hier, daher glaube ich, daß wir bei der künftigen Überlegung und bei all den Dingen, die wir anzustellen haben, doch auch genau prüfen sollen, ob wir in irgendeinem alten Bau hineingehen, der unzulänglich ist, oder ob wir jene Großzügigkeit an den Tag legen sollen und von vornherein etwas neues schaffen.

Wir werden, wenn wir in Arnfels mit dem Unterricht beginnen, die Landesberufsschule in Eibiswald entlasten können. Wir denken an die Umschulung der Kfz-Mechaniker und der Kfz-Elektrikerlehrlinge, die jetzt in Eibiswald sind, hinüber nach Arnfels.

Von Eibiswald darf ich sagen, daß das derzeit im Bau befindliche Projekt der Lehrwerkstätte und der

Klassenräume ebenfalls binnen Jahresfrist bezugsfertig sein wird. Die Elektrolehrlinge, die in Eibiswald verbleiben, werden dann ebenfalls eine sehr gut ausgerüstete und ausgestattete Schule zur Verfügung haben.

In Mureck ist es so, daß der Lehrwerkstättentrakt, der nach modernen Gesichtspunkten geplant wurde, fast fertiggestellt ist. In der allernächsten Zeit kann mit dem Umzug in die neue Lehrwerkstätte begonnen werden. Was nun die Fertigstellung und Komplettierung der schon im Betrieb befindlichen Landesberufsschulen anlangt, so darf ich nur wiederholen, was ich bereits vor Jahresfrist gesagt habe. Vorsichtig berechnet sind es noch immer 25 Millionen Schilling, die wir benötigen, um die jetzt in Betrieb befindlichen Landesberufsschulen komplett fertigzustellen. Das bedeutet bei der budgetären Situation des Landes und bei den Möglichkeiten, die uns eingeräumt sind, daß also immerhin noch 3 Jahre dazu benötigt werden, um diese Landesberufsschulen mit den normalen Budgetmitteln fertigzustellen. Ich kann daher, so sehr ich bereit wäre, ein Geschenk anzunehmen ... (Abg. Wurm: „Von Millionen!“), neue Zusicherungen für die Errichtung von Landesberufsschulen nicht geben. Ich habe nicht nur solche Angebote über Stainach oder über Voitsberg, ich habe ein Angebot, das sehr interessant ist, auch von der Stadtgemeinde Hartberg. (Abg. Bammert: „Fürstenfeld.“) Ich will gar nicht von Fürstenfeld reden. (Landesrat Pirisch: „Fürstenfeld ist eine beschlossene Sache!“) Ich habe also noch mehr solche freundliche Angebote vorliegen. Aber ich muß das Hohe Haus um Verständnis bitten, wenn ich in dieser Frage noch etwas die Bremse anlege. Das waren die Überlegungen, die mit dem jetzt in Betrieb befindlichen Berufsschulen zusammenhängen. Ich muß wirklich sagen, es ist weder den Lehrern noch den Schülern auf die Dauer zuzumuten, daß sie in halbfertigen Schulen Unterricht erhalten und Unterricht geben. Das ist auf die Dauer nicht möglich. Daher ist es auch mir ein Herzensbedürfnis, daß wir hier endlich fertig werden. Und damit im Zusammenhang steht nun die Generalplanung. Ich habe durch das statistische Amt, das gestern und heute schon freundlicherweise, sagen wir eine gute Note erfahren hat, eine Erhebung einleiten lassen, wie sieht es mit der Entwicklung des Schülerstandes, auf einen größeren Zeitraum verteilt, überhaupt aus? Da sind sehr bemerkenswerte Beobachtungen gemacht worden. Wir haben zur Zeit in ganz Steiermark 23.142 Lehrlinge. Davon sind in den Landesberufsschulen 6425 eingeschult. Wie schaut nun die Entwicklung der einzelnen Jahrgänge aus? — Ich halte diese Aufstellung deshalb für sehr bemerkenswert, weil sie uns wertvolle Fingerzeige für unsere künftige Planung gibt. Wie sieht es also aus mit den einzelnen Jahrgängen? Und zwar von den Jahrgängen 1941 bis 1947? Hier ist die Entwicklung in Prozentsätzen bei Lehrlingen in der gewerblichen Wirtschaft wie folgt: Der Jahrgang 1941 hatte 21,2% der in die Lehrwerkstätten und in die Lehre strebte und der Jahrgang 1947 hatte bereits 30,2%. Das ist eine erfreuliche Steigerung. Nun kommen aber hier sehr starke Jahrgänge, 1948, 1949 und herauf dazu, so daß wir aller Voraussicht nach neuerdings mit einer noch

größeren Anzahl von Berufsschülern werden zu rechnen haben. Das verpflichtet uns zusammenfassend zu folgenden Überlegungen: Ich habe bereits Gelegenheit gehabt, im Finanzausschuß darüber einige Gedankengänge zu sagen. Wenn wir weitere Einschulungen vornehmen — und darüber besteht volle Übereinstimmung, daß die Ausbildung in den Berufsschulen eine vorzügliche ist —, dann glaube ich, steht uns noch die Errichtung von rund 6 Landesberufsschulen bevor. Ich möchte jetzt nicht dem provisorischen Berufsschulbeirat vorgreifen, mit dem wir unsere Gespräche endgültig abschließen wollen, aber ich möchte diese Gedankengänge doch einmal auch dem Hohen Hause sagen. Ich glaube, daß es eine Landesberufsschule für die Tischler sein wird, 2 Landesberufsschulen für den Handel, eine für das Lebensmittelgewerbe, eine für die Friseur und eine für die Kleidermacher. Das heißt also, daß unter Zugrundelegung der Kosten für eine Berufsschulklasse mit 600.000 S insgesamt noch 40 Millionen Schilling benötigt werden nur für den Bau von Landesberufsschulen. Wenn ich dazu nehme den Bedarf für die Lehrwerkstätten und da und dort auch einmal noch eine Baukostenüberhöhung, so dürften noch einmal 20 Millionen Schilling herzunehmen sein, so daß also noch für ein Programm für die neuen Landesberufsschulen 60 Millionen Schilling erforderlich sein werden. Hier ist nicht berücksichtigt die Frage der Errichtung von Internaten. Wenn ich das also jetzt gleichziehe, dann darf ich annehmen, daß auch die Kosten für den Bau von Internaten für diese 6 Landesberufsschulen neuerdings einen Betrag von rund 60 Millionen Schilling ausmachen werden. Also mit anderen Worten, zusammenfassend ein Betrag von 120 Millionen Schilling, damit wir dann sagen können, wir haben zwei Drittel der gewerblichen Lehrlinge in Landesberufsschulen eingeschult.

Hohes Haus! Diese Beträge sind in den normalen Budgets nicht zu erhalten, ich habe auch keine Absicht, etwa den Finanzreferenten zu überfordern. Auch hier gilt es, sich einzuordnen und anzupassen. Aber ich glaube, daß es ein origineller Weg wäre — diesen Weg möchte ich hier nun in aller Öffentlichkeit vortragen — mit Rücksicht auf die Bedeutung, die der Ausbildung zukommt — es wurde heute schon so viel von den einzelnen Abgeordneten gesagt, was man nur unterstreichen kann — ob es die Konkurrenz im Lande selbst ist, ob es die zu erwartende Konkurrenz und der Wettbewerb ist, der uns im Rahmen eines größeren europäischen Marktes hervorsteht, also all das zusammengenommen muß uns veranlassen, möglichst rasch die Einschulung und den Bau der Landesberufsschulen voranzutreiben, d. h. daß ich mir den Vorschlag zu unterbreiten erlaube, daß das Land so, wie es eine Wohnbauanleihe aufgenommen hat, auch für diesen so wichtigen Teil unserer Ausbildung, eine Anleihe für den Bau von Landesberufsschulen aufnimmt. Ich bin überzeugt, daß das gerechtfertigt erscheint. Und zwar deshalb gerechtfertigt erscheint, weil wir in der kommenden wirtschaftlichen Auseinandersetzung nur bestehen werden können, wenn unsere Jugend besser vorbereitet wird auf den Lebenskampf, und wenn unser Land daher auch besser konkurrenzfähig bleibt. Ich habe vor einigen

Tagen einen sehr interessanten Vortrag über die wirtschaftliche Entwicklung gehört und da hat ein immerhin internationaler Fachmann erklärt, daß wir etwa im Jahre 1970 einen sehr starken Rückgang an Arbeitskräften zu verzeichnen haben werden, dagegen eine sehr starke Zunahme von Rentnern und Pensionisten. Wir werden das verkraften müssen. Dann werden wir nicht lange untersuchen können, warum und weshalb. Verkraften werden wir es meiner Meinung nach nur dann können, wenn wir leistungsfähiger als bisher sind und wenn wir mehr leisten und mehr können als bisher. Das ist, glaube ich, eine völlig unbestrittene Tatsache. Und ich bitte daher auch den Herrn Finanzreferenten, in dieser Frage seinem Herzen einen Stoß zu geben, den Stoß, den wir dazu brauchen, um das notwendige Geld in Form einer Anleihe aufzutreiben. Vielleicht könnte mir eingewendet werden, ja, das ist vielleicht noch gar nicht der Fall gewesen. Hohes Haus, ich darf mich hier an sehr große Vorbilder halten. Der Ausbau unserer ganzen Kraftwerke, also unserer Energiekräfte, wäre nicht möglich gewesen, wenn wir nicht den Weg von Anleihen, und zwar von In- und Auslandsanleihen, beschritten hätten. Die Elektrifizierung unserer Bundesbahn, der Aufbau unserer ganzen verstaatlichten Industrie, der ERP-Marshallplan und ähnliches mehr, wäre nicht möglich gewesen, wenn wir nicht die Milliarden hineingepumpt hätten, um rasch gleichzuziehen und aufzuholen. Ich fürchte nur, wir haben wohl unsere Industrien sehr gut ausgestattet, was wir aber sehr rasch fühlen werden, ist, daß uns die Kräfte fehlen, die in der Lage sind, diese Maschinen auch entsprechend zu bedienen und dafür zu sorgen, daß sie in Bewegung sind. Aus diesem Grunde schlage ich vor, daß wir nun einen solchen neuen Weg beschreiten. Er wäre übrigens ein Weg, den wir zum ersten Mal in Österreich beschreiten, aber ich glaube, daß er seine volle, moralische Berechtigung hat.

Was die Frage anlangt, die ich noch zusätzlich anschneiden möchte: Ich glaube, wir sollten auch vor einem warnen, irgendwie neigen wir sehr stark dazu, möglichst große und imposante Schulkombinate herzustellen. Ich halte große Schulkombinate für die pädagogische Ausbildung für nicht zweckmäßig, und zwar deshalb nicht für zweckmäßig, weil sie von den Lehrern und von den verantwortlichen Erziehern nicht mehr überblickt werden können. Ich sehe links und rechts Lehrkräfte, die davon mehr verstehen als ich, aber ich glaube, mich mit ihnen in Übereinstimmung zu finden. Wir werden auch bei der Planung der kommenden Landesberufsschulen auf diese Umstände gebührend Rücksicht zu nehmen haben.

Und zuletzt zum Berufsschülerhaltungsgesetz. Heute habe ich keinen solchen Wunsch unterbreitet gehört. Das läßt darauf schließen, daß man mit den Gedankengängen, die ich schon im Finanzausschuß geäußert habe, einverstanden ist. Die Verzögerung ist wohl darauf zurückzuführen, daß das Inkrafttreten der neuen Schulgesetze abgewartet werden mußte. Sobald die öffentlichen Pflichtschulen grundsätzlich geregelt sind und die Ausführungsgesetze der Länder vorhanden sind, werden wir

auch das Berufsschülerhaltungsgesetz dem Hohen Hause zur Beschlußfassung vorlegen.

An Problemen wird es in dem kommenden Jahr nicht mangeln, davon bin ich überzeugt. Wir werden alle Anstrengungen unternehmen, damit sich das steirische Berufsschulwesen weiterhin im Interesse der Wirtschaft und im Interesse unserer tüchtigen Berufsschuljugend vorbildlich entwickeln kann.

Um was ich bitte, ist das Verständnis, das ich auch schon in der Vergangenheit für diese so wichtige Aufgabe gemeinsam von Ihnen allen gefunden habe. (Beifall von allen Seiten.)

2. Präsident: Es liegt keine weitere Wortmeldung vor. Ich erteile dem Herrn Berichterstatter das Wort.

Berichterstatter **Johann Papst:** Ich verzichte auf eine weitere Berichterstattung und möchte nur meinen Antrag wiederholen, das Budget für die Gruppe 2 in der vorliegenden Fassung zum Beschluß zu erheben.

2. Präsident: Wir stimmen über diese Gruppe 2 ab. Ich ersuche die Abgeordneten, die mit den Ansätzen der Gruppe 2, Schulwesen, einverstanden sind, zum Zeichen der Zustimmung eine Hand zu erheben. (Geschieht.) Damit ist die Gruppe 2 angenommen.

Ich unterbreche die Sitzung. Sie wird genau um 14.30 Uhr fortgesetzt. Die Sitzung ist unterbrochen.

(Unterbrechung: 13.10 Uhr bis 14.45 Uhr.)

Präsident: Hohes Haus! Wir kommen zur Gruppe 3, Kulturwesen. Berichterstatter ist Abgeordneter Dr. Richard Kaan.

Berichterstatter **Dr. Kaan:** Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich habe den Auftrag, Ihnen namens des Finanzausschusses über die Ansätze zur Gruppe 3, Kulturwesen, zu berichten.

Als Maßstab für die Höhe der Kultur eines einzelnen Menschen, eines Landes oder eines Volkes mag die Vorstellung gelten, die er selbst mit dem Worte und dem Begriff Kultur verbindet.

Wir alle erinnern uns an die böse Zeit, da wir allzuoft die Worte „Kultura oder nix Kultura“ gehört haben. Mit diesen Worten wurde das reine Handtuch, die Seife, das Rasieren, das fließende Warm- und Kaltwasser oder das Wasserklo verbunden; Begriffe, die wir einordnen in Zivilisation.

Unsere Vorstellung der Kultur umfaßt all das, was das Zusammenleben der Menschen erträglich, angenehm und schön machen kann.

Erträglich ist jener Teil, den wir Kultur in der Politik nennen.

Angenehm ist jener Teil der Kultur, der das Zueinander der Menschen betrifft und die Zivilisation, die also durch die Fortschritte der Technik den Menschen das Leben angenehm machen, und das Dritte ist das, was wir heute und hier zu behandeln haben, das ist, wie das Leben schön gemacht wird, wie Freude bereitet wird nicht nur einem Men-

schen, sondern den Menschen und nicht nur in einer Generation, sondern über Generationen hinweg.

Als ein anderer Maßstab für die Höhe der Kultur mag aber auch gelten der Anteil, den jeder Mensch bereit ist an Mühe, Zeit und Geld dem Schönen, dem Musischen, also der Kultur im engeren Sinn zu opfern und zu widmen. Bei letzterem halten wir jetzt. Wieviel Geld ist das Land Steiermark, der Steiermärkische Landtag bereit, in dem kommenden Jahr dem Kulturwesen zu widmen, von dem Gesamtaufkommen über das er zu verfügen hat.

Diese Summe beträgt im Nettobetrag, also, wenn ich von den Ausgaben die Einnahmen abziehe, heute 44,2 Millionen Schilling gegenüber einem vorjährigen Betrag von 42 Millionen Schilling, also um 2,2 Millionen Schilling mehr. Das sind rund 5 %, also fast genau jene Steigerung, welche das Gesamtvolumen der Ausgaben des Steiermärkischen Landtages oder des Landes im Jahre 1963 gegenüber dem Jahre 1962 erfahren wird. In Prozenten ausgedrückt steigt der Anteil von 2,87 % auf 2,89%. Von dieser Steigerung von 2 Millionen Schilling entfällt der größte Teil auf den bewahrenden Teil der Kultur, diesmal auf das Museum, also das Joanneum. Der zweitgrößte Anteil von rund 600.000 Schilling der Steigerung entfällt auf den übertragenden Teil der Kultur, den weitergebenden Teil der Kultur, das sind die Bühnen. Und der Restbetrag dieser Differenz von ungefähr 300.000 S kommt zugute den Musikschulen, ohne die das Kulturleben ja kein Leben sein würde, denn es genügt ja nicht, die Denkmäler und Museen zu erhalten, also das, was uns überkommen ist zu petrifizieren und aufzuheben, sondern es muß lebendig weitergegeben werden. Diese Aufgabe kommt vor allem der Musik und der darstellenden Kunst zu. Aber auch die Musik und die darstellende Kunst würden vertrocknen, wenn nicht der Nachwuchs kommt. Und der Nachwuchs wird in den Schulen herangezogen. Es sind in der Beratung des Finanzausschusses einige Fragen offengeblieben als Wünsche. Dazu gehört beispielsweise eine Verbesserung der Dotation der Landesbibliothek zur verbesserten und erweiterten Anschaffung von Büchern. Es würden Wünsche laut, daß endlich einmal der große Landesatlas der Steiermark fertiggestellt werden möge, für den ja der Landtag alljährlich einen beträchtlich zunehmenden Betrag auszuschütten bereit war und weiterhin bereit sein wird. Aber diese Dinge sind von geringerer Bedeutung gegenüber den beiden großen Ereignissen, die sich im Jahre 1963 im Kulturleben und Kulturwesen in der Steiermark abspielen werden, und die nur zum geringen Teil den Niederschlag in den Ihnen vorliegenden Ansätzen finden. Diese beiden Ereignisse — und das ist nicht zuviel gesagt — haben säkulare Bedeutung. Denn ich glaube, es wird mehr als ein Jahrhundert vergehen, bis wieder eine Hochschule, eine dritte Hochschule in Graz gegründet werden wird. Und wir hoffen sehr, daß mehr als ein Jahrhundert vergehen wird, bis Graz wieder in die Notwendigkeit versetzt wird, ein Schauspielhaus aufzubauen. Es ist also nicht zuviel gesagt, wenn wir auf das Kulturleben des Jahres 1963 mit großer Spannung hinblicken, da

zwei Ereignisse von großer säkularer Bedeutung uns erfreuen werden. Wir rechnen damit, daß im Jahre 1963, allenfalls am Ende, vielleicht gerade übers Jahr, die Eröffnung des Schauspielhauses sein wird, also das liebe, alte Schauspielhaus im neuen Gewande seine Pforte öffnen wird. Aber es stimmt schon das Wort „im neuen Gewande“ nicht, denn was alt ist, scheint nur das Gewand zu sein, alles andere am Baulichen wird neu sein. Nicht aber neu wird sein der Geist, der es erfüllt und die Aufgabe, die es zu erfüllen hat. Wir können uns rühmen, daß unsere Landeshauptstadt im süddeutschen Raum sowohl in der darstellenden Kunst wie aber auch im Musikleben eine führende Rolle, eine bedeutende Rolle gespielt hat und auch hoffentlich weiter spielen wird. Und um diese Rolle spielen und ihre Aufgabe erfüllen zu können, war auch die Vorsorge für den Nachwuchs eines der größten Anliegen aller am Musikleben interessierten Kreise in den vergangenen Jahren. Es wurde vom Bund mit dem Gesetz vom Juli 1961 eigentlich eine längst fällige Schuld erfüllt, als dadurch das Landes-Konservatorium in den Rang einer Bundes-Akademie für Musik und darstellende Kunst erhoben wurde. Der in diesem Gesetz zum Ausdruck kommende Wille ist aber noch nicht verwirklicht. Zur Verwirklichung wird vor allem ein angemessenes Heim notwendig sein. Ein Haus, in dem diese Musikakademie würdig untergebracht sein wird. Das wird erhebliche Anforderungen an die Opferbereitschaft des Landes stellen. Aber auch das zweite vorhin erwähnte frohe Ereignis wird, wir müssen es nüchtern betrachten, vielleicht schon im Jahre 1963, gewiß aber im nachfolgenden Rechnungsjahr das Land erhöht belasten. Denn wir können und dürfen nicht hoffen, daß die Erweiterung der Vereinigten Bühnen durch dieses neue, größere Haus eine Verringerung des von uns zu deckenden Defizits bringen wird. Der Finanzausschuß ist der Ansicht — und ich glaube, Sie teilen sie alle —, daß diese beiden eben ange-deuteten Ereignisse, vor denen wir stehen, nicht nur gesinnungsmäßig vorbereitet werden müssen, sondern daß der Landtag, soweit er heute darüber Beschluß zu fassen hat, dadurch seine Bereitwilligkeit ausdrückt, die kommenden weiteren schweren Opfer in dieser Richtung aufzubringen. Und tut er das, so werden in den großen Blumenkranz, den das kunstbeflissene Österreich der ganzen Welt immer wieder schenkt, zwei weitere schöne Blumen eingefügt werden. Ich habe also namens des Finanzausschusses den Antrag zu stellen, bekräftigten Sie diese Gedanken dadurch, daß Sie die in der Vorlage aufscheinenden Ansätze beschließen.

3. Präsident: Als erstem Debattenredner in der Gruppe 3 erteile ich das Wort dem Abgeordneten Dr. Stepantschitz.

Abg. DDr. Stepantschitz: Hohes Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich darf zu dieser Gruppe nur eine kurze Anmerkung machen. Die Gräzer Festspiele haben sich durchaus eingebürgert und sie haben uns Gelegenheit gegeben, verschiedene neue Werke zu hören und mit verschiedenen neuen Werken bekannt zu werden. Auch die akademischen Wochen, die Herr Landesrat Koren an-

gedeutet hat, im Schloß Eggenberg sind, obwohl sie erst zweimal stattgefunden haben, schon ein Begriff geworden. Dennoch glauben wir, daß beide Veranstaltungen an sich noch nicht genügend Lebensfähigkeit entwickelt haben, um sich wirklich auf die Dauer durchzusetzen. Es hat im Finanzausschuß, soviel ich weiß, Herr Dr. Hueber den Vorschlag gemacht, diese beiden Veranstaltungen zusammenzulegen. Ich darf die gleiche Anregung auch hier aussprechen. Wir würden uns vorstellen, daß man eine Steirische Festwoche veranstalten könnte, in der wie bisher Sommerfestspiele Platz haben könnten, in der auch die vom Herrn Berichterstatter erwähnte neue Musikakademie durch entsprechende musikalische Darbietungen in Erscheinung treten könnte, in der gleichen Woche könnten auch Ausstellungen veranstaltet werden und es ergäbe sich letztlich die Möglichkeit, Kongresse zu veranstalten, wobei wir uns besonders vorstellen könnten daß jede Ausländer teilnehmen könnten, die seinerzeit in Graz studiert haben. Meine Damen und Herren, es ist dies nur eine kleine Anregung, von der wir doch meinen, daß sie dazu beitragen wird, den Ruf unserer steirischen Heimat, den Ruf der Kunst unserer steirischen Heimat, noch weiter in der Welt bekannt zu machen. (Allgemeiner Beifall.)

3. Präsident: Als nächsten Redner erteile ich das Wort dem Abgeordneten Pölzl.

Abg. Pölzl: Hohes Haus! Ich habe eine Resolution eingebracht zum Unterabschnitt 321. Sie liegt den Damen und Herren des Hohen Hauses vor und ich darf mir ersparen, sie noch einmal wortwörtlich zu zitieren. Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, bei den zuständigen Stellen des Bundes in Wien dahingehend zu intervenieren, daß die Kunstschule von Graz, die Bundesgewerbeschule in Graz, den Charakter einer Akademie bekommt, und zwar einer Akademie mit drei Abteilungen, für Malerei und Graphik, für Bildhauerei und eine dritte Abteilung mit der Bezeichnung „Raumkunst“. Ich habe mich mit dem Fachvorstand Herrn Prof. Hafner und den beiden Professoren Szyskowitz und Silveri eingehend über dieses Problem beraten. Ich darf dem Hohen Haus nun darüber folgendes mitteilen: Bis zum Jahre 1935 hatte die Bundesgewerbeschule in Graz, deren Gründung, wie so viel Positives in der Steiermark, auf Erzherzog Johann zurückgeht, den Charakter einer Akademie. Nach 1935 wurde ihr dieser Charakter aberkannt. Es hat damals schon sehr viele Schüler gegeben, die heute zum Ruhme unseres Vaterlandes sich in der Kunst bestätigen. Nach 1945 waren es über 1500 Schüler, die diese Schule besucht haben, es waren jedoch sehr, sehr wenige, die anschließend nach Wien gehen konnten, um dort die Akademie zu besuchen. Hohes Haus! Welche Arbeiter- oder Bauernfamilie kann es sich leisten, ihre Kinder nach Wien auf die Akademie zu schicken und im Monat 1500 bis 2000 S dafür auszugeben? Es wird sehr, sehr wenigen Familien vorbehalten bleiben, ihre Kinder, die schöpferisch begabt sind, nach Wien zu schicken. Aber gerade in unseren Bauernfamilien und Arbeiterfamilien finden wir

die größten Begabungen, finden wir die schöpferische Jugend der Steiermark, die bereit ist, in der Kunst zu arbeiten. Wir haben aber nicht die Möglichkeit, diese Kinder unseres Landes nach Wien zu schicken. Und es waren sehr viele entbehrensreiche Jahre für die Eltern und eine äußerst opfervolle Zeit für die Studierenden, für die wenigen, die bis jetzt nach Wien gegangen sind, notwendig, um sich dort auszubilden. Trotzdem darf ich Ihnen ein kleines Bukett von Namen überreichen von Schülern dieser Kunstschule in Graz. Die vorher erwähnten Professoren Szyskowitz und Silveri, die keinen Vergleich mit den Professoren in Wien zu scheuen haben, die auch in der Lage wären, in einer Akademie in der Steiermark zu unterrichten. Ich darf Ihnen die Namen eines Ulf Mayer, eines Josef Pillhofer überreichen, eines Hans Wolf, der als Professor jetzt an dieser Akademie tätig ist, des heurigen Joanneumpreisträgers Franz Rogler, eines Hubert Tuttnner, der bekannt ist durch die letzte Fernsehsendung — in Eggenberg ist ein großes Mosaik von ihm angebracht —, eines Franz Weiß, eines Alfred Schlosser und nicht zuletzt eines Adolf Osterrider; um nur einige der bekannteren zu nennen.

Auf dem Gebiete der Musik ist es der Steiermark gelungen, eine Akademie nach der Steiermark zu bringen. Auf dem Gebiet der angewandten Kunst muß dieser Kampf mit Wien noch ausgefochten werden, und ich glaube, daß es sich lohnen wird, diesen Kampf mit Wien zu beginnen. Tausende Familien in der Steiermark werden uns dankbar sein dafür, wenn wir es ermöglichen, daß die schöpferische Jugend unseres Landes im eigenen Land ausgebildet werden kann, wenn es uns gelingt, den Eltern die großen Opfer abzunehmen. Es wird noch immer eines Opfers bedürfen, jedoch eines wesentlich kleineren, wenn die Kinder in Graz auf einer Akademie unterrichtet werden können. Hohes Haus, ich bitte Sie und die anwesende Presse und den Rundfunk, unterstützen Sie diesen Kampf für die steirische Bevölkerung, diesen Kampf, den nun die Landesregierung in Wien anzufechten hat und ich glaube, daß es in späteren Jahren zum Ruhm unseres Heimatlandes sein wird, daß wir viele steirische Künstler haben, die das Kulturleben unseres Vaterlandes Österreich bereichern. (Allgemeiner Beifall.)

3. Präsident: Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, möchte ich eine kurze Mitteilung machen.

In der Landtagssitzung am 13. Juni 1962 haben die Abgeordneten Dr. Kaan, Dr. Pittermann, Egger, Ing. Koch, Dr. Rainer, Karl Lackner, Gottfried Brandl, Dr. Assmann und Krempl an den Herrn Landeshauptmann Krainer eine schriftliche Anfrage, betreffend Abhören von Telefongesprächen, gerichtet.

Der Herr Landeshauptmann hat diese Anfrage schriftlich beantwortet. Die schriftliche Beantwortung wurde dem Herrn Landtagsabgeordneten Dr. Kaan als erstunterfertigtem Anfragesteller heute zugemittelt.

Als nächstem Redner erteile ich dem Präsidenten Afritsch das Wort.

Abg. **Afritsch**: Hohes Haus! Ich werde mich bemühen, so kurz und so primär, wie der erste Debattenredner, zu sein. Es wird vielleicht nicht so prägnant sein können und vielleicht nicht ganz so kurz, wie er es gemacht hat. Ich werde mich aber sehr bemühen.

Meine Damen und Herren, ich gestatte mir einige Bemerkungen zu den Vereinigten Bühnen vorzutragen. Der Herr Berichterstatter hat einleitend auch schon das Wesentlichste gesagt. Ich möchte nur noch ergänzend folgendes aussprechen. Der Theaterausschuß der Vereinigten Bühnen, dem ich seit mehreren Jahren als Mitglied angehöre, arbeite — und das kann hier gesagt werden — in der besten Zusammenarbeit und leistet seit Jahren gute Arbeit. 5 Vertreter des Landes und 5 Vertreter der Stadt befinden sich in diesem Theaterausschuß. Als Mitglieder führen Landeshauptmannstellvertreter Dipl. Ing. Udier und Altbürgermeister Dr. Speck abwechselnd den Vorsitz. Ich glaube, das auch aussprechen zu dürfen, daß die Vereinigten Bühnen sehr gut geleitet werden. Intendant Diehl ist ein künstlerischer Leiter, der nicht nur in Graz, sondern in ganz Österreich großes Ansehen genießt. Durch seine vornehme, besonnene Art ist er fast immer in der Lage, auch komplizierte künstlerische und persönliche Fragen zu meistern. Der kaufmännische Direktor Stöckl ist ein tüchtiger, vorbildlicher kaufmännischer Direktor, der das volle Vertrauen — ich glaube das sagen zu dürfen — des Theaterausschusses genießt. Meine Damen und Herren, auch die Zusammenarbeit — und beim Theaterbetrieb ist das wesentlich — auch die Zusammenarbeit dieser zwei Herren, kann als vorbildlich bezeichnet werden. So manches Staatstheater in Österreich — und da denke ich nicht nur an das sogenannte Königreich Karajans — könnte sich in dieser Beziehung ein Beispiel nehmen.

Eine besondere Förderung durch die Vereinigten Bühnen, meine Damen und Herren, genießt die theaterfreudige Jugend durch große Ermäßigungen. Es werden laufend geschlossene Veranstaltungen durchgeführt. Haupt-, Mittel- und Berufsschüler, aber auch die Gewerkschaftsjugend und seit Jahren besucht auch die Landjugend geschlossene Vorstellungen der Vereinigten Bühnen. Es kann eine große Aufgeschlossenheit bei der Jugend festgestellt werden. Sie ist theaterfreudig.

In diesem Zusammenhang darf ich auch auf die Eröffnung und die Vollendung des neuen Schauspielhauses hinweisen, die von der Jugend, nicht nur von der Grazer Jugend, sondern von der gesamtsteirischen Jugend, begrüßt wird.

Hohes Haus! Bei dieser wichtigen Erziehungs- und Kulturarbeit leisten die Theaterbesucherorganisationen eine wertvolle Arbeit, beide Organisationen, die Grazer Theatergemeinschaft und die Theateringemeinschaft. Es ist sehr erfreulich, daß nicht nur die Bevölkerung der Landeshauptstadt Graz das Opernhaus aufsucht, fast täglich kommen Besucher aus allen Bezirken des Landes in großen Autobussen nach Graz, besuchen die Vorstellungen des Theaters, Opern, Schauspiele und Operetten.

Ich möchte auf etwas aufmerksam machen, das auch sehr erfreulich ist. Freilich, bei diesen großen

Leistungen und bei kulturellen Veranstaltungen gibt es halt einmal Ausgaben. Es ist aber doch auch mit Freude und Genugtuung festzustellen, daß die Einnahmen bei den Grazer Vorstellungen in den letzten Jahren erhöht werden konnten. Von 1960 auf 1961 um 523.000 S., von 1961 auf 1962 um 635.000 S.

Auf eine Sache — und die ist wirklich neu — möchte ich aufmerksam machen. Ich möchte berichten, daß in Graz in schönster Zusammenarbeit mit den Vereinigten Bühnen und dem Grazer Stadtschulrat etwas Einmaliges gemacht wurde, einmalig für ganz Österreich. Es geht eine geschlossene Schauspielgruppe in die Klassen der Hauptschulen und ohne Kostüm, ohne Maske und ohne Schminke spielen diese Schauspieler vor den Schülern in den Klassen Szenen aus Theaterstücken. Dadurch werden die Schüler auf den Theaterbesuch vorbereitet, sie finden auch die Begeisterung dafür. Es wurde z. B. im Opernhaus „Der Verschwender“ gegeben. Vorher gingen vier, fünf Schauspieler in die Klassen von Grazer Hauptschulen. Es gab dort eine Einführung und Vorführung einiger Szenen. Das gleiche wurde gemacht bei Nestroy's „Einen Jux will er sich machen“. Der Stadtschulrat und die Vereinigten Bühnen haben die Absicht, das noch größer auszubauen.

Der Herr Berichterstatter hat auf das Schauspielhaus hingewiesen, ich möchte nur mit einigen Sätzen noch folgendes sagen: Die theaterfreudige und kulturell interessierte Bevölkerung, die Jugend und die ältere Generation begrüßen den Bau und warten schon schwer auf die Eröffnung. Ich bringe in Erinnerung, daß die Baukosten ja zu drei Teilen aufgebracht wurden, nicht zu drei gleichen Teilen, die Stadt hat 30% der Baukosten beigesteuert, das Land Steiermark ebenfalls 30% und der Bund hat 40% der Baukosten zur Verfügung gestellt. Der Verein „Rettet das Grazer Schauspielhaus“ hat sich zweifellos hier auch große Verdienste erworben.

Eine Sache, die ich ganz kurz behandeln möchte, geht die Bundesgewerbeschule an. Mein unmittelbarer Vorredner hat schon etwas über diese Schule, Abteilung für angewandte Kunst gesprochen. Selbstverständlich unterstütze ich voll und ganz das, was er gesagt hat, ich möchte nur das, was ich im Auftrage meiner Fraktion in der Finanzausschußsitzung schon vorgebracht habe, doch mit einem Hinweis auch hier bringen, weil die Antwort nicht ganz befriedigend ausgefallen ist. An dieser Abteilung unterrichten neun Lehrkräfte. Und von diesen neun Lehrkräften sind 8 Lehrkräfte, die noch nicht pragmatisiert sind, die Vertragslehrer sind, Künstler sind, anerkannte Lehrer und Künstler, ausgezeichnete Vertragslehrer, vertragliche Berufsschullehrer, und wir regen an und wünschen eben die Überprüfung, ob nicht von diesen 8 Vertragslehrern, die sich schon seit Jahren hier als Lehrer betätigen, einige pragmatisiert werden könnten. Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß es vielleicht Schwierigkeiten gibt, aber es ist ja die ganze Aufstellung im Dienstpostenplan des Landes drinnen und diese Vertragslehrer sind ja steirische Vertragslehrer. Sie werden von uns bezahlt und vielleicht findet sich doch, Herr Landesrat, ein Weg,

daß diese Vertrags-Fachlehrer pragmatisiert werden könnten.

Im Namen der sozialistischen Fraktion möchte ich ein Bekenntnis zur Schaffung der steirischen Musikakademie ablegen. Nach Wien, Salzburg — das haben wir aus den Worten des Herrn Berichterstatters entnommen und auch in den Zeitungen wurde schon ausführlich darüber berichtet — soll nun in Graz im Sommer des Jahres 1963 eine steirische Musikakademie eröffnet werden. Damit würde unser Heimatland Steiermark eine vierte Hochschule bekommen. Zur Grazer Universität, zur Technischen Hochschule und zur Montanistischen Hochschule käme eben die steirische Musikakademie, die auch Hochschulcharakter besitzen wird. Wir verfolgen mit großem Interesse die Entwicklung und begrüßen sehr die Schaffung dieser Musikakademie.

Und schon zum Schluß rege ich an, meine Damen und Herren — was ich jetzt bringe, gehört so halb in die Gruppe 2, aber doch auch zur Gruppe 3 —, die Schaffung eines Förderungspreises des Landes für das beste Jugendbuch, das in einer steirischen Verlagsanstalt herausgebracht wurde und auch einen steirischen Schriftsteller hat. Ich mache aufmerksam, daß das Unterrichtsministerium und auch die Stadt Wien solche Förderungspreise schon seit Jahren eingeführt haben. Dieser Förderungspreis würde die Bestrebungen auf diesem Gebiet, auf dem Gebiet „Kampf gegen Schmutz und Schund“, auf dem Gebiete „Förderung des guten Jugendbuches“ sehr unterstützen. Ich darf sagen, daß in Steiermark der Österreichische Buchklub der Jugend seit Jahren eine große Arbeit leistet. In allen Bezirken des Landes wird hier vorbildlich gearbeitet. Vor kurzer Zeit habe ich bei einer Tagung der Bundesländer gehört, daß sich Steiermark in Österreich an der Spitze befindet. Es gibt aber auch Jugendschriften-Ausschüsse und da darf ich, ohne eine andere Absicht zu verfolgen, auf die Bestrebungen der Stadt Graz und auf die Bestrebungen unseres Stadtschulrates hinweisen, die seit Jahren auch hier sehr erfolgreich arbeiten. Es werden Jugendschriften-Ausstellungen veranstaltet, es werden die Bücher der Jugendbüchereien überprüft, ich darf hier die Erklärung abgeben, daß sich in keiner Schülerbücherei der Grazer Volks- und Hauptschulen ein schlechtes Jugendbuch befindet. Dieser Jugendschriften-Ausschuß des Buchklubs der Jugend — beide Ausschüsse werden ja von Volks- und Hauptschullehrern geleitet — arbeitet hier vorbildlich. Ich rege also den Förderungspreis an für das beste Jugendbuch, das in Graz oder woanders in der Steiermark herausgebracht werden könnte und einen steirischen Schriftsteller zum Autor hat. Gerne, meine sehr verehrten Damen und Herren, stimmt auch die sozialistische Fraktion den Ansätzen der Gruppe 3 „Kultur“ zu. (Allgemeiner Beifall.)

3. Präsident: Zu Worte gemeldet hat sich der Abg. Neumann. Ich erteile es ihm.

Abg. Neumann: Hoher Landtag! Erfreulicherweise, möchte ich sagen, habe ich bei meinen gestrigen Ausführungen in der Generaldebatte das ungeteilte Interesse des Hohen Hauses gefunden. (Abg. B a m m e r : „Ablehnung!“ — Abg. H a n s B r a n d l : „Un-

geteilte Ablehnung!) Ich möchte mir erlauben, heute in der Gruppe 3 die Aufmerksamkeit des Hohen Hauses auf eine Zeit zu lenken, die schon etwas zurückliegt, auf das steirische Gedenkjahr 1959. Dieses steirische Gedenkjahr 1959 anlässlich des hundertsten Todestages Erzherzog Johanns beginnt allmählich in seinem Bestand zu verblassen und zur Geschichte zu werden. Es beginnt aber auch dieses steirische Gedenkjahr seine Früchte zu tragen. Diese Früchte werden sichtbar in der Verschönerung unserer Dörfer und Städte, in der Erneuerung unserer Kulturdenkmäler, in der Aktivierung des Gemeinschaftslebens und in der Aktivierung der schöpferischen, geistigen und kulturellen Kräfte unseres Landes überhaupt. Besonders die steirischen Heimatkreise im steirischen Volksbildungswerk sind es, die sich um all diese Anliegen kümmern und in denen eigentlich dieses Gedenkjahr lebendig weiterlebt. Es ist daher auch eine kulturelle Verpflichtung, daß man all diesen Menschen, die in diesen Heimatkreisen für die Heimat tätig sind, an der Spitze dem Obmann des Volksbildungswerkes, unserem Kulturreferenten Landesrat Dr. Koren, auch von dieser Stelle aus ein herzliches und aufrichtiges Wort des Dankes sagt.

Hoher Landtag! Diese Früchte des Gedenkjahres kommen aber auch im Kulturbudget unseres Landes zum Ausdruck, welches heuer wiederum gegenüber dem Vorjahr eine Erhöhung von 4 Millionen Schilling erfahren hat. Innerhalb des Kulturbudgets können wir feststellen, daß neben den bereits vom Berichterstatter erwähnten Förderungen vom Joanneum, vom steirischen Bühnenwesen, von den Musikschulen, daß im besonderen jene Stellen gut dotiert wurden, die der direkten Förderung des Geistes dienen.

Ich möchte hier im besonderen neben der Förderung der Hochschulen, neben der Förderung der Studentenheime, die steirischen Volksbildungsheime erwähnen. Wir finden wiederum einen Betrag von 3 Millionen Schilling für den Weiterbau des Volksbildungsheimes Maria Lankowitz in der Weststeiermark, welches kurz vor der Dachgleiche steht. Gerade diese Schule ist eine Bildungsstätte, die nicht nur der bäuerlichen Jugend, sondern der gesamten Jugend des weststeirischen Industriegebietes zugute kommt und daher der Tatsache im wahren Sinn des Wortes Rechnung trägt, die hier immer wieder ausgesprochen wurde bei den Budgetdebatten von den einzelnen Rednern, nämlich, daß die Förderung des Geistes ein Anliegen aller Berufsstände ist.

Hohes Haus, es würde aber zu wenig sein, wenn sich dieses Hohe Haus nur um die Errichtung von Bildungsstätten kümmern würde, wenn es nicht auch dafür sorgen würde, daß in diesen Bildungsstätten auch ein geregelter Schulbetrieb gesichert ist. Es war daher eine historische Stunde, als Landeshauptmann Josef Krainer am 2. Februar 1959 der im Stephaniensaal anwesenden steirischen Landjugend verkündete, daß das Land Steiermark beabsichtigt, auch aus Anlaß dieses Gedenkjahres das bäuerliche Fortbildungsweisen, welches bisher auf freiwilliger Basis schon so Großes geleistet hatte, einer dauerhaften gesetzlichen Verankerung

zuzuführen. Dieses bäuerliche Berufsschulgesetz war somit auch irgendwie eine bleibende geistige Tat des Gedenkjahres und in diesem bäuerlichen Berufsschulgesetz beginnt dieses Gedenkjahr auch seine Früchte zu tragen. Seit der Gesetzwerdung hat sich die Schülerzahl in den rund 160 bäuerlichen Fortbildungsschulen von früher 3000 auf über 7000 Schüler und Schülerinnen erhöhen können. Es ist auch das Interesse an der bäuerlichen Berufsschule bei den Lehrern, bei den Schülern und auch bei den Bauern ständig im Steigen begriffen. Es liegt dies sicher auch darin begründet, daß der Lehrplan in diesen bäuerlichen Berufsschulen interessant und vielseitig gestaltet ist. Einer alten Tradition von St. Martin folgend, ist dieser Lehrplan nicht nur abgestimmt auf reine Fachausbildung, sondern ungefähr im Verhältnis von 50 zu 50 auch auf eine entsprechende Allgemeinbildung, in der weisen Erkenntnis, daß heute im 20. Jahrhundert Fachmann sein allein zu wenig ist, sondern man auch Volksmann sein muß, um sich entsprechend behaupten zu können. Wenn man in dieser Zeit jetzt daran geht, diesen Lehrplan für die bäuerlichen Berufsschulen bundeseinheitlich einzurichten, so würde es der bäuerlichen Jugend sehr dienlich sein, wenn man bei diesem neuen Lehrplan auch die großen Erfahrungen von St. Martin, dessen Name heute einen guten Klang im gesamten deutschen Sprachraum besitzt, auch entsprechend berücksichtigt würde.

Hohes Haus, in diesen Früchten und diesen Erfolgen, die dieses bäuerliche Berufsschulgesetz gebracht hat, haben sich allerdings auch in der Praxis einige Schwierigkeiten gezeigt. Nach dem vom Hohen Haus beschlossenen Berufsschülerhaltungsgesetz sind unsere steirischen Gemeinden verpflichtet, auch für die Räumlichkeiten für die bäuerlichen Berufsschulen aufzukommen. Hier muß ich sagen, besteht in manchen Gemeinden noch eine beängstigende Schulraumnot, und zwar vor allem in jenen Gemeinden, wo auch das Volksschulproblem noch nicht zur Gänze gelöst ist und wo noch der pädagogisch so sehr umstrittene Nachmittagsunterricht stattfindet. Es ist in der Praxis oft so, daß kaum ein halber Wochentag für den Unterricht der bäuerlichen Fortbildungsschulen zur Verfügung steht. Ich möchte daher auch die Gemeindeferenten des Hohen Hauses bitten, daß sie an die steirischen Gemeinden appellieren, daß diese wirklich alles unternehmen mögen, um dieser Schulraumnot in den bäuerlichen Fortbildungsschulen ein möglichst rasches Ende zu setzen. Wir wissen, daß das vor allem ein finanzielles Problem darstellt. Es könnte daher auch das Hohe Haus einen kleinen Teil beitragen, dadurch, daß man den Schulbaufonds etwas erhöht, was heute bereits angeschnitten wurde. Ich würde das sehr begrüßen. Und vielleicht auch dadurch, daß man bei der Verteilung der Bedarfszuweisungen auf die finanzschwachen und kleinen Landgemeinden noch mehr als bisher Rücksicht nimmt.

Des weiteren hat sich in der Praxis gezeigt, daß eine Novellierung des Berufsschulgesetzes dahingehend notwendig werden wird, daß man an die Stelle der bisherigen dreijährigen Winterschule die zweijährige Berufsschule setzt. Durch das polytech-

nische Jahr der neuen Schulgesetze, durch das Bundesheer und durch die landwirtschaftlichen Fachschulen, deren Besuch anschließend an die Fortbildungsschulen sehr zu empfehlen wäre, ist die bäuerliche Jugend in eine richtige Zeitnot geraten und es hat sich gezeigt, daß die dreijährige Winterschule einfach zu lang ist.

Eine zweite Schwierigkeit besteht im Gegensatz zu den Volksschulen bei den weiblichen Lehrkräften. Es wird hier der bäuerlichen Jugend in vermehrtem Maße zu sagen sein, daß sich gerade hier in diesem Lehrberuf für sie ein günstiger Zukunftsberuf ergeben kann. Hohes Haus, ein weiterer Schönheitsfehler bei den bäuerlichen Fortbildungsschulen besteht auch noch darin, daß der Bund bis heute kein Grundsatzgesetz für die bäuerlichen Fortbildungsschulen beschlossen hat. Es wird daher höchste Zeit sein und sicher auch eine der ersten Aufgaben der neuen Regierung sein, wenn sie doch noch zustande kommen sollte, daß sie sich allen Ernstes mit dieser Frage der bäuerlichen Fortbildungsschulen befaßt.

Hoher Landtag, im allgemeinen müssen wir sagen, daß sich die beiden bäuerlichen Schulgesetze, sowohl das Schulerhaltungsgesetz wie auch das Pflichtschulerhaltungsgesetz, in der Praxis bis auf die aufgezeigten kleinen Mängel bestens bewährten, und ich glaube, wir können sagen, wenn sich heute Hofrat Steinberger, der Begründer und Bahnbrecher bäuerlicher Fortbildung, wenn er sich heute von seiner friedlichen Grabstätte am Fuße des Zirbitzkogels erheben könnte, dann könnte er sich über die weitere Entwicklung seines Lebenswerkes herzlich erfreuen. Ich glaube wir haben allen Grund dazu, daß wir Sorge tragen, daß der Geist von St. Martin, den Hofrat Steinberger gelegt hat, daß dieser Geist auch in der gesetzlichen Regelung des bäuerlichen Berufsschulwesens in seinem vollen Umfang erhalten bleibt.

Allen aber, die zu dieser guten Entwicklung im bäuerlichen Berufsschulwesen beigetragen haben, möchte ich auch heute noch einmal von dieser Stelle aus recht herzlichen Dank sagen. Wie schon erwähnt: dem Herrn Landeshauptmann, dem Landeskulturreferenten, dem Landwirtschaftsreferenten der Landesregierung, die bei der Gesetzwerdung Pate gestanden haben. Ich möchte auch danken, dem Direktor Kalbacher von St. Martin, der mit viel Schwung dieses bäuerliche Fortbildungswesen führt. Ich möchte danken der Steiermärkischen Landwirtschaftskammer, die hier gedeihlich mit St. Martin zusammenarbeitet. Ich möchte danken all den Lehrern und ich möchte danken der Landjugend, den Schülerinnen und Schülern, die diese Gesetze mit ihrem Bildungshunger mit entsprechendem Leben erfüllen.

Das Hohe Haus hat durch diesen Gesetzesbeschluß nicht nur eine bleibende geistige Tat aus dem Gedenkjahr geschaffen, sondern es hat auch einem Zitat Erzherzog Johanns Rechnung getragen, der einmal in seinem Tagebuch aussagte: „Gebt der Jugend zuerst die Bildung, vieles andere wird ihr dann von selbst zufallen.“ Die Jugend des Landes ist auf breiter Front angetreten, wie die Zahlen es beweisen, diese Bildungsmöglichkeiten zu nutzen,

an dieser wichtigen Waffe des Geistes zu schmieden und daß sie es auch in der Zukunft tue, daß sie in einem friedlichen, geistigen Wettstreit dafür kämpft und arbeitet, daß ihr auch in der Zukunft ein gesicherter Platz in unserem Lande, ein gesicherter Platz in einem neuen Europa, in einem freien Europa erhalten bleibt, dazu sei sie auch von dieser Stelle aus aufgerufen. Es hat heute öfters durchgeklungen, daß wir dieses neue Europa nicht nur durch einen erhöhten Fleiß, durch eine vernünftige Politik, sondern auch durch eine erhöhte geistige Initiative bauen werden. Möge also weitere geistige Initiative von diesem Kultur-Budget, von den kulturellen Bestrebungen des Hohen Hauses ausgehen, und zwar so, daß spätere Generationen, wenn sie den zweihundertsten Todestag Erzherzog Johann feiern, sagen können, daß das Licht des Geistes, welches vom hundertsten Todestag Erzherzog Johann ausging, hineinleuchtete in das zweite Jahrhundert und weitere, reichliche Früchte getragen hat. (Beifall.)

3. Präsident: Als nächstem Redner erteile ich das Wort dem Abgeordneten DDr. Hueber.

Abg. DDr. Hueber: Hoher Landtag, sehr geehrte Damen und Herren! Der Herr Berichterstatter hat schon hervorgehoben, daß das Land Steiermark sein Kulturwesen mit einer Ausgabe von über 46 Millionen Schilling im ordentlichen Haushalt dotiert. Es ist dies, meine Damen und Herren, zweifellos eine sehr beachtliche Summe, wiewohl es in Ansehung des Gesamtbudgets nicht mehr als 3% des Gesamtvolumens darstellt. Man zeigt dafür nicht überall Verständnis, und zwar für eine solche Kulturausgabe. Ich erinnere mich, als auch wir Abgeordnete unter der Devise „Rettet das Schauspielhaus!“ gesammelt haben, daß uns dort und da der Zuruf erteilte „Bauen Sie lieber Wohnungen als daß Sie für das Schauspielhaus sammeln!“ Nun, Wohnungen werden auf Grund des heurigen Budgets ohnehin gebaut. Wir werden das in der Gruppe 6 hervorheben können und auch der Hoffnung Ausdruck geben müssen, daß die steirische Bauwirtschaft den Betrag, der für den Wohnungsbau ausgeworfen wird, überhaupt verkraften kann. Aber ich glaube, daß man, um solchen Einwendungen zu begegnen, für die kulturelle Bedeutung Österreichs in breiten Bevölkerungskreisen zunächst einmal werben müßte, daß man das Verständnis in solchen Bevölkerungskreisen für die Wichtigkeit dieser Ausgaben erst so richtig erwecken müßte. Österreich war zweifellos einmal eine politische Großmacht. Das war es in der Monarchiezeit oder, denken Sie gar an die Zeit, als ein österreichisches Herrscherhaus die Kaiserkrone des Heiligen Römischen Reiches trug, die in der Schatzkammer aufbewahrt wird, an die Zeit, wo ein Habsburger einmal sagen konnte, daß in seinem Reich die Sonne gar nicht untergeht. Das war eine Weltmachtstellung und von dieser Weltmachtstellung ist dann, sagen wir, immerhin eine politische Großmachtstellung in der Zeit der Österreichisch-ungarischen Monarchie übriggeblieben. Von dieser politischen Großmachtstellung ist dann eigentlich nur mehr eine kulturelle Großmachtstellung übriggeblieben.

Heute, meine sehr geehrten Damen und Herren, sind wir drauf und dran, diese kulturelle Großmachtstellung auch schon zu verlieren, sie ist bereits auf das Allerschwerste erschüttert. Sie ist deshalb auf das Allerschwerste erschüttert, weil der Bund sich offenbar dessen noch nicht bewußt ist, daß er die Wissenschaft und die Forschung entsprechend zu fördern hat und daß insbesondere der Notstand der österreichischen Hochschulen behoben werden muß. Wenn mein Fraktionskollege Scheer den Notstand der Hochschulen schon als chaotisch bezeichnet hat, und nur das hat er als Chaos bezeichnet, Herr Kollege Neumann, so ist mit dem bestimmt nicht zu viel gesagt. So ist das keine Übertreibung mehr, wenn man weiß, wieviel Hörsäle überbelegt sind, daß für 50.000 Hörer überhaupt nur 20.000 Hörer fassende Hörsäle zur Verfügung stehen, wenn man den Notstand kennt, über den auch der Herr Landeshauptmann in seiner jüngsten Rundfunkrede am vergangenen Montag der steiermärkischen Bevölkerung berichtet hat. Es ist auch diese Studenten-Demonstration, die vor dem Parlament vor sich gegangen ist, nichts anderes, als die höchste Alarmstufe, die auf einen Zustand hinweisen soll, der der dringendsten Abhilfe bedarf. Es ist zweifellos nichts Neues, wenn ich jetzt nochmals hervorhebe, daß die Hohe Bundesebene bei ihrer Budgetierung einmal zu einer Rangordnung der Werte kommen muß. Daß es also nicht genügt, Geld für soziale, für wirtschaftliche Zwecke allein zur Verfügung zu stellen und daß man die kulturellen Zwecke hinten anreihen kann, sondern daß es sich hier bei der Dotierung des Kulturwesens ja um die Dotierung der Träger des eigentlichen Fortschrittes handelt. Denn es würde um die wirtschaftlichen Fortschritte, um die sozialen Fortschritte alsbald schlecht bestellt sein, wenn man es verabsäumen würde, die künftigen Träger des ganzen Fortschrittes, also die auf Hochschulen Studierenden so zu vernachlässigen. Ich weiß, daß ich damit hier im Hohen Haus offene Türen einrenne und ich weiß auch, daß die Landesmittel nicht hinreichen, für das aufzukommen, was der Bund verabsäumt hat, aber ich glaube, daß man auch in diesem Hohen Haus an die Verantwortlichen auf der Hohen Bundesebene appellieren muß, hier endlich einmal in letzter Stunde Wandel zu schaffen.

Ich möchte aber zur Demonstration der Studenten in Wien noch etwas sagen: Die Polizei hat sich dort bei dieser Demonstration wirklich sehr einsichtsvoll verhalten, wesentlich anders, wie das in Graz der Fall war. (Abg. Dr. Pittermann: „Sehr richtig!“) Ich möchte das hervorheben, und zwar im positiven Sinne hervorheben. (Dr. Pittermann: „In Wien haben sie Nummern und bei uns haben sie keine Nummern!“) Aber, meine Damen und Herren, ich möchte auch noch sagen, daß diese Meinung nicht überall geteilt wird. Ich war wirklich überrascht, als ich ausgerechnet in den „Salzburger Nachrichten“ einen förmlichen Brandartikel über die Laxheit der Polizei gelesen habe, dann ist aber auch unser Fraktionsobmann im Nationalratsklub, der Herr Nationalrat Dr. Gredler, angegriffen worden, weil er vom Parlament aus gesprochen hat (Landeshauptmann Krainer: „Er hat eine Propagandarede halten wollen!“), jedenfalls man hat das

alles angeprangert und erklärt, „wo bleibt der Rechtsstaat?“ Sie sehen, wie immer es die Polizei macht, scheint es offenbar immer wieder Leute zu geben, die das für falsch erachten. Ich möchte daher in diesem Hohen Hause sagen, daß sich zum Unterschied von der Grazer Polizei die Wiener Polizei sehr einsichtsvoll und verständnisvoll gegenüber den Studenten verhalten hat. Denn, wie gesagt, es war das ein Notruf, ein Alarm, und daß ein solcher mit Nachdruck erhoben werden muß, darüber sind sich die gelehrten Österreicher einig. Die gelehrten Österreicher wissen schon, daß das dazu gehört, denn wer sich nicht rührt, der wird allzu leicht überhört. (Landesrat Prirsch: „Der gelehrte Österreicher schon, aber der Jurist kommt da in einen Zwiespalt, kommt mir vor!“) Sagen Sie nicht, verehrter Herr Landesrat, daß zwei Seelen in meiner Brust sind. Es sind Demonstrationen während der Tagung der gesetzgebenden Körperschaften untersagt, man soll hier nicht unmittelbar versuchen einzuwirken. Aber es war nicht so, daß man gleich die Gummiwurst herausziehen mußte. Ich glaube, es gibt manche, die bedauern, daß nicht mit der Gummiwurst, so wie das schon geschehen ist, auf die demonstrierenden Studenten losgeprügelt wurde. Das ist alles, was ich dazu sagen wollte.

Nun, meine Damen und Herren, wenn wir schon bei der Großmachtstellung Österreichs sind, so möchte ich freudigen Herzens hervorheben, daß Österreich auf dem Gebiete der Musik unbestreitbar Großmacht geblieben ist. So sind die Leistungen der Wiener Philharmoniker unüberbietbar, ja die ganze Welt steht unter dem Eindruck der einmaligen musikalischen Leistungen der Wiener Philharmoniker. Ich darf auf das jüngst erschienene Buch des bekannten Musikschriftstellers, Professor Alexander Witetschnig, verweisen, auf sein Erinnerungsbuch über die Reise der Wiener Philharmoniker, die in Moskau begonnen hat und dann über Leningrad, Oslo, Stockholm, Kopenhagen und Hamburg über London nach Paris führte. Ein kleines Land hatte sein weltbekanntes, repräsentatives Orchester zur Erfüllung einer großen, völkerverbindenden Mission ausgesandt, zum erstenmal auch in zwei Städte hinter dem Eisernen Vorhang, in denen zwar nicht für Mozart, Beethoven und Richard Strauss, aber für Anton Bruckner, den Verkünder des Gottesglaubens in Tönen, Neuland zu erobern war. Es wurde für die Wiener Philharmoniker zum größten Erlebnis auf ihrer Tournee, daß sie in Moskau einen Sieg mit Bruckners Siebenter erstritten konnten.

Meine Damen und Herren, dieser Bericht, der den Titel „Diesen Kuß der ganzen Welt“ trägt, ist doch irgendwie erhebend. Wir sind auf diesem Gebiet zweifellos eine in der ganzen Welt unerreichte kulturelle Großmacht und es ist nicht zuviel gesagt, wenn in diesem Bericht die Wiener Philharmoniker als musische Botschafter Österreichs bezeichnet werden. Meine Damen und Herren, sie sind im wahrsten Sinne des Wortes Botschafter, sie sind meines Erachtens erfolgreicher und größere Diplomaten, wie alle die Herren im ganzen diplomatischen Dienst. Man könnte jeden österreichischen Außenminister, wer er nun sein wird (Zwischenruf von der SPO: „Karajan!“), das steht noch

offen, empfehlen, die Wiener Philharmoniker mitzunehmen, zuerst sie konzertieren lassen und dann erst in Verhandlungen treten. Ich glaube, daß jene Länder, in denen einmal unsere Philharmoniker musiziert haben, unsere Wünsche nicht abschlagen werden können.

Meine Damen und Herren, ich möchte nur noch in diesem Zusammenhang zum Ausdruck bringen, wie sehr auch wir von der Freiheitlichen Partei Österreichs es begrüßen, daß nunmehr in Graz, und zwar bereits im Sommer des nächsten Jahres, eine Musikakademie errichtet wird. Wir erwarten von dieser Musikakademie nicht nur die Ausbildung eines hochqualifizierten Nachwuchses, sondern auch eine Bereicherung des ganzen Musiklebens im Lande. Wir stellen der Hohen Landesregierung und dem Hohen Landtag anheim, dieser Musikakademie jede nur mögliche Förderung zuteil werden zu lassen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch einige Worte zu dem steirischen Theater- und Bühnenwesen sagen, das ich bewußt als steirisches Theater- und Bühnenwesen und nicht etwa nur als Grazer Theater- und Bühnenwesen bezeichne. Dieses steirische Theater- und Bühnenwesen hat einen leistungsmäßig beachtlichen Stand und ich kann den Ausführungen des Herrn Präsidenten Afritsch nur vollinhaltlich beipflichten. Es besteht allerdings in finanzieller Hinsicht eine sehr leidvolle Diskrepanz zwischen der Dotierung der steirischen Bühnen und zwischen der Dotierung der Staatstheater, die wir ruhig mit mindestens 200 Millionen Schilling beziffern können. Ich glaube, wenn wir auch noch die versteckten Subventionen mit einkalkulieren, so ist die Dotation mit 200 Millionen Schilling keineswegs zu gering veranschlagt. Es wäre hier wohl Aufgabe der Bundesebene, auch das steirische Theater- und Bühnenwesen entsprechend mitzusubventionieren, denn wo bekommen die Bundestheater denn letzten Endes den Nachwuchs her, als wie von den steirischen Bühnen. Wir neiden den Wienern keineswegs ihre hervorragenden Theater, wir wissen, daß das so quasi das kulturelle Aushängeschild der ganzen österreichischen Republik ist, die Wiener Oper und das Burgtheater, aber wir sind der Meinung, es dürften keineswegs die Bühnen der zweitgrößten Stadt der Republik und darüber hinaus des ganzen Steirerlandes in finanzieller Hinsicht so benachteiligt werden.

Meine Damen und Herren, vor zwei Jahren habe ich einen Ruf nach Klassikeraufführungen in diesem Hohen Hause an die Intendanz ergehen lassen. Ich muß hervorheben, daß dieser Ruf nach Klassikeraufführungen erfüllt wurde. Es haben die steirischen Bühnen seither Klassikeraufführungen gebracht und der Besuch derselben, insbesondere seitens der Jugend, hat wohl eindeutig bestätigt, daß dieser Ruf am Platze war, wiewohl er dort und da nicht nur der Kritik, sondern sogar der Bewitzelung unterlegen ist. Meine Damen und Herren, ich möchte zum Verständnis dieser meiner Forderung nach Klassikeraufführungen doch noch einiges sagen, weil auch hier das Verständnis doch nicht allseits in jenem Maße gegeben ist, wie man es förglich erwarten könnte. Das heutige Geistesleben

ist — ohne nun etwa jetzt Spengler zu zitieren oder gar den Untergang des Abendlandes zu prophezeien — in das Stadium der Zivilisation oder, wenn Sie wollen, in das Stadium „der Sachkultur“ eingetreten. Diese Zivilisation erschöpft sich keineswegs, verehrter Herr Berichterstatter, in der Warmwasserleitung oder etwa gar im WC, sondern es sind hier enorme Leistungen zu verzeichnen, denken Sie nur an die Erschließung und friedliche Auswertung der Atomkraft, denken Sie an die Raketentechnik, an die gigantische Erschließung des Welt- raumes. Es ist damit keineswegs ein Bedauern ausgesprochen, daß sich, wenn ich so sagen darf, die geistigen Schöpfungskräfte der modernen Zeit diesen Gebieten zugewendet haben. Es ist ja das Wesen des Geistes, daß er eben beliebig wandelbar ist, er könnte ja sonst nicht frei sein, wenn er nicht solcher Wandlungen fähig wäre. Es ist auch heute so, daß wir kaum mehr in der Jetztzeit jene klassischen Kunstwerke zu erwarten haben, wie wir sie aus einer zurückliegenden Zeit übernommen haben. Unsere geistige Elite hat sich eben der Technik zugewandt, es sind die Techniker, die Naturwissenschaftler, und wenn Sie sich auf das Gebiet des Sozialen und Wirtschaftlichen begeben, die Organisatoren und die Wirtschaftsmanager, also jedenfalls nicht die großen Künstler, die dieses Zivilisationsstadium charakterisieren, in dem wir uns heute befinden. Das ist kein Werturteil, ich hebe das noch einmal hervor, das ist eine Tatsache, die wir zu vermerken haben. Und weil wir uns in diesem Stadium der Zivilisation befinden, gerade deshalb bedürfen wir sozusagen zum inneren Ausgleich der Anteilnahme an den erhabenen Werken der klassischen Kunst. Insbesondere ist dies für die heranzubildende Jugend erforderlich, die seit eh und je aufgeschlossen ist für das Erhabene, das die Klassik auf allen Gebieten der Kunst geschaffen hat. Es beweist das Interesse der Jugend an der Klassik nicht allein, wie schon hervorgehoben wurde, der ausgezeichnete Besuch von Klassikeraufführungen, sondern es gibt da noch einen besseren Beweis, und der ist die Auflagezahl der Taschenbücher. Meine Damen und Herren, wenn Sie glauben, daß an der Spitze der Auflagezahl der Taschenbücher, also der billigen Broschüren, etwa die Krimis stünden, oder sagen wir, gewisse Liebesromane, so wäre das völlig falsch. Weit aus an der Spitze der Auflagezahl der Taschenbücher stehen die Klassiker. Damit sehen Sie, daß wirklich ein echtes Interesse für die Klassik bei unserer Jugend besteht.

Noch ein paar Worte, meine Damen und Herren, im Zusammenhang mit dem Theaterwesen hinsichtlich der Sommerspiele. Ich habe dieses Thema schon anlässlich meiner Rede im Steiermärkischen Landtag vor zwei Jahren angeschnitten, aber auch dieses Jahr im Finanzausschuß. Die Sommerspiele, die sich nunmehr bescheiden nicht mehr „Sommerfestspiele“, sondern eben nur mehr „Sommerspiele“ nennen, sind meines Erachtens noch durchaus unbefriedigend. Wir verzeichnen es dankbar, wenn man Gastspiele aufführt und wenn man dazu ganze Ensembles engagiert, aber das kann nicht der Sinn der Veranstaltung von Sommerspielen oder gar von Sommer-Festspielen sein. Der Sinn von Sommer-Festspielen ist meines Erachtens, einen Höhe-

punkt zu schaffen, einen Höhepunkt für das Kulturleben der Steiermark. Deswegen ist ja auch, wie der Herr Abg. Dr. Stepantschitz schon hervorgehoben hat, im Finanzausschuß die Anregung gefallen, doch das ganze Kulturschaffen zusammenzufassen, also die steirische Akademie, die der Herr Landesrat Koren dankenswerterweise ins Leben gerufen hat, mit den Sommerfestspielen zu verbinden und dem Ganzen auch eine richtige Festspiel-Idee zu geben. Dazu, meine Damen und Herren, bedarf es aber einer eigenen Einrichtung, die sich dem widmet, dazu bedarf es eines Festspiel-Ausschusses, da kann man nicht die Durchführung der Sommerspiele einfach den Städtischen Bühnen überlassen. Ja, durchführen müssen sie das sowieso, aber das Entscheidende sind dabei nicht die Gastspiele oder gar die fremden Ensembles, sondern es sollen Höchstleistungen des eigenen Ensembles sein. Schauen Sie, das, was man Karajan meines Erachtens mit Recht zum Vorwurf macht, ist, daß er aus der Wiener Oper sozusagen ein Welttheater schaffen will, mit international zusammengesetzten Kräften, mit denen er dann seine Aufführungen nicht nur in Wien, sondern in Mailand, in Paris, in Nordamerika und Südamerika bewerkstelligt. Das macht man ihm zum Vorwurf, weil man sagt, es käme dadurch die Wiener Staatsoper selbst nicht mehr zum Tragen. Bitte, das macht man ihm zum Vorwurf und es steht vor allem uns nicht zu, hier im Steiermärkischen Landtag darüber zu urteilen. Ich meine aber, daß die steirischen Bühnen und das steirische Konzertleben anlässlich dieser Festwochen einen Höhepunkt ihrer Leistungen darbieten sollten, das, was eben höchster Ausdruck des Steirischen Kulturschaffens sein möge. Und um das Ganze vorzubereiten, braucht man wohl einen Festspielausschuß, der sich aus Fachkräften zusammensetzt. Ich gehe sogar so weit, daß auch der Referent für den Fremdenverkehr da mit hineingehört, denn es sollen ja diese Festspiele auch die Fremden in unser Land bringen. Was ich hier sage, das ist meine persönliche Meinung, ich spreche jetzt keineswegs im Namen der FPÖ-Fraktion. Wir sind freiheitlich genug, daß jeder in solchen Dingen seine eigene Meinung hat und ich rege nochmals an, diese Sommerspiele von Ende Juni bis Anfang Juli, also von diesen schwülen Wochen in den Herbst zu verlegen, etwa in die zweite Septemberhälfte. Es sollen angeblich Schwierigkeiten sein, darüber müssen Fachleute befinden. Man sagt, Schwierigkeiten wegen der Urlaube, aber ich möchte dem entgegenhalten, daß es doch möglich wäre, 14 Tage früher mit den Urlauben im Theater zu beginnen und 14 Tage früher mit dem Urlaub zu beschließen bzw. 14 Tage früher mit der Spielsaison zu beginnen. Der Herbst, meine Damen und Herren, ist die hohe Zeit der Steiermark. Im Juli und August bringen wir, auch mit den besten Aufführungen, mit den besten Kräften, kaum Fremde nach Graz. Da sind uns auf Grund ihrer Landschaft und auf Grund ihrer Seen Salzburg und Vorarlberg weitaus überlegen. Wir Steirer haben den Fremden eine Landschaft zu bieten, die zweifellos am schönsten, ja geradezu unübertreffbar im Herbst ist. Wenn wir daher vor der Eröffnung der Grazer Herbstmesse, gegebenenfalls auch

in die Messezeit hinein die Festspiele durchführen, und wenn wir da alle Kulturleistungen zusammenfassen, also auch die Leistungen der steirischen Akademie, wenn in dieser Zeit eine Konzentration des ganzen steirischen Kulturschaffens erfolgt, dann glaube ich, daß aus solchen Festspielen eine echte Attraktion wird und daß damit auch ein wirtschaftlicher Erfolg für die Steiermark verbunden ist.

Meine Damen und Herren, nur zum Abschluß noch ganz kurz ein Wort über die steirische Landesbibliothek. Zu den Bildungseinrichtungen des Landes Steiermark gehört auch die Landesbibliothek, die irgendwie unverdienterweise einen Dornröschenschlaf führt und zumindest hier im Hohen Hause aus diesem Schlaf erweckt werden soll. Die steirische Landesbibliothek verfügt über 400.000 Bände. Diese stehen nicht etwa nur einer Spezialgruppe zur Verfügung, sondern der Allgemeinheit. Es werden über 40.000 Entlehnungen im Jahr verzeichnet, und was vielleicht einmalig ist, es erfolgt auch das Ausleihen der Bücher im Wege der Versendung. In die ganze Steiermark werden diese Bücher der Landesbibliothek versandt. Bei einem Gesamtaufwand von 2,2 Millionen Schilling für die Landesbibliothek besteht eine Dotation von nur 375.000 S für die Bücheranschaffung. Meine Damen und Herren, der Betrag ist zu gering, wenn Sie einmal die bedeutende Buchpreissteigerung ins Auge fassen, zum anderen auch den großen Bedarf an Büchern, denken Sie insbesondere an die studierende Jugend, die eben angewiesen ist, auf das Entleihen von Büchern in öffentlichen Bibliotheken, weil weder sie, noch ihre Eltern in der Lage sind, die teuren Bücher zu kaufen. Ich darf darauf hinweisen, daß die Grazer Universitätsbibliothek im Jahre 1961 eine Bücherdotation von 1.171.000 S erhalten hat. Das ist das Dreifache von dem, was der Landesbibliothek zur Verfügung steht. Man hat mir im Finanzausschuß erklärt, daß für 1963 eine Aufstockung nicht mehr möglich ist, aber ich bitte daher, im nächsten Jahr eine Aufstockung vorzunehmen, um diesem, meines Erachtens gerechtfertigten Erfordernis im Budget 1964 Rechnung zu tragen.

Mit der Bitte, das Kulturleben in der Steiermark noch mehr zu fördern, wie dies bereits heuer geschehen ist, werden wir Freiheitlichen den Ansätzen der Gruppe 3 gerne unsere Zustimmung geben.

1. Präsident: Zu Worte gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Leitner.

Abg. Leitner: Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Das Land Steiermark erhöht seine Ausgaben für Kulturzwecke von 44,6 Millionen Schilling auf 46,6 Millionen Schilling. Das Land Steiermark hat durchgesetzt, daß eine Musikakademie geschaffen und ein neues Schauspielhaus gebaut wird. Das ist eine anerkanntswerte Entwicklung. Trotzdem muß man sehen, daß der Anteil für Kultur am Gesamtbudget nur 3 % ausmacht. Der Herr Abgeordnete Dr. Kaan hat einmal richtig bemerkt, daß es ein trauriges Leben wäre, wenn auch im persönlichen Lebensbereich des Menschen nur 3 % der Kunst, der Entspannung und der Freude gewidmet würden. Wir glauben, daß es nicht nur notwendig wäre, daß das Land mehr für Kulturzwecke

ausgibt, sondern daß auch der Bund die Verpflichtung hätte, vor allem Graz in seinen Bestrebungen zu unterstützen. Die Vereinigten Bühnen in Graz erhalten vom Land Steiermark 10 Millionen Schilling, vom Bund bekommen sie nur einen Zuschuß von 3,3 Millionen Schilling. So wie Graz auf allen anderen Gebieten vom Staat benachteiligt wird, geschieht es auch bei der Kultur. Es wurde hier schon angeführt, daß die fünf Wiener Bundestheater eine Subvention von über 140 Millionen Schilling erhalten und daß viele Millionen Jahr für Jahr Salzburg für die Festspiele erhält, Graz, die zweitgrößte Stadt Österreichs bekommt viel zu wenig und das ist der Grund, warum es auf dem Kultursektor in Graz die größten Schwierigkeiten gibt.

Das Grazer Philharmonische Orchester, das in Graz und darüber hinaus in der ganzen Steiermark eine große Aufgabe zu erfüllen hat, ist in seinem Bestand gefährdet, weil sich der Österreichische Rundfunk weigert, das Grazer Philharmonische Orchester, so wie es in den früheren Jahren der Fall war, ins Programm aufzunehmen und ihm ein Betrag von mindestens 1 Million Schilling entzogen wird. Der Bestand des philharmonischen Orchesters ist aber auch für die Ausbildung und die berufliche Betätigung vieler steirischer Musiker und für das Kulturleben in der Steiermark von größter Bedeutung.

Die Einschränkung des Rundfunks bedroht nicht nur das philharmonische Orchester, sondern auch die Existenz vieler in der Steiermark beheimateter Künstler. Sie haben bisher die Möglichkeit gehabt, viel stärker im Radio aufzutreten, dort mitzuarbeiten und es war möglich, die steirische Eigenart viel stärker im Radio zur Geltung zu bringen. Die Programmeinschränkung wird als Druckmittel für die geplante Verdoppelung der Radiogebühren benutzt. Unserer Meinung nach ist eine Radiogebührenerhöhung nicht gerechtfertigt. Soweit Einsparungen möglich sind — und wir glauben, daß dies der Fall ist —, soll man diese nicht beim Programm und bei den Künstlern durchführen, sondern Doppelbesetzungen bei gut dotierten Proporzposten streichen. Man wird nicht darüber hinwegkommen, den Rundfunk als einen entscheidenden Träger für die Vermittlung von Kunst, Kultur und Wissenschaft tatkräftig zu subventionieren. Das ist auch deshalb notwendig, weil Radio und Fernsehen Mittel sind, die Kultur, Wissenschaft und Kunst in die breitesten Kreise und in die entferntesten Gebiete unseres Landes hineinragen.

Der österreichische Film liegt total darnieder. Es gibt kaum noch eine eigene nennenswerte österreichische Filmproduktion und die österreichische kulturelle Eigenart mußte dem ausländischen Einfluß, vor allem westdeutschen Einfluß, weichen. Vielen österreichischen Künstlern wird dadurch Betätigung und Lebensmöglichkeit genommen. Es geht nicht an, daß sich Österreich in der Welt als „Musikgroßmacht“ feiern läßt, während sehr viele österreichische Künstler, um überhaupt leben und arbeiten zu können, gezwungen sind, ins Ausland zu gehen. Soweit sie in Österreich bleiben, haben sie eine sehr niedrige Bezahlung und leben von der

Hand in den Mund, von Saison zu Saison. Dieser Zustand wird trotz Konjunktur und Vollbeschäftigung nicht besser, sondern schlechter. Ich möchte das Hohe Haus besonders hinweisen auf die Lage der alten und berufsunfähigen Künstler und solche gibt es auch bei uns in der Steiermark, die oft in einer solchen wirtschaftlichen Lage sind, daß sie sich bei Hilfsaktionen für ein Kilo Zucker oder ein Kilo Reis, die sie bekommen, zu ihren zuständigen Stellen bedanken kommen. Wenn man Musik-Großmacht sein will, wenn man Kultur, Kunst und Wissenschaft sehr, sehr groß schreibt, dann ist es bestimmt nicht ehrend für Österreich und auch für die Steiermark, daß man die alten Künstler und solche, die aus verschiedenen Gründen berufsunfähig geworden sind, unter Umständen leben läßt, die nicht mehr als menschenwürdig anzusprechen sind. Die höchste Rente, die solche Künstler bekommen — das stammt aus dem Bericht des Gewerkschaftstages — beträgt 900 S. Das ist die höchste Rente. Mit einer solchen Rente braucht man nicht verhungern, aber leben läßt es sich damit nicht. Dieser Zustand ist eine krasse Unterbewertung der künstlerischen Leistung und müßte ebenso geändert werden. Wir Kommunisten unterstützen voll und ganz die Forderungen der Künstler. Sie haben auf Grund ihrer Situation und ihrer Lage ein ganzes Bukett von Forderungen und jede einzelne dieser Forderungen ist nicht überzogen und müßte auch, soweit diese in die Kompetenz des Landes fallen, vom Landtag, vom zuständigen Referenten behandelt und weitestgehend berücksichtigt werden. Die Künstler in der Steiermark fordern die Beseitigung der Programmeinschränkung des Senders Graz und daß der Steiermärkische Landtag ein Berufsschutzgesetz für sie beschließt. Darüber hinaus muß das ASVG den besonderen Gegebenheiten des Musikerberufs angepaßt werden und für die sogenannten „freien Mitarbeiter“ von Radio und Fernsehen dieselben sozialen Bestimmungen zugestanden werden, wie für die anderen Berufsgruppen. Dringlich geboten ist die Gewährung der Berufsunfähigkeitsrente mit der Möglichkeit einer Zusatzpension, eine Arbeitszeitverkürzung für die in den Theatern beschäftigten Kräfte, eine initiativ Förderung und ausreichende, finanzielle Unterstützung junger Menschen, die dem künstlerischen Beruf zustreben, die Schaffung einer gesetzlichen Basis für die Erhaltung der Theater in den Bundesländern, so wie es auch in Wien der Fall ist, eine bessere Sicherung gegen die Invasion ausländischer Kräfte durch die Beseitigung der aus der NS-Zeit stammenden Vorschriften. Den Abgeordneten, die sich besonders einsetzen, um Österreich möglichst schnell an die EWG anschließen möchten, will ich noch sagen, daß eine Freizügigkeit des Arbeitsmarktes, wie sie innerhalb der EWG herrscht, katastrophale Folgen für einen Großteil unserer Künstler haben würde. Es wäre dann dem Belieben der Direktoren der verschiedenen Unternehmen vorbehalten, welche Künstler sie beschäftigen, in- oder ausländische. Das ist auch die einmütige Meinung der in der Steiermark gewerkschaftlich organisierten Künstler. Ich ersuche nochmals den Landtag und die zuständige Abteilung, sich mit diesen Fragen zu beschäftigen und auch auf die Förderung und Unter-

stützung der noch lebenden Künstler größten Wert zu legen, weil sie es ja sind, die die Kunst interpretieren und weiterentwickeln.

Präsident: Zu Wort hat sich gemeldet der Herr Abg. Fellingner. Ich erteile es ihm.

Abg. Fellingner: Meine Ausführungen gehören zum Teil Kultur. Es wurde hier ausführlich über die Grazer Bühnen gesprochen und ihre kulturelle Bedeutung festgestellt. Ich erlaube mir heute, die Tätigkeit der Grazer Bühnen von einer anderen Warte zu beleuchten. Es ist allgemein bekannt, daß die Grazer Bühnen in 15 verschiedenen steirischen Orten jährlich mehr als 100 Gastspiele durchführen und damit auch vor allem der arbeitenden Bevölkerung die Möglichkeit geben, am Bühnengeschehen kulturellen Anteil zu nehmen.

Für diese Bespielung von seiten der Grazer Bühnen wurden auch in verschiedenen Orten Theatersäle und entsprechende Räume im ganzen Land verstreut geschaffen. Vor allem in Leoben, Judenburg und Knittelfeld wurden neben Schauspielen auch Opern und Operetten aufgeführt. Diese auswärtigen Aufführungen bedeuten für die Künstler und das Personal der Vereinigten Bühnen große Anstrengungen. In alle Orte müssen Requisiten, Kostüme und Dekoration transportiert werden. Oft überschreitet die Mitwirkendenzahl 100. Ich erachte es als besonders wichtig von dieser Stelle aus den Künstlern und dem gesamten Personal der Grazer Vereinigten Bühnen für ihre aufopferungsvolle Arbeit und für ihre großen persönlichen Leistungen den aufrichtigsten Dank auszusprechen. Durch die Übernahme besonderer Belastungen ermöglichen die Künstler und das Personal der Vereinigten Bühnen einem großen Kreis der steirischen Bevölkerung die Anteilnahme am kulturellen Geschehen unseres Landes.

Präsident: Das Schlußwort hat der Herr Landeskulturreferent Dr. Koren. Ich erteile ihm das Wort.

Landesrat Univ.-Prof. Dr. Koren: Hoher Landtag! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Bei der vorjährigen Budgetdebatte im Dezember 1961 ist es dem Herrn Präsidenten des Hohen Hauses bei voller Respektierung der Geschäftsordnung, was ich ihm gern zugestehe, gelungen, mich nicht zum Wort kommen zu lassen, denn als ich mich als Schlußredner der Gruppe 3 erheben wollte, schlug die mitternächtliche Stunde und die Debatte wurde geschlossen. Als ich in der Morgenfrühe um 8 Uhr den Saal betrat, war er schon in die Behandlung der Gruppe 4 eingetreten. Heute ist ihm das nicht gelungen. Meine Damen und Herren, Sie haben, was Ihnen voriges Jahr vorenthalten geblieben ist, und was ich voriges Jahr sagen wollte, nun zu hören. Es ist ja nicht veraltet. Ich wollte vor allem an einen Satz erinnern, der in diesem Saal gesprochen wurde und in diesem Saal hängen bleiben sollte, weil sich aus diesem Satz gewisse Konsequenzen gerade für die kulturelle Politik des Landes ableiten lassen. Ich wollte Sie erinnern an einen Festakt, der einige Wochen vor der Budget-

debatte in diesem Saal stattgefunden hat. Dieser Festakt galt der Erinnerung an den 150jährigen Bestand des Landesmuseums Joanneum. Bei diesem Festakt sind beachtliche Reden gehalten worden. Vor allem hat der Herr Bundespräsident der Republik Österreich auch das Joanneum als eine Leistung des Landes Steiermark gerühmt. Er hat aber auch Anlaß genommen auf den Stolz der Steirer auf diese ihre Landeseinrichtung hinzuweisen und über diesen Stolz hinaus auf die Eigenart und auf das Eigenbewußtsein der Steirer. Er hat es als eine Realität anerkannt und hat es in seinem Wert insofern bestätigt, als er das steirische Eigenbewußtsein als unseren wertvollsten Beitrag zum gemeinsamen österreichischen Staatsbewußtsein dargestellt hat. Meine Damen und Herren, das ist das eine Wort, das wir nicht vergessen sollten und aus dem sich gewisse Konsequenzen ableiten lassen. Das andere war die von allen Seiten her ausgesprochene hohe Einschätzung unseres Landesmuseums Joanneum, wobei wir uns zu prüfen haben, wieweit diese Einschätzung zurecht besteht.

Nun, was das eine Wort des Herrn Bundespräsidenten über die steirische Eigenart anlangt: Meine Damen und Herren, wir reden oft von unserer Eigenart und wir kokettieren auch sehr gern mit dem Scherzwort vom wilden Bergvolk hinter dem Semmering, aber hinter all diesen Dingen steckt viel mehr, es steckt die Realität dieses Landes hinter diesem Eigenstolz. Eine Realität, die geographisch begründet ist und die in einer 2500jährigen Geschichte sich zu einer geistigen Macht zusammengewachsen hat, zu einem Schicksal verdichtet hat, an dem das Volk dieses Landes teilgenommen und so zu seiner Eigenart gefunden hat.

In keinem Lande Österreichs hat man die Glaubenskämpfe des 15. und 16. Jahrhunderts so durchgekämpft, wie in diesem Lande und in keinem Lande ist man mit so hellem und wachem Bewußtsein und der Verpflichtung zur Tradition in das industrielle Zeitalter hineingetreten, wie dieses Land Steiermark im 19. Jahrhundert. Es hat sich in diesem Lande, das zudem Grenzland gewesen ist und Grenzland geblieben ist, auch aus dieser Eigenschaft her verschiedenes in den Volkscharakter hineingemischt, das zu unserem geistigen, zu unserem sittlichen Bestand gehört. Es ist ein Land geworden, das im Landeszeughaus immer noch das Zeugnis eines Abwehrwillens, nicht eines Angriffswillens ablegt. Ein Land, das nicht nur im Landplagenbild am Dom ein Sinnbild seines Schicksals hat, sondern auch im Erzberg das Sinnbild seiner inneren Kraft, seines Fleißes und seiner Begabung besitzt. Es hat dieses Land in seiner Eigenart ein Pfand und einen Schatz mit dem es zu wuchern hat. Es ist eines der wenigen Länder auf dieser Erde, die in dem Massenzeitalter, im Zeitalter der Unpersönlichkeit, sich eine Persönlichkeit, eine Individualität, einen Charakter erhalten hat in seiner Art. Von einem Menschen, von dem man sagt, daß er einen Charakter besitzt, erwartet man mehr, erwartet man, daß er seine Persönlichkeit mehr entfaltet und erwartet man auch mehr an sozialen Leistungen und dasselbe gilt für ein Land. Dieses Land hat in seiner Eigenart nicht nur ein Geschenk, sondern auch eine Verpflichtung.

Aber nun spreche ich von der zweiten Sache, die in diesem Saale gesprochen wurde, von der Einschätzung unseres Landesmuseums Joanneum. Ich will nichts von diesen ehrenden Worten abstreiten. Wir haben 12 Abteilungen im Landesmuseum Joanneum. Sie werden von Persönlichkeiten geführt, die in der wissenschaftlichen Welt durchaus anerkannt sind, einen Namen haben, die uns auf internationalen Kongressen würdig vertreten; gleichzeitig ob es sich um die naturwissenschaftlichen Abteilungen handelt oder um die kulturhistorischen Abteilungen. Es sind Publikationen in den vergangenen Jahren aus unseren Abteilungen hervorgegangen, die durchaus respektiert werden. Und dennoch muß ich feststellen und ich glaube, man darf nicht ablassen von dieser Feststellung, daß in diesen 12 Abteilungen des Joanneums, das was man „Joanneisches Erbe“ nennt, nicht mehr verkörpert ist. Das Joanneum ist im 19. Jahrhundert von seiner ursprünglichen Aufgabe in dem Augenblick abgefallen, als die Technische Hochschule aus dem Joanneum herausgewachsen war, von ihr getrennt wurde und die übriggebliebenen Abteilungen, die musealen Abteilungen, sich im Geiste und im Sinne der Museumsgestaltung des 19. Jahrhunderts selbstständig hatten. Es haben sich die einzelnen Abteilungen seither verschieden entwickelt, je nach der Begabung und dem Geschick des einzelnen Kurators, der diese Abteilung zu leiten hatte. Aber im großen und ganzen sehen wir vor allem bei den kulturhistorischen Abteilungen den Drang zum Nationalmuseum, den Drang, eine Aufgabe zu erfüllen, die einem Landesmuseum nie gestellt sein kann. Die ursprüngliche Aufgabe des Joanneums, dieses Landesmuseums und auch der musealen Abteilungen besteht darin, den jeweiligen Sachbereich im Land Steiermark in möglichster Vollständigkeit zu erfassen, darzustellen und zu vermitteln. Hierin die Vollständigkeit zu erreichen ist das oberste Ziel. Das ist heute wegen der räumlichen Ausdehnung, die der gesamte Bestand erfordert, nicht immer leicht möglich, aber wir haben die modernen Mittel der Bestandsaufnahme: den Film vor allem, der in der Naturgeschichte eine große Rolle spielt, die Fotografie, das Tonbild und ähnliche Mittel, die uns hier die vollkommene Bestandsaufnahme ermöglichen. Wenn wir den Ehrgeiz haben, die Aufgaben eines Staatsmuseums zu erfüllen und etwa wie unsere Kunstgalerien, bestimmte Zeitepochen, die mit der Geschichte des Landes unmittelbar wenig zu tun haben, darstellen wollen, dann werden wir immer eine zweitrangige Galerie bleiben, weil das Land nie die Mittel haben wird, bei den Auktionen des Dorotheums und bei der Versteigerung des Kunstbesitzes in ganz Europa so als Bieter aufzutreten, wie es notwendig wäre. Wir werden wohl oder übel immer in der zweiten Reihe stehen, das heißt, wir werden wirklich ein Provinz-museum sein. Wenn wir aber die Aufgabe erfüllen, die uns gestellt ist, die möglichste Vollständigkeit zu erreichen, die wir erreichen können, wenn wir unsere Mittel dafür einsetzen, die wir haben, dann werden wir in der ersten Reihe jener Museen stehen, die ihre Pflicht erfüllen, in der ersten Reihe der Landes-Museen, die in der Wissenschaft der

Welt und auch in der Bevölkerung des eigenen Landes ihre dankbaren Besucher finden. Meine Damen und Herren, der joanneische Auftrag ist nicht die Einrichtung und die Ausgestaltung eines x-beliebigen Museums, sondern ist schlicht und einfach die Erhaltung und Verlebendigung des Geistes dieses Landes. Das ist keine mythologische Phrase, sondern das heißt die Bewahrung und Verlebendigung der Geister in den Menschen dieses Landes: die Jugenderziehung, die Volksbildung oder Erwachsenenbildung, die Förderung des kulturellen Lebens, immer im Hinblick auf die Kräfte, die aus dem Lande selbst kommen. Und auch das gehört dazu; denn das war der ursprüngliche Auftrag des Joanneums, die Menschen in diesem Lande zu lehren, was in diesem Lande selbst vorhanden ist, das zum Leben ausgewertet werden kann, die Schätze, die im Boden des Landes verborgen sind und die Kräfte, die dieses Land in seinem Schicksal und in seiner Geschichte erworben hat. In dieser Gesinnung und in dieser Ausrichtung auf das Land bekommen unsere Einrichtungen, die auch im Vorschlag 1963 wieder ihre Dotierung finden, ihren eigentlichen Sinn. Der ganze Naturschutz, in dem es uns darum geht, dieses Land, soweit es im Industriezeitalter möglich ist, in seiner ganzen Schönheit, in seiner Ruhe und in seiner Kraft zu erhalten. Dazu gehören auch alle Fragen des Denkmalschutzes, weil uns das Bild der Vergangenheit, soweit es in die Gegenwart hineingeordnet werden kann, ein unverlierbarer Besitz sein soll. Dazu gehören auch unsere Museen, und ich möchte im Gegensatz zur Meinung des Herrn Berichterstatters sagen, daß die Museen nicht nur zur Bewahrung des Alten zählen, sondern eine Bildungsstätte sind, die unserer Jugend und den Menschen, die der Volksbildung zugehören und sich zu ihr bekennen, zur Verfügung steht. Dazu gehören auch andere Dinge noch, die wir außerhalb der gesetzlichen Verpflichtungen oder der gesetzlich vorgesehenen Förderungsmaßnahmen in diesem Lande planen. Ich erinnere hier an das schon vom Generaldebatte- redner erwähnte österreichische Freilichtmuseum, das zwar keine steirische Angelegenheit ist, wofür das Land Steiermark über Grund und Boden zur Verfügung gestellt hat und ich erwähne hier auch die Schule für gehbehinderte Kinder, die in Wetzelsdorf bei Graz nicht erbaut werden soll, sondern erbaut wird. Ich muß dazu ein Wort sagen: Selbstverständlich wäre eine solche Schule die Aufgabe der öffentlichen Hand und es wäre auch ohne weiters möglich, im Landtag und auch im Bund Mittel dafür zu bekommen. Aber absichtlich sollte der Bau dieser Schule zu einer Aufgabe der gesunden Jugend dieses Landes gemacht werden. Die Jugend in diesem Lande lebt heute in einem Wohlstand, der uns in unserer Kindheit nicht vergönnt gewesen ist, gleichgültig, welchem Stande die Kinder angehören. Und diese Kinder sollen wissen, daß sie auch eine soziale Verantwortung haben und in eine soziale Verantwortung hineinwachsen. Darum hat man in Gemeinschaft mit dem Landes-Jugendreferat, das freiwillige Baugruppen stellt und in Gemeinschaft mit den Baugewerbeschulen und mit der Bulme den Bauhof gegründet, der diese Schule, für die der Grundstein gelegt wurde, für die der Grund

ausgehoben wurde, den uns die verständnisvolle Bereitschaft des Herrn Landesrates Pirrsch zur Verfügung gestellt hat, auf dem Areal der Landesackerbauschule Grottenhof, nunmehr errichtet. Ich darf Ihnen heute berichten, daß wir für diese Schule eine Sammlung im Jahre 1959 durchgeführt haben, die das nicht überwältigende Ertragnis von etwa einer halben Million gebracht hat. Aber wir haben in diesem Jahre einen Wettbewerb für Kinderzeichnungen in den steirischen Schulen durchgeführt. Wir haben die besten Kinderzeichnungen drucken und von Schulkindern verkaufen lassen. Es sind ungefähr zwei Drittel, vielleicht die Hälfte der Abrechnungen schon in der Sammelstelle eingelaufen und es ist ein Betrag von 360.000 S daraus eingegangen. Mit den zugesagten Materialspenden ist der Aufwand an Baumaterialien bereits gesichert. Und da auch die Arbeitskräfte gesichert sind, wird es möglich sein, schon im nächsten Jahr ein gewaltiges Stück, zumindest den Rohbau, fertigzubringen. Und es wird nicht das Werk einer Gruppe, sondern das gemeinsame Werk der steirischen Jugend sein, der steirischen, gesunden Jugend für die ärmsten unter ihnen, denen es das Schicksal verwehrt, eine normale Schule zu besuchen.

Meine Damen und Herren, das Joanneum hat ein Kuratorium für die Abteilungen des Museums. Ich könnte mir vorstellen, daß es auch für die große joanneische Aufgabe, für die Verlebendigung des Geistes in diesem Lande eine Art Kuratorium gäbe, denn die Abstellung unserer Arbeit auf das Land soll ja keine Einengung sein. Es ist nicht Provinzialismus, wenn ich die Dinge, die mich im Leben bewegen, von der Realität des Bodens aus, auf dem ich stehe, beurteile und bewälte. Im Gegenteil, es ist die Überwindung des Provinzialismus, wenn ich die Dinge, die mich hier in diesem Lande bewegen, in den Aspekt der großen Welt hineinstelle. Und wer wäre denn eher befähigt in Österreich etwa, in der Frage „Europa“ mitzureden, als wir mit dem unmittelbaren Anschauungsunterricht angesichts der Versäumnisse etwa, die mit der Stadt Triest und in den wirtschaftlichen Verhältnissen der Steiermark gegeben sind. Wer könnte besser über die Energieversorgung in diesem Lande aus der konkreten Erfahrung sprechen, als der Steirer, wer ist mehr befähigt, Erfahrungen darzubieten, wenn es darum geht, über die Verkehrslage und die Verkehrserschließung zu sprechen? Und wer kann letzten Endes mehr auch in die geistige Auseinandersetzung, in die geistige Krise der Welt hineinreden, als die Menschen eines Landes, in dessen Hauptstadt 2 Hochschulen sich befinden, die doch immer eine Konzentration geistig bewegter und geistig interessierter Menschen sind. Ich könnte mir vorstellen, daß ein Kuratorium, eine Gemeinschaft von Menschen aus allen sozialen Bereichen mit den Erfahrungen des Landes von Zeit zu Zeit zusammentritt und sich fragen könnte: Was tut diesem Lande not? Was könnte dieses Land brauchen, was könnte man tun? Aus einer solchen Bemühung heraus könnten dann auch an die Institutionen des Landes, etwa auch an das Landesmuseum Joanneum Fragen gerichtet werden, die das Leben dieser Institutionen wieder sinnvoll oder sinnvoller machen und befruchten würden. Jeder Vater hat das Bestreben,

daß es seinem Sohn besser gehen soll und daß der Sohn es weiter bringen soll, als es ihm gönnt war. Und nur wenige von uns saßen hier, wenn nicht unsere Großväter und unsere Väter auch so gedacht hätten. Dasselbe gilt, ins Allgemeine gewendet, für ein Land. Auch wir sind verpflichtet, dafür zu sorgen, daß denen, die nach uns kommen, dieses Land noch schöner und noch besser ausgestattet in die Hände kommt als wir es bekommen haben. Ich möchte nun damit aber nicht das billige Schlagwort von der Jugend, die die Zukunft ist, gebrauchen. Das ist eine dumme Binsenwahrheit; wer soll denn die Dinge in den Händen haben in 20 Jahren, wer soll denn in 20 Jahren 50 Jahre alt sein als der, der heute 30 Jahre alt ist? Das sind ja Selbstverständlichkeiten. Der Jugend gehört ja nicht die Zukunft, der Jugend gehört die Vergangenheit, das heißt unsere Gegenwart. Was wir hingeben, das wird diese Jugend haben und das, wofür sie zu sorgen hat, das wird die Zukunft ihrer Kinder sein.

Darum, meine Damen und Herren, glaube ich, daß wir in diesem Zusammenhang, in diesem Aspekt, den uns die Erinnerung, das Wort bei der Bestandsfeier des Joanneums in dieses Haus hingelegt hat, immer zum Nachdenken gegeben sein soll und daß wir in ihm eine Mitte und ein Ziel finden für unsere gesamten kulturellen Bestrebungen. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Hohes Haus! Ich will nur ganz kurz Herrn Landesrat Dr. Koren antworten auf die Einbegleitung seiner Rede. Es ist mir völlig ferne gelegen, irgendeinem Menschen nicht die uns jetzt alle beseelende Demokratie angedeihen zu lassen. Es gibt auch keine Schlußautorität, es wäre denn, daß die Obmännerkonferenz beschließt, „von bis“ und du warst gerade beim „bis“. Jetzt konnte ich gar nicht anders, als diesen Beschluß zu realisieren. Aber wir haben uns trotzdem gut verstanden.

Landesrat Dr. Koren: Ich habe ausdrücklich betont, daß es dem Präsidenten bei voller Wahrung der Geschäftsordnung gelungen ist.

Präsident: Wortmeldung liegt keine vor.

Ich erteile dem Berichterstatter das Schlußwort.

Berichterstatter **Dr. Kaan:** Ich verzichte.

Präsident: Ich bitte die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen, um ein Händeziehen. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

Wir kommen zur Gruppe 4, Fürsorgewesen und Jugendhilfe.

Berichterstatter ist Frau Abgeordnete **Lendl**.

Ich erteile ihr das Wort.

Berichterstatter **Abg. Lendl:** Hohes Haus! Bei der Gruppe 4, Fürsorgewesen und Jugendhilfe, haben wir auf der Ausgabenseite die 100-Millionen-Grenze überschritten. Der Voranschlag verzeichnet als Ausgabe 101.938.000 S gegenüber Einnahmen von 44.773.700 S, so daß ein Zuschuß von 57 Millionen Schilling notwendig ist. Die Ausgaben sind im

Vergleich zum Vorjahr wieder um 4 Millionen Schilling gestiegen und beweist das Land Steiermark, daß es seine sozialen Aufgaben für Fürsorge und Jugendhilfe sehr ernst nimmt und gewissenhaft durchführt.

Landeshilfsbedürftige erhalten an Dauerunterstützungen und Pflegegeldern 2,9 Millionen Schilling und ist darin eine Erhöhung von 300.000 S enthalten. Aber auch Sonderkosten für Heilkuren, Heilbehelfe und Prothesen sind darin vorgesehen. 575 Pflegekinder und 200 sonstige erwachsene Hilfsbedürftige werden dauernd und rund 800 Kinder und Erwachsene werden fallweise unterstützt. Bei den Geisteskranken hat sich der Zuschuß des Landes gegenüber 1962 bedeutend erhöht und sind rund 10 Millionen Schilling erforderlich. Hierzu kann festgestellt werden, daß für die heilpädagogische Station für cerebral gestörte Kinder, welche in Wetzelsdorf im Mutter- und Kindheim untergebracht ist, auch für das Jahr 1963 eine Erhöhung von 100.000 S vorgesehen ist. Für die Taubstummenanstalt ist ein Zuschuß von 1,3 Millionen Schilling erforderlich.

Beim Unterabschnitt „Körperbehinderte“ ist zu erwähnen, daß in der Steiermark für körperbehinderte Mädchen keine eigene Anstalt zur Verfügung steht und sich daher in Wiener Neustadt aus der Steiermark ständig 20 Mädchen in Pflege befinden. Neben der Ausbildungsstätte in Andritz für Knaben sind Kinder und Jugendliche zur Rehabilitation auch in Tobelbad und Hermagor untergebracht. Für diese Haushaltsstelle ist ein Betrag von 1,7 Millionen Schilling notwendig. Bei der Unterbringung Landeshilfsbedürftiger, Säuglinge, Kinder aber auch Erwachsener ist ein Betrag von 1,7 Millionen Schilling ausgewiesen. Für die Förderung der freien Wohlfahrtspflege sind 15 Millionen Schilling vorgesehen. Auch hier finden wir wieder Beträge für die Körper- und Sinnesbehinderten. Es werden Beträge dem Piusinstitut sowie dem Verein zur Förderung cerebralgeschädigter Personen gewährt. Letzterer unterhält speziell Werkstätten für die Ausbildung Querschnittsgelähmter. Für das Odilien-Blindeninstitut ist eine Subvention für die Fertigstellung der Zentralheizung sowie für den Ausbau und die Ausstattung der Küche mit modernen Küchengeräten eingesetzt.

Der Alkoholismus ist in den letzten Jahren ständig im Steigen und werden der Fürsorge große finanzielle Opfer aufgebürdet. Den Organisationen, welche sich mit der Trinkerfürsorge befassen, werden Zuschüsse gewährt. Für Familienhelferinnen, welche von den Gemeinden angestellt oder durch die Volkshilfe und Caritas beschäftigt werden, ist ein ansehnlicher Betrag vorgesehen. Bei der Post 441,54 ist für die Tbc-Kranken und deren Angehörige, die sich in wirtschaftlicher Notlage befinden, vorgesehen, nichtrückzahlbare Beihilfen zu gewähren. Die Erhöhung von 300.000 S ist für eine 14. Monatsbeihilfe und für die Kosten von medizinisch schweren Fällen gedacht. Die Flüchtlingsfürsorge erfordert einen Aufwand von 2,3 Millionen Schilling und werden etwa 80 Erwachsene und 85 Pflegekinder nach den Richtlinien der öffentlichen Fürsorge unterstützt. Bei der Blindenbeihilfe

ist in der Erhöhung eine 14. Blindenbeihilfe für das Jahr 1963 vorgesehen.

Erfreulich ist die Aufstockung um 200.000 S für Darlehen zur Beschaffung von Wohnungen für kinderreiche Familien und steht hierfür ein Betrag von 1,8 Millionen Schilling zur Verfügung.

Die Kinder- und Schülersauspeisungen weisen einen Aufwand von rund 1 Million Schilling auf, um die Aktion in bisherigem Ausmaß weiterzuführen, und 700.000 S sind für die Erholung bedürftiger Kinder bis zum 16. Lebensjahr eingesetzt. Zur Förderung der Einrichtungen, die sich der Beschäftigung der pflichtschulentlassenen Jugendlichen annehmen, kann gesagt werden, daß sich „Jugend am Werk“ bisher sehr gut bewährt hat und fast alle dort beschäftigten Jugendlichen auf Lehrstellen oder Arbeitseinsätze vermittelt werden konnten.

Der Abschnitt Jugendhilfe erfordert einen Gesamtbetrag von 5,170.000 S.

Zur Fürsorgeerziehung wäre zu sagen, daß die landeseigenen Anstalten voll belegt sind und fast die Hälfte aller in Fürsorgeerziehung stehender Minderjähriger in privaten Anstalten, aber auch in Anstalten anderer Bundesländer untergebracht werden. Es ist auch ein Ansteigen der Fürsorgezöglinge festzustellen. Der Betrag für die Fürsorgeerziehung macht 6,7 Millionen Schilling aus.

Die Landes-Fürsorgeerziehungsheime erfordern einen Zuschuß von 2,3 Millionen Schilling und ist die Erhöhung gegenüber 1962 in dem Einbau von Werkstätten in Hartberg, damit die Führung einer geschlossenen Gruppe für schwere Fälle möglich ist, im Blümelhof sowie im Rosenhof zur Anschaffung von Maschinen für alle Lehrwerkstätten zu suchen.

Nachdem das Säuglings- und Kinderheim nicht voll ausgenützt ist, würden die notwendigen Vorarbeiten bereits getroffen, um dieses Heim in ein Erziehungsheim für Mädchen umzuwandeln.

Die Alters- und Fürsorgeheime bedürfen eines Zuschusses von 3 Millionen Schilling. Die Erhöhung von rund 1 Million Schilling ist für das mit 1. 7. 1963 voraussichtlich seiner Bestimmung zu übergehende Fürsorgeheim in Radkersburg notwendig. In Kindberg wird der jahrelange Wunsch nach einem Bettenaufzug verwirklicht werden, weiters kann mit dem Ausbau und der Einrichtung von Bädern, Waschräumen, Teeküchen gerechnet werden.

Jeder Hilfsbedürftige in der Steiermark soll wissen, daß er ein Anrecht auf Hilfe hat und daß Fürsorge keine Gnade ist, um die er bitten muß.

Fürsorge ist eine Verpflichtung der Gemeinschaft und Befürsorgung von der Wiege bis zum Grabe ist eine Selbstverständlichkeit und es ist oberstes Gebot, den Hilfesuchenden und den Notleidenden zu helfen. Der Beamtenschaft und den Fürsorgerinnen, dem Personal in den Heimen und Anstalten, allen Stellen und Organisationen, die in der Fürsorge und Jugendhilfe mitarbeiten, sei der Dank für die großen Bemühungen gesagt. Der Finanzausschuß hat sich mit der Gruppe 4 beschäftigt und im Auftrage dieses Ausschusses bitte ich das Hohe Haus, der Gruppe 4 seine Zustimmung zu geben.

Präsident: Frau Abg. Egger hat sich zu Worte gemeldet. Ich erteile es ihr.

Abg. Egger: Hoher Landtag! Wir sind glücklich, daß eine blühende Wirtschaft und ein zunehmender Wohlstand in unserem Land uns die Möglichkeit geben, den verschiedenen Einrichtungen der Fürsorge für hilfsbedürftige Menschen immer mehr Mittel zuzuwenden. So konnten z. B. auch heuer für die Taubstummen-Lehranstalt um 200.000 S mehr eingesetzt werden, und wir sind damit sicher, daß allen diesen Kindern, die in ihrem Gehör geschädigt oder ohne Gehör auf die Welt gekommen sind, ein gutes Heim mit sorgfältiger und liebevoller Betreuung geboten werden kann und daß auch darüber hinaus für Kinder, die nur zur Schule hinkommen, die nötige Schulbildung bis zur Fachausbildung gewährleistet ist. Wir wissen aber, daß vielfach diese Kinder zu spät in solche Schulen kommen und daß man deshalb zu spät für sie sorgen kann. Sehr viele von jenen Menschen, die als taub und stumm, bezeichnet werden müssen, hatten einst einen Rest von Hörvermögen und auch das Sprechvermögen hätte bei ihnen geweckt werden können. Aber die Vernachlässigung des Hörvermögens verhinderte es, das Sprechen auszubilden und so sind beide Fähigkeiten verloren. Es wäre daher notwendig, daß wir Möglichkeiten schaffen, um solche Kinder viel früher zu erfassen. Durch Aufklärung müßte es möglich sein, an jene Eltern heranzukommen, deren Kinder derart geschädigt sind, damit man ihnen Rat und Hilfe angeeignet läßt in einem Alter, wo wir noch vieles von den Fähigkeiten solcher Menschenkinder retten könnten. Es wäre notwendig, über die jetzt bestehenden Einrichtungen hinaus mit der Taubstummen-Lehranstalt etwas zu schaffen, was, ich möchte fast sagen mit verstärkter Kraft hinausstrahlt in das ganze Land, um eben diese Aufgabe zu erfüllen. Das könnte etwa eine Beratungsstelle sein, die dafür Sorge trägt, daß diese Kinder so früh als möglich erfaßt werden. Es könnten Fürsorgerinnen, freiwillige Jugendhelfer oder sonstige Freiwillige helfen, die Eltern aufzuklären und die Fälle wahrzunehmen, wo ein Kind nicht zu sprechen beginnt, obwohl es schon das Alter hätte. Wenn die Kinder schon im Alter von 1 bis 2 Jahren zu einer solchen Stelle gebracht würden, könnte man sie auch ärztlich betreuen lassen. Die richtige Diagnose könnte so früh gestellt werden, daß man ihnen wirklich helfen kann. Darüber hinaus könnte eine solche Stelle diese Kinder und deren Eltern auch laufend betreuen. Es genügt ja nicht, daß man einmal den Eltern sagt, was sie tun können, damit in ihren Kindern die in so geringem Maß vorhandene Fähigkeit geweckt wird, sondern man muß sie laufend unterweisen. Es ist in diesem Alter noch nicht möglich, alle Kinder in einem Heim zusammenzufassen. Wir haben jetzt in unserer Taubstummenanstalt immerhin etwa 150 Zöglinge. Sie sehen, es ist eine verhältnismäßig große Zahl von Kindern, die solche Schäden haben. Solch eine Anleitung der Eltern wäre außerordentlich wertvoll, weil man die Kinder, solange sie noch klein sind, in der elterlichen Betreuung lassen könnte. Oder, wenn die Eltern nicht fähig sind, ihren Kindern zu hel-

fen, könnte man auch durch Hausbesuche von Personen, die die nötigen Kenntnisse haben, den Kindern immer wieder eine Anregung zum Hören und damit auch zum Sprechen geben. Weiter könnte eine solche Stelle Hör- und Trainingsgeräte und Hörapparate bereitstellen, eventuell auch verleihen, so daß auch dadurch den Eltern geholfen wird. Ebenso könnte eine solche Stelle eine Verbindungsstelle zu anderen Organisationen sein, zu den Abteilungen in den Spitälern, der Betreuungsstelle der Cerebralgestörten usw., so daß auch auf diese Weise alles zusammengefaßt wird, was an Hilfe möglich ist oder Hilfe braucht. Ich glaube, daß eine solche Beratungsstelle keine große Organisation und nicht viele Menschen erfordern würde, sondern daß sie eben nur eine Verbindungsstelle sein müßte, die das Notwendige für diese Kinder tut.

Darüber hinaus brauchen wir aber noch eine Schule für Schwerhörige. Auch das ist eine Notwendigkeit, denn es zeigt sich immer wieder, daß man in vielen Kindern die Fähigkeit zum Hören wenigstens bis zu einem gewissen Maß wecken und ihnen damit helfen kann. Fachleute stellen fest, daß etwa 25% der Zöglinge, die in Taubstumm-anstalten sind, nicht als Taubstumme leben müßten, denn man könnte in ihnen wieder das Sprechvermögen wecken. Taubstumme gehören auch nicht in Sonderschulen, es stimmt ja nicht, daß Taubstumme nicht die notwendigen geistigen Fähigkeiten haben. Es ist nur das mangelnde Mitteilungsvermögen, die mangelnde Verständigungsmöglichkeit, die sie geistig zurückgeblieben erscheinen läßt.* Wenn man einmal in einer solchen Anstalt gesehen hat, mit welchem Eifer die Kinder die Möglichkeiten erfassen, sprechen oder ein wenig hören zu lernen, wenn man sieht, was das für diese Kinder bedeutet und daß diese Kinder dann keineswegs mehr der Typus des mißtrauischen und verbitterten Taubstummen sind, sondern daß es lebendige, intelligente Kinder sind, die wie jedes normale Kind Freude daran haben, etwas zu lernen, dann sieht man erst, was man an Gutem tun könnte, solche moderne Möglichkeiten zu schaffen. Es ist ja gerade die Sprache etwas, was nur dem Menschen gegeben ist. Dieses höchste menschliche Vermögen zu wecken, damit tun wir einem Menschen etwas wirklich Gutes. Man glaubt immer, daß Blinde ärmer sind, aber man kann es immer wieder von den Menschen, die davon etwas verstehen, hören, daß ein besonders schweres Los das der Taubstummen ist. Wenn wir solchen Menschen helfen, dann machen wir sie auch fähig, als Erwachsene besser für sich selbst zu sorgen, wir machen sie fähig, ihren Lebensunterhalt selbst zu verdienen und im Endeffekt werden diese Menschen nicht nur glücklicher sein, sondern auch die öffentliche Hand wird für sie weniger an Mitteln aufbringen müssen. Es wird auch in diesem Fall das Vorbeugen billiger und rationeller sein, als Maßnahmen, die zu spät einsetzen. Weiter müßte man gerade bei den Taubstummen wie auch in anderen Landes-Jugendheimen immer wieder dafür Sorge tragen, daß diese Kinder die Möglichkeit haben, zeitgemäße Berufe zu erlernen. Wir sind immer noch bei den traditionellen Berufsausbildungen, es wird immer noch Schneidern und Hauswirt-

schaft für die Mädchen und Handwerksberufe für die Buben, wie Tischlerei; Gärtnerei u. dgl. gelehrt. Man könnte da vielleicht auch zeitgemäßere Berufe finden, man könnte sie in solche Berufe einschulen, wo ihre Langsamkeit — schwerhörige Kinder sind meist langsamer — kein so großes Hindernis ist und sie doch zu Facharbeitern ausbilden. Gerade ein Mensch, der nicht aller seiner Sinne voll mächtig ist, bedürfte ja auch in seinem späteren Leben oft eines besseren Einkommens und als Facharbeiter hätten sie auch ein besseres Einkommen, das sie weniger abhängig von Hilfe macht. Wenn ich nun so ausführlich von den Taubstummen gesprochen habe, so möge Ihnen das nur ein Beispiel sein, wie wir uns denken, daß man auf dem Gebiete der Fürsorge die Methoden intensivieren kann, indem man moderne und verbesserte Möglichkeiten ausnützt.

Das gleiche gilt ja auch in der Schule für Gehbehinderte, von der Herr Landesrat Dr. Koren gerade gesprochen hat. Auch da soll eine Möglichkeit geschaffen werden, junge Menschen in einer Weise heranzubilden, die es ihnen möglich macht, ich möchte sagen, das ihnen mitgegebene schadhafte Werkzeug ihres Körpers in einer Weise gebrauchen zu lernen, die sie nicht so sehr von den anderen Menschen unterscheidet. Wir können damit verhindern, daß sich solche Kinder minderwertig fühlen, sie werden zu lebensfähigen und lebensmutigen Menschen heranwachsen, die dann später trotz ihrer Behinderung, die man ihnen in den meisten Fällen ja nicht nehmen kann, voll ihren Beruf ausfüllen können. Ebenso können wir auch heute immer wieder sehen, daß wir auch bei geistig zurückgebliebenen Kindern oder bei geistig geschädigten Kindern viel tun können, um die Reste von Fähigkeiten, die zu entfalten möglich wäre, zu entwickeln.

Wenn man z. B. in der Feldhof kommt und dort in die Kinderabteilung geht, so empfinden die meisten Menschen vor solchen zurückgebliebenen Kindern zuerst einen Schrecken, eine Verlegenheit und wissen nicht, wie sie sich diesen Menschen, deren Leben ihnen so lebensunwert vorkommt, gegenüber verhalten sollen.

Ich glaube, man müßte das anders sehen, müßte sehen, daß das eben auch Menschen sind, Menschen, die das Los haben, mit einem sehr schadhaften, unzulänglichen Körper ihr Leben zu leben. Wenn wir diesen Menschen, wie ich schon gesagt habe, die Möglichkeit geben, das, was ihnen an Fähigkeiten zu entfalten möglich ist, auch wirklich zu entwickeln, dann sind diese Menschenkinder oder spätere Erwachsenen so glücklich, wie es vielleicht ein Mensch mit seinen gesunden Gliedern kaum sein kann. Man kann das immer wieder sehen und wenn ein Arzt oder eine Pflegerin zu solcher Hilfe in stände ist, bedeutet das für diese Wesen, die oft nicht sprechen oder gehen können, oft ein wirkliches Glücklichein.

Wir haben in unserem Land gute Ärzte, gute Pflegerinnen und gute Fürsorgerinnen, wir brauchen sie und noch neue dazu. Darum sollen wir insbesondere in allen Sozialberufen die Ausbildungen verbessern und dafür sorgen, daß die in solchen Berufen Tätigen auch die richtigen Arbeits- und

Anstellungsbedingungen bekommen. Bei manchen dieser Berufe, z. B. bei den Erzieherinnen, hat es bis vor kurzem noch keine bestimmte Ausbildungslaufbahn gegeben. Dadurch gab oder gibt es keine bestimmten Anstellungserfordernisse und auch keine Aufstiegsmöglichkeiten. Ich meine, daß diese Menschen, die nicht nur Kraft und Arbeitszeit hergeben, sondern die mit ganzem Herzen und mit all ihren geistigen und seelischen Kräften wirken, Aufgaben vollbringen, die man nicht mit Arbeits-schluß weglegen kann, sondern die ihnen noch nachgehen, auch wenn sie nach Hause kommen, denken sie daran. Wenn sie mit einer Fürsorgerin sprechen oder mit der Krankenpflegerin, wird ihnen jede sagen, das ist keine Arbeit, die man so weglegt und dann ein freier und unbelasteter Mensch ist. Man gibt auch noch in der sogenannten Freizeit seine Kräfte dafür her. Ich meine, wir sollten diesen Aufwand an Kraft, an seelischer und geistiger Kraft wirklich allgemein besser einschätzen. Wir sollten mehr dafür tun, daß diese Menschen besser eingestuft werden und daß man ihre Arbeitsbedingungen günstiger ordnet. Sehr oft gibt es auch keine geregelte Berufszeit. Wir wissen das von den Fürsorgeerziehungsheimen genauso gut, wie von allen den Stellen, wo auch sonst Menschen betreut werden. Es gibt da keine exakte 45-Stunden-Woche, immer wieder muß ausgeholfen werden. Da wäre es gerecht, wenn man diesen Menschen, vielleicht durch Zulagen ihren Gehalt etwas aufbessert. Aber wie gesagt, allein durch Geld wird man nie abgelten können, was diese Menschen an Kraft und Fürsorge den anderen Menschen zuwenden.

Was die Ausbildung von Fürsorgerinnen und Erzieherinnen anlangt, so ist manches in den neuen Schulgesetzen geregelt. Darin sind für Erzieherinnen und auch für die Sozialberufe gewisse Ausbildungsmöglichkeiten vorgesehen. Wir hatten ja schon in unserem Lande die Absicht, durch Errichtung einer Sozialakademie eine bessere Ausbildung für Fürsorgerinnen zu schaffen und das neue Schulgesetz bietet nun den Rahmen, das Neue, was wir schaffen wollten, in die Wege zu leiten. Es ist durch die Änderung in der Leitung der Schule einiges zurückgeblieben, aber nun wird die Möglichkeit gegeben sein, die wirklich ergriffen werden sollte.

Eine weitere Hilfe, die besonders für die Fürsorgerinnen notwendig wäre, ist die Motorisierung. Es sind immer wieder Ansätze da, aber es ist noch keine brauchbare Durchführung gefunden. Ich glaube, man müßte mit aller Großzügigkeit dafür sorgen, daß die Fürsorgerinnen die Möglichkeit haben, Wagen zu bekommen. Daß sie einen Chauffeur bekommen, ist zu teuer und natürlich nicht notwendig. Die jüngeren Fürsorgerinnen könnten selber das Fahren lernen und vielleicht entschließen sich dann auch die älteren, noch die Fahrprüfung zu machen und selber einen kleinen Wagen zu fahren.

Wenn man sich einmal den Tag einer Fürsorgerin anschaut, wenn man mit ihr die Wege über Berg und Tal machen würde, dann würde man erst verstehen, was es bedeuten würde an Zeit- und Kraftersparnis, wenn die Fürsorgerin endlich diese Hilfe hätte. Sie könnte am Tag vielleicht doppelt so viel an Besuchen machen und doppelt so viel leisten. Da-

mit würde einem großen Mangel abgeholfen werden, nämlich, daß wir zu wenig Fürsorgerinnen im Lande haben. Ich glaube, daß man durch die Motorisierung vielleicht um die Hälfte mehr an Arbeitskraft, an Fürsorgeleistung gewinnen könnte. Da sollte es nicht darauf ankommen, hiefür einen größeren Geldbetrag bereitzustellen, so daß diese Maßnahmen rasch durchgeführt werden können.

So wie wir bei den verschiedenen Einrichtungen für die jungen Menschen neue Möglichkeiten sehen und uns manches zunutze machen können, was uns die verbesserten materiellen Möglichkeiten, aber auch Wissenschaft und Technik bieten, so sollten wir auch für die alten Menschen neue Wege gehen.

Wir dürfen nicht glauben, daß in einer Zeit des Wohlstandes die Fürsorge abnehmen wird. Es wird immer mehr alte Menschen geben, wenn das Lebensalter weiter ansteigt und es wird ebenso — und das ist eine Entwicklung, die wir gerade im letzten Jahre deutlich genug gesehen haben —, zunehmend auch Menschenkinder geben, die nicht mit vollen körperlichen und geistigen Fähigkeiten auf die Welt kommen. Wir werden auch künftighin vielen Menschen Hilfe bringen müssen und darüber hinaus wissen wir, daß heute sehr viele Kinder nicht allein dadurch, daß sie körperlich oder geistig geschädigt sind, der Fürsorge bedürfen, sondern daß sehr viele Kinder auch dadurch, daß sie nicht richtig erzogen werden oder daß sie nicht in der richtigen Umwelt leben können, schwer erziehbar werden. Auch das ist immer wieder eine große Aufgabe der Fürsorge und wir können sicher sein, daß diese nicht abnehmen wird, sondern wir werden dafür immer wieder neue Mittel und neue Wege zu suchen haben.

Meine Damen und Herren, wir sind froh, daß wir heute so viele materielle Werte schaffen können. Wir müssen aber auch feststellen, daß es mit diesen materiellen Werten allein nicht getan ist. Wir können diese materiellen Werte heute im Grunde so leicht schaffen, wie es noch nie der Fall war, dank der Technik, dank der verschiedenen Mittel und Methoden, die wie noch niemals in der Geschichte der Menschheit eben uns heute zur Verfügung stehen.

Dagegen war es aber vielleicht noch nie so schwer wie heute, jene nichtmateriellen Werte zu schaffen, die so wesentlich für das Glück und die innere Zufriedenheit der Menschen sind. Hier im Bereich der Fürsorge haben wir aber die Möglichkeit, für das wirkliche Wohlergehen der Menschen viel beizutragen, gerade jener Menschen, die aus eigener Kraft dazu nicht imstande sind. Es wird daher unser Stolz und unsere Freude sein, in immer erneuter Aufgeschlossenheit und Aktivität unsere Kräfte dieser so zeitgemäßen und menschenwürdigen Aufgabe zuzuwenden. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Zu Worte hat sich Herr Landesrat Gruber gemeldet. Ich erteile es ihm.

Landesrat **Gruber:** Hohes Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren! Es scheint so, daß in der Gruppe 4, „Fürsorge und Jugendhilfe“, nun doch schon eine gewisse Ermüdung nach den vorangegangenen Debatten, Generaldebatte und Spe-

zialdebatte eingetreten ist. Ich nehme nicht an, daß das als geringeres Interesse gegenüber anderen Belangen des Landes zu werten ist.

Ich habe zum ersten Mal die Gelegenheit, meine sehr geehrten Damen und Herren, in diesem Hohen Hause die Belange der Gruppe 4, der Fürsorge und der Jugendwohlfahrt, zu vertreten. Ich darf eingangs sagen, daß der Vorschlag, der von Frau Abg. Egger gemacht wurde, sicherlich von uns geprüft wird, was im Hinblick auf die Taubstummen-Lehranstalt und im Hinblick auf die Einrichtung einer solchen Beratungsstelle getan werden kann. Ich erachte es überhaupt als eine selbstverständliche Pflicht, alle Anregungen, die im Ausschuß, hier im Haus oder mir gegenüber persönlich gemacht werden, einer gewissenhaften Prüfung zu unterziehen, um festzustellen, was geeignet ist, verbessert zu werden.

Für das Jahr 1963 stehen rund 102 Millionen Schilling zur Verfügung. Es sind auf der Einnahmenseite außerdem rund 45 Millionen Schilling präliminiert. Es stehen somit für das kommende Jahr um 4 Millionen Schilling mehr zur Verfügung, als im heurigen Jahr. Trotzdem ist das um die Hälfte weniger, als bei der Beschlußfassung des Budgets 1962 zur Verfügung stand. Ich fühle mich verpflichtet, deshalb auf diesen Umstand hinzuweisen, weil ich überzeugt bin, daß alle Abgeordneten des Hohen Hauses die Notwendigkeit der Erfüllung der Aufgaben der Fürsorge vorbehaltlos anerkennen. Es ist tatsächlich so, daß es sich bei der Vergabe von Geldmitteln im Bereiche der Fürsorge um jene Menschen handelt, die noch immer im Schatten der Konjunktur leben und es ist eine selbstverständliche Pflicht des Einzelnen und der Gemeinschaft, hier helfend einzugreifen. Fürsorge ist aber nicht Almosen oder Gabe eines Mäzen, sondern selbstverständliche Pflicht und ich glaube, feststellen zu können, ein rechtlich verbürgter Anspruch in einem demokratischen Staate. Die besondere Aufmerksamkeit, die wir diesen Problemen immer wieder zuzuwenden haben, gilt — und das sage ich auch hier — nicht allein den finanziellen Problemen. Im abgelaufenen Jahr konnte eine Reihe von Aufgaben gelöst werden, die es auch verdienen, hier im Hohen Hause erwähnt zu werden.

So darf ich mit wirklicher Genugtuung feststellen, daß nun das Lager-Auflösungsprogramm für die Flüchtlingslager im heurigen Jahr seinen Abschluß gefunden hat, daß eine Vielzahl, und zwar insgesamt 662 Wohnungen gebaut wurden, um Flüchtlinge aus diesen Lagern herauszunehmen. Mit diesem Bauprogramm findet das Lager-Auflösungsprogramm, das am 1. Jänner 1958 hier in der Steiermark angelaufen ist, seinen Abschluß.

Einen etwas bitteren Beigeschmack hat dieses Bauprogramm insofern, als die Baracken und Lager, die nun auf Grund dieses Programms von den Mandatsflüchtlings und auch von jenen, die inzwischen Österreicher geworden sind und geräumt wurden, nicht überall abgerissen werden könnten, sondern in diese teilweise andere Familien, und zwar österreichische Familien, eingewiesen werden müßten. Das ist leider ein Zustand, der durch die Wohnungsnot in den Industriegebieten

bedingt ist und einen Wermutstropfen in diesem Becher darstellt.

Im Zeitpunkte des Beginnes des Lager-Auflösungsprogramms haben wir in Steiermark über 4000 Menschen in diesen Bundesflüchtlingslagern gehabt, und zwar in Graz, Judenburg, Eisenerz und Kapfenberg.

Mit Abschluß dieses Jahres werden nur mehr 197 Personen im Flüchtlingslager sein und dies betrifft vor allem bundesdeutsche Staatsbürger, welche im Laufe des nächsten Jahres auf Grund einer großzügigen Hilfe der Deutschen Bundesrepublik wohnversorgt werden können. Damit ist das Lager-Auflösungsprogramm abgeschlossen. Auch die Landesumsiedlungsstelle in der Abteilung 9 hat damit ihre Aufgabe erfüllt und kann daher ihre Aufgabe als beendet betrachten.

Hinsichtlich der in der Gruppe 4 zur Verfügung stehenden Mittel darf ich sagen, daß ich nicht zufrieden bin und nicht zufrieden sein kann als zuständiger Referent, und zwar deshalb, weil es sich bei allen Belangen der Fürsorge immer wieder um Menschen handelt und weil es sich um Probleme handelt, die nicht aufschiebbar sind wie andere. Ob eine Straße heute oder erst nächstes Jahr staubfrei gemacht wird, ist sicherlich für die Betroffenen interessant, aber ob ich einer Familie, die sich in Not befindet, heute helfen kann oder erst im nächsten Jahr, kann für den Einzelnen eine Katastrophe bedeuten.

Nachdem wir wissen, daß auch eine beachtliche Steigerung der Lebenshaltungskosten eingetreten ist, ist das Mehr, das zur Verfügung steht, durchaus nicht als ganz befriedigend zu betrachten.

Eine sehr gute Maßnahme, die auch im heurigen Jahr Geltung erlangen konnte, war die Erhöhung der Richtsätze im Rahmen der Fürsorgeunterstützung. Mit 1. Juli d. J. ist eine Erhöhung der laufenden Fürsorge-Unterstützung dahingehend erreicht worden, und wurde die 14. Fürsorge-Unterstützung eingeführt. Die Höhe der Fürsorge-Richtsätze, die letzthin nur „Richtsätze“ sind, und die für die damit befaßten Organe eben nur Richtschnur sind und nach oben oder nach unten abgewandelt werden können, aber in der Praxis fast überall eingehalten werden, ist noch nicht als befriedigend zu betrachten. Auch hier wird man Anstrengungen unternehmen müssen, um wenigstens das Mindesteinkommen jener, die von der Fürsorgeunterstützung leben, auf die Basis des exekutionsfreien Einkommens hinaufzuheben. Das wäre wohl das Ziel, das man als Mindestmaß noch im kommenden Jahr anstreben müßte. Es ist aber auch die Zahl derjenigen, die eine Fürsorgeunterstützung beziehen, nicht gering in diesem Lande. Wenn ich Ihnen da die Ziffer 7000 nenne, so ersehen Sie daraus, daß es einen beachtlich großen Personenkreis gibt, der von einem wirklich mehr als bescheidenen Einkommen leben muß. Die Hälfte dieser Fürsorgeunterstützungsbezieher ist allerdings bei Männern über 65 Jahre und bei Frauen über 60 Jahre alt. Damit Sie aber auch über die Höhe der Richtsätze im Bilde sind, darf ich Ihnen hier die festgelegten und mit 1. Juli eingeführten Richtsätze auch noch einmal zur Kenntnis bringen. Ein Alleinstehender erhält auf Grund dieser ab 1. Juli angeführten Richtsatz-

erhöhung 470 S gegenüber bisher 450 S. Ein Haushaltsvorstand 420 S gegenüber 400 S. Ein Angehöriger ohne Kinderbeihilfe ein Plus von 20 S auf 260 S. Ein Angehöriger mit Kinderbeihilfe 125 S, für Pflegekinder gibt es einen Zuschuß von 500 S, vorher waren es 450 S.

In der sogenannten gehobenen Fürsorge — diese ist ab 1. Juli neu eingeführt — gibt es höhere Richtsätze. Die gehobene Fürsorge gilt für Frauen über dem 60. und für Männer über dem 65. Lebensjahr. Hier sind die Richtsätze für Alleinstehende 520 S, für den Haushaltsvorstand 470 S, für Angehörige ohne Kinderbeihilfe 290 S, für Angehörige mit Kinderbeihilfe 150 S. Wenn auch zum sogenannten Lebensbedarf noch die Bezahlung der Wohnung kommt und zusätzlich Beihilfen gewährt werden zur Anschaffung von Bekleidung, Beheizung oder besondere Aufwendungen, glaube ich doch nicht noch einmal unterstreichen zu müssen, daß diese 7000 Menschen wirklich im Schatten der Konjunktur leben und daß sie an dem Aufstieg und unserer wirtschaftlichen Blüte keinen Anteil nehmen könnten.

Darüber hinaus gibt es noch verschiedene weitere große Bevölkerungskreise, deren wir uns annehmen haben. Wir haben in unseren Landesfürsorgeheimen über 600 alte Menschen, deren Betreuung auch unsere spezielle Angelegenheit ist. Ich irreue mich, heute dem Hohen Hause mitteilen zu können, daß neben verschiedenen Verbesserungen, die bisher durchgeführt wurden, auch neue Gesichtspunkte berücksichtigt werden. Wir versuchen für die alten Menschen, die in diesen Heimen leben, gewisse Lichtpunkte zu schaffen. Es konnte so ein Geburtstagsessen eingeführt werden, und zwar in der Form, daß Pfleglinge, die den 70., 75., 80. und den 85. Geburtstag feiern, ein besonderes Mittagessen an ihrem Geburtstag erhalten und dazu ein kleines Blumengeschenk. Für die 90- und 95jährigen Pfleglinge, deren es auch nicht wenige gibt in unseren Anstalten, ist vorgesehen, daß sie auch ein besonderes Mittagessen erhalten, ebenso ein größeres Blumengeschenk und daß sie auch noch 2 ihrer engsten Angehörigen oder Freunde einladen können. Weiters wird ihnen ein Geschenkpaket im Werte von 100 S übergeben. Es ist das keine großartige Leistung und es ist auch nicht mit immensen finanziellen Aufwendungen verbunden. Ich glaube aber, es ist dies ein kleiner Lichtpunkt in dem Grau des Alltags unserer Fürsorgeheiminsassen, auf den sich die alten Menschen sicherlich freuen. Ich habe das auch bereits feststellen können.

Neben unseren Landesjugendheimen haben wir uns auch mit den Problemen der Pflegekinder zu beschäftigen. In der Tbc-Hilfe haben wir mehr als 400 Dauerunterstützte. Es kommt noch dazu die Zahl der Geisteskranken, der Taubstummen, der Körperbehinderten, der Kriegsoffer und der Opferbefürsorgten sowie die Flüchtlingsfürsorge, so daß der Kreis derjenigen, die von der Fürsorge erfaßt werden müssen, außerordentlich groß ist.

Im Hinblick auf vielfache Anfragen bezüglich der Opferfürsorge bin ich auch in der Lage, heute dem Hohen Hause mitzuteilen, daß 4117 Entschädigungsanträge in der Steiermark gestellt wurden. 1527 wurden erledigt und abgeschlossen. Sie sind bereits

zur Erledigung der Zahlungsanweisung an das Bundesministerium für soziale Verwaltung nach Wien abgegangen. Der Betrag beläuft sich auf 13,640.402 Schilling. Sie sehen daraus, daß wir gerade hier in der Opferfürsorge außerordentlich bemüht waren, den gestellten Anforderungen durch eine möglichst rasche Erledigung der Anträge bei Vollinkrafttretung der letzten Novelle des Opferfürsorgegesetzes Rechnung zu tragen. Ich glaube, daß wir bis längstens Mitte des nächsten Jahres alle Anträge, die noch vorliegen, einer Erledigung zugeführt haben werden.

Unter verschiedenen Erhöhungen bei einzelnen Budgetposten ist auch die Erhöhung der Blindenbeihilfe vorgesehen. Die Erhöhung der Blindenbeihilfe wird in Form einer Novelle zum Blindenbeihilfengesetz diesem Hohen Hause vorgelegt werden. Wie ich schon in der Beantwortung bei der ersten Fragestunde des Landtages sagen konnte, wird die 14. Blindenbeihilfe wie in den übrigen Bundesländern eingeführt werden. Es sind auch Verstärkungsmittel auf dieser Post vorgesehen, so daß die Schwankungen, die sich immer wieder ergeben in der Zahl der zu Betreuenden auch restlos Berücksichtigung finden. Ich weiß, daß mit der 14. Blindenbeihilfe keine allumfassende und befriedigende Lösung gefunden wurde. Ich muß aber im Besonderen darauf hinweisen, daß die Frage des Behindertengesetzes, des Rehabilitationsgesetzes, eingehend diskutiert wurde und seine Erledigung oder Vorbereitung weit vorangeschritten ist und auf das Engste mit der Frage der Blindenbeihilfe zusammenhängt. Ich kann mir als zuständiger Referent nicht vorstellen, daß es künftig eine differenzierte Behandlung zwischen verschiedenen Kategorien der Körperbehinderten geben kann. Ich bin daher der Auffassung, daß im Rahmen des Behindertengesetzes auch unser derzeitiges Blindenbeihilfengesetz eingebaut werden soll und daß in einem solchen einheitlichen Gesetzeskomplex auch die Frage der Beihilfe eine endgültige Regelung finden soll.

Die Sozialreferenten aller Bundesländer haben sich mit diesem Behindertengesetz im abgelaufenen Jahr intensiv beschäftigt. Es sind rund 5 Entwürfe ausgearbeitet worden und diese haben nun auch eine konkrete Form angenommen. Auch dem Hohen Landtag wird gegen Mitte des nächsten Jahres ein solcher Entwurf zur Beschlussfassung vorgelegt werden. Vorläufig sind wir an der Ausarbeitung dieses Gesetzes und Sie wissen ja, daß ein solches Gesetz einen langen Weg nehmen muß bis die Stellungnahme der Kammern und der verschiedensten Interessenvertretungen eingeholt wurden, bis es zur Regierungsvorlage kommt und es dann in den Ausschuß und dann endgültig zur Beschlussfassung in dieses Haus kommt. Ich bin der Auffassung und ich spreche meine Überzeugung aus, daß die Blindenbeihilfe in diesem Fragenkomplex eine endgültige Regelung findet.

Nun zur Aufstockung der Post „Wohnraumbeschaffung für besonders kinderreiche Familien“. Auch hier darf ich sagen, daß die Aufstockung außerordentlich bescheiden ausgefallen ist und daß ich mir ein Mehr gewünscht hätte, aber wie bei vielen Wünschen, die so an das Landesbudget herangetragen wurden, wurde auch hier gekürzt und